

es immer wieder Zwischenstücke, die ja auch heute hier aufgezählt wurden, die noch nicht fertig sind. Ein sehr schlechtes Stück ist ja auch von Unzmarkt herunter bis nach Judenburg, das zwar schon zum Teil saniert worden ist, aber noch weiter saniert werden muß. Wir haben aber nicht nur in der Obersteiermark Verbindungen vom Pötschen herunter und über das Ennstal Anschluß an die Triester Bundesstraße oder vor allem vom Liesingtal an die Triester Bundesstraße. Natürlich sagen die Eisenerzer: „Unsere Straße ist das Problem Nr. 1.“ Ich habe größtes Verständnis dafür, daß Sie diesen Wunsch sehr nachdrücklich vorbringen, aber meine Herren, wenn wir schuld sind, daß auf einmal Coli-Bakterien im Wasser von Eisenerz drinnen sind, dann müssen wir aufhören Straßen zu bauen. Weil dieser Vorwurf, der noch dazu angeblich durch ein Gutachten unterlegt ist, nicht stimmen kann, weil beim Straßenbauen Bakterien nicht entstehen. (Abg. Dipl.-Ing. Juvancic: „Das ist eine sekundäre Auswirkung.“) Bitte, hier kann man sehr, sehr viel streiten und der Fall muß zuerst bereinigt werden. Wenn man dann hier womöglich beschuldigt wird, alle Eisenerzer zu vergiften, verursacht durch diese Straßenumlegung, dann verstehe ich, daß unsere Beamten vorsichtig werden und ich muß Ihnen da völlig recht geben. Ich hoffe, daß das also bereinigt wird. Ich mache aufmerksam, weil der Herr Abg. Juvancic so ein ungläubiger Thomas ist, der sagt, „die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube — wir haben 15 Millionen Schilling beantragt für die Nordrampe. Ob wir sie bekommen, steht noch nicht fest, aber jedenfalls ist dieser Betrag im Rahmen der uns in der Gesamtheit zustehenden 350 Millionen Schilling drinnen. Wir haben das beantragt. Aber wir werden die Bewilligung zum Bau erst dann bekommen, wenn das Verfahren abgeschlossen ist. Ich hoffe, daß es im Jänner zu einer endgültigen Abhandlung kommt, damit der Fall abgeschlossen werden kann.“

Und wenn ich schon bei den Straßen bin: Ein sicherlich berechtigter Vorwurf, daß noch nichts geschehen ist, trifft hinsichtlich der Görtscitztal-Bundesstraße zu. Aber wo fangen wir an und wo hören wir auf? Das ist die Frage, Sagen Sie mir, die Nordrampe in Eisenerz wäre nicht so notwendig, dann fangen wir eben bei der Görtscitztal-Bundesstraße an. Aber ich glaube, daß man so einen Vergleich nicht ziehen kann. Natürlich müssen wir die Verkehrsdichte für den Ausbau einer Straße zur Grundlage nehmen. Oder sagen Sie mir, daß die Wechsel-Bundesstraße nicht so notwendig ist. Gut, dann hören wir dort auf und beginnen wieder wo anders. Ich glaube aber — und ich möchte das besonders festgehalten haben, meine Damen und Herren — lassen wir uns doch von dem einmal gefaßten Konzept nicht abbringen! Vielleicht muß der eine oder andere um ein oder zwei Jahre länger warten, aber er kommt dann sicher zum Zuge. Wenn wir nämlich nur mit dem Fleckerlteppich versuchen, alle zu befriedigen, dann werden wir nirgends fertig und werden auch mit der Kritik nicht fertig, die uns dann berechtigterweise trifft.

So ähnlich ist es ja auch bei den Landesstraßen. Wir müssen auch bei den Landesstraßen vor allem die Verkehrslinien beachten, die wir zu erschließen

haben. Beispielsweise die Übergänge in die anderen Bundesländer, oder auch, um nur ein Beispiel zu sagen, die Aufschließung vom Murtal hinüber in die Oststeiermark über den Rechberg oder die endgültige Bereinigung des Straßenstückes zwischen Mürztal und dem Feistritztal, also von Krieglach hinüber nach Ratten. Diese Züge müssen wir vor allem vor Augen haben, wobei wir auch damit nicht nur dem allgemeinen Verkehr, sondern auch dem Fremdenverkehr dienen. Und dabei bleiben natürlich auf der anderen Seite soundsoviele Wünsche zurück. Wir haben immerhin auch im heurigen Jahr wieder 114 Millionen, oder 115 oder gar 116 Millionen sind es, für den Neuausbau zur Verfügung. Aber Sie dürfen auch die Anzahl der Baulose nicht übersehen. Wir haben immerhin, wenn ich mich nicht irre, bei den Landesstraßen die schöne Zahl von 72 km im Bau. Das heißt, wir haben Landesstraßen in Aus- und Umbau mit 34 Baulosen mit einer Gesamtlänge von 179 km und davon war es möglich 72 km fertigzustellen.

Die Frostaufbruchschäden, die uns der vorvorige Winter beschert hat, damit sind wir immer noch nicht fertig, aber das sind halt auch wieder Kilometer und Kilometer. Allein hier sind es 42 km, die wir wieder in Ordnung zu bringen haben bei den Landesstraßen. Wir haben zur Zeit 66,8% der Landesstraßen staubfrei. Hier die richtige Einteilung zu treffen, was soll das nächste sein, was sollen die nächsten 100 km sein, ist nicht sehr einfach, weil wir ein sehr, sehr weitverzweigtes Landesstraßennetz, immerhin über 3000 km, haben. In der Obersteiermark ist ja schon alles staubfrei (Abg. Scheer: „Das ist wohl nicht wahr!“), das werfen uns die Oststeirer vor. Wenn man in die Obersteiermark kommt, kann man überall auf staubfreien Straßen fahren, das sagen die Weststeirer auch. Aber hier müssen wir einfach bemüht sein, weil wir nicht alles auf einmal erfüllen können, nach bestem Wissen und Gewissen, auch mit einbezogen die Verkehrszählung, mit einbezogen die Wichtigkeit der Straßen, sie langsam, aber sicher auszubauen. Wir haben mit dem Straßenbau und mit dem Brückenbau sicher auch unsere Freude. Es ist eine Reihe von neuen, wunderschönen Brücken im heurigen Jahr beispielsweise fertiggestellt worden. Es ist ja mehrmals darauf schon hingewiesen worden. Wir haben sehr schöne, neue Straßenstücke dem Verkehr übergeben können. Aber, es ist halt noch wirklich redlich sehr, sehr viel zu tun. Und wenn ich jetzt sage „mehr Geld für den Straßenbau“, jawohl, für den Landesstraßenbau könnten wir sicherlich noch 50 Millionen Schilling verkraften, viel mehr nicht, wenn wir jetzt in die glückliche Lage versetzt werden, die Autobahn beginnen zu können — es ist uns jedenfalls zugesichert für das kommende Jahr, daß wir etwa 50 Millionen Schilling im ersten Jahr verbauen können, und wenn wir für 350 Millionen Schilling oder an die 350 Millionen Schilling Straßen und Brücken für den Bund bauen, mit dem Neubau-Kredit und mit dem Ausbau-Kredit zusammen haben wir dann über 500 Millionen Schilling Straßenbaukredite, mehr vermögen unsere Unternehmen praktisch nicht zu verkraften, obwohl heute im Straßenbau ja die Arbeitskraft wirklich nicht mehr eine entscheidende Rolle spielt,

sondern die Maschine bzw. der Mensch, der die Maschine führt. Aber wir haben hier bei allem Wollen auch Grenzen, die uns von der Leistungsfähigkeit bei der Bauwirtschaft gesetzt sind. Die müssen wir leider beobachten. Ich will also nicht verhehlen, daß Wünsche, die Sie vorgetragen haben, im kommenden Jahr erfüllt werden können, aber daß ebenso eine Reihe von Wünschen nicht erfüllt werden können, weil sie nicht in unser Konzept passen oder weil sie auf Grund der Verkehrszählung und der allgemeinen Verkehrswichtigkeit und Verkehrsdichte und Bedeutung noch nicht zum Zuge kommen können. Nun, es wurde eine sehr ernste Frage hier aufgeworfen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Straßen, und zwar die Unfälle. Wir bedauern außerordentlich, daß ständig wieder Unfälle passieren, daß wir förmlich an der Spitze mit den Toten stehen. Und es ist auch nicht so, daß wir uns nicht sehr eingehend und gründlich mit der Frage beschäftigt hätten in der Landesregierung. Wir haben schon vor zwei Jahren einen Beschluß gefaßt, daß dort, wo mehrmals Unfälle passieren, die Bezirkshauptmannschaften beauftragt sind, an Ort und Stelle mit den Baubezirksämtern zusammen Kommissionen abzuführen, ob nicht die Ursache in der Lage der Straße liegt. Es sind uns solche Fälle auch berichtet worden und solche Straßenstücke saniert worden. Aber es hat sich immer wieder gezeigt, wenn ein Stück Straße fertig ist, ganz gleich, ob es neu gebaut wurde oder regeneriert, je schöner die Straße, umso gefährlicher für den Autofahrer. Wenn noch dazu ein Regen kommt oder Glatteis, dann rollen die Wagen halt nicht mehr auf, sondern an der Seite der Straße, und dann kommt es zu Unfällen geradezu in Serien. Das beste Entgegenwirken ist noch die Verkehrsbeschränkung, das nützt noch irgendwie. Sonst wird einfach über diese Straßen hinweggerast, und je schöner die Straße, desto gefährlicher. Das hat sich in den letzten Jahren sehr, sehr deutlich gezeigt. Interessanterweise sind bei den schwierigsten Straßenstücken innerhalb der Städte und innerhalb der verbauten Fläche am wenigsten Unfälle passiert, weil hier jeder vorsichtig fährt. Es schimpft zwar jeder, aber ich muß sagen, es passiert nichts, und wenn die Umfahrung da ist so wie jetzt beispielsweise die neue Brücke, die Thalheimer Brücke, dann sind schon wieder mehrere Unfälle sichtbar geworden. Es wird im kommenden Jahr der Versuch unternommen werden von der Landesregierung und von allen möglichen Organisationen gestützt, sozusagen mit einem Appell an die Öffentlichkeit, mit einem Appell an die Autofahrer mit allen möglichen Einflußnahmen doch auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen und sozusagen eine Verkehrserziehungswoche zu veranstalten, um die Leute, um das Gewissen aufmerksam zu machen auf die Folgen einer solchen Raserei und Unachtsamkeit. Vielleicht gelingt es uns durch diesen Appell, durch den Appell an die Menschlichkeit und die Rücksichtnahme, doch die Zahl der Verkehrstoten herabzudrücken. Die Verantwortung ist für jeden, der am Volant sitzt, sehr sehr groß und die kleinste Unachtsamkeit, nur nicht mehr aufmerksam die Straße befahren, nur nicht mehr aufmerksam die Augen auf der Straße zu haben, kann schon die Ur-

sache eines Unfalles sein. Ältere Chauffeure oder Kraftwagenfahrer sagen: „Früher ist man halt lustig die Gegend betrachtend, durch unsere Landschaft gefahren.“ Ja, wehe, wer heute noch auch nebenbei die Landschaft in die Augenweide zu bekommen versucht, er baut einen Unfall nach dem anderen. Die Verkehrsdichte und die Unaufmerksamkeit vor allem beim Überholen, die Tatsache, daß wir diese Tanker auf unseren Straßen haben, die ja soviel Behinderung verursachen und letzten Endes auch mit an vielen Unfällen schuld sind, wenn sie auch nicht direkt schuld sind, die Nichtbeachtung der Zwischenräume, vor allem der Anhängerfahrzeuge, das sind ja alles Dinge, die begreiflicherweise bei diesem Riesenverkehr zu Schwierigkeiten führen müssen. Aber trotz aller Versuche der Organe der Gendarmerie und der Polizei, hier Ordnung hineinzubringen, es gehört auch eine Gesinnung dazu, und zwar die Gesinnung der Rücksichtnahme auf den Nächsten. Mit diesem Problem, das uns ein ernstes ist, möchten wir gern fertig werden. Wenn wir alle zusammenhelfen, wird uns sicher einiges gelingen, aber geben wir uns keiner Täuschung hin, so einfach sind die Dinge nicht, wie überhaupt Autoverkehr und Straßen. Es hat ein englisches Expertenteam vorausgesagt, die Fabrikanten werden nicht aufhören Autos zu bauen, die Kaufleute nicht zu verkaufen und die Bevölkerung nicht zu kaufen. Es wird also weiter noch und noch Autos geben, und wer nicht zur Kenntnis nimmt, daß wir künftighin nicht mehr einfach in die Stadt fahren können und den Wagen zum Beispiel vor dem Landhaus abstellen, dann Einkäufe besorgen oder sich einmal zu unterhalten, wer nicht zur Kenntnis nimmt, daß er künftighin für das Parken wird zu zahlen haben, wird mit einem Auto keine Freude mehr haben können, weil es keinen Platz mehr geben wird, ein Auto in einer Stadt oder in einem Ort überhaupt zu parken; es wird keinen Platz geben. In Amerika sind die Dinge ja so. In Amerika muß man in den Parkturm oder unter die Erde. Und was in Amerika schon vor 5 Jahren war, kommt außer Zweifel in 5, 10, 15 Jahren auch bis zu uns. Also heute schon vorausdenken, wie das in Zukunft sein wird. Und hier haben wir ja auch die großen Probleme im Zusammenhang beispielsweise mit der Nordeinfahrt von Graz. Wir wollen der Stadt helfen, die Stadt ist aber hier ein bißchen extravagant und hat natürlich auch ihre Pläne, was ich verstehe und begreife. Sie will also nicht nur, daß wir eine wunderbare Nordeinfahrt, beginnend bei den Schotterbrüchen über Gösting herein in die Wiener Straße einbinden, sie will natürlich auch noch über St. Veit eine gute Einfahrt. Und sie sagt nicht mit Unrecht, wir haben dort schon Arbeiten gesetzt, wir haben Grundabläsen getätigt usw. Wir sind ja glücklich, daß dort Grund zur Verfügung steht, denn dort können sie die ersten Parkplätze für alle die, die aus dem Norden einfahren, errichten und dafür auch Geld verlangen. Ich bin überzeugt, das wird Ihnen gerne abgenommen, weil jeder froh sein wird, wenn er dort parken kann und dann mit der Straßenbahn oder mit dem Autobus nach Graz hereinfahren wird können.

Aber bei allem Ernst gerade in der Frage des Verkehrs muß ich Ihnen sagen, nur wenn wir uns

wirklich alle anstrengen und hier eine Synchronisierung mit den Gemeinden, mit Bund und Land herbeigeführt wird, wird es uns gelingen, den Verkehr überhaupt zu bewältigen und noch halbwegs aufrechtzuerhalten.

Wenn ich nun noch zu den einzelnen Straßenwünschen etwas sage, so nicht mehr als nur ein paar Bemerkungen. Eisenerz habe ich schon erwähnt. Es werden die Umfahrungen Anger bzw. St. Ruprecht geplant, die Umfahrung Bruck a. d. M. ist wieder mit 3 Millionen dotiert, es wird also hier weitergebaut. Ich bitte, lieber Freund Pabst, schau einmal hinter die Straße hinein, es ist ja schon einiges geschehen. Freilich sieht man es noch nicht von vorne. Aber das wird sicherlich die nächste Umfahrung sein. Es sind, wie gesagt wieder 3 Millionen im kommenden Jahr dafür vorgesehen. Auch für Feldbach werden für die Bundesstraße 5 Millionen Schilling im Voranschlag sein. Es wird also dort auch die Straße von Fehring nach Feldbach fertiggestellt, es wird die Gleichenberger Straße in Ordnung gebracht, es sind hier Vorsorgen für die Zukunft im kommenden Jahr eingebaut. Daß der Pöls als ein sehr kräftiger und sehr kurvenreicher Hals ist, weiß ich, ich bitte um etwas Geduld. Wir müssen sonst wo anders aufhören, wenn wir hier anfangen. Wenn man nicht zu rasch über den Pöls hinausfährt, dann ist diese Straße doch irgendwie erträglich.

Die verschiedenen Landesstraßen, die Seitentäler, da werden wir vor allem Kleinsölk in Ordnung bringen. Dafür ist auch ein Betrag im Voranschlag drinnen. Auch beim Donnersbachgraben, in Donnersbachwald vor allem, wird versucht, etwas zu machen. (Landesrat B a m m e r: „Das ist ein gemeinsames Anliegen!“) Es ist vor allem der Bürgermeister von Donnersbachwald, der uns hier begreiflicherweise mit Briefen überhäuft. Wir haben heuer sogar ein Virment gemacht von der Straße zur Brücke, um den Verkehr dort überhaupt aufrechtzuerhalten. Also wir bemühen uns schon redlich, um solche Engpässe in Ordnung zu bringen. Sie können versichert sein, daß wir auch die Umfahrung von Teufenbach und Niederwölz machen, aber man muß warten, bis wir diese großen Umfahrungen weg haben. Ich weiß schon, daß es auch dort einen Riesenverkehr gibt, aber er ist nicht vergleichbar mit der Triester Bundesstraße und wir müssen die großen Umfahrungen zuerst fertig haben. Kindberg und Bruck sind z. B. jetzt noch die echten Anliegen auf der Triester Bundesstraße und wenn wir damit fertig sind, werden wir sofort und dringlich auf Niederwölz und Teufenbach kommen

Was so einige Wünsche hinsichtlich der Landesstraßen anlangt, so möchte ich sagen, daß auch hier wieder im kommenden Jahr eine Reihe von Wünschen ja schon vorweggenommen ist, aber daß wir uns hier natürlich in einer noch schwierigeren Lage befinden, weil wir noch bei mehr als 30% unserer Landesstraßen Makadam-Decken haben, die nicht staubfrei sind. Wir glaubten schon im heurigen Jahr, völlig fertig zu sein mit den Schwarzdecken für die Ortsdurchfahrten. Wir sind aber nicht fertig geworden. Es wird aber der Rest im kommenden Jahr nun endlich an die Reihe kommen und wir

werden dann also keine Ortschaft mehr haben, die nicht staubfrei ist.

Das nächste, was ich kurz auch noch streifen möchte, das ist das Wasser. Ja, das Wasser ist das Element des Lebens der Menschen, der Tiere und der Pflanzen. Und gerade unsere Fachabteilung ist hier sehr, sehr bemüht, vorzukehren, daß wir vor Unglück behütet sein mögen. Es wird hier genau gemessen die Zunahme der Verschmutzung der Mur. Es sind eigene Apparate dazu eingebaut worden. Und wenn die Abgeordneten sich interessieren, so kann man das jederzeit besichtigen. Es ist der zuständige Mann noch nicht zurück, der Herr Oberbaurat Dipl.-Ing. Tronko ist noch im Krankenstand nach einer schweren Operation; aber es wird hier wirklich versucht, alle Vorkehrungen zu treffen. Wenn heute in der Diskussion gesagt wurde, „wie wunderschön war dieses Wasser“ — im Jahr 1945 war es ja wirklich blau, wie schöne blaue Augen —, aber nachher ist wieder das Leben und die Arbeit in Bewegung gekommen und heute ist das Wasser wirklich total verschmutzt. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß nicht etwa in den letzten Jahren bei neuen Wasserrechtsverleihungen von den Unternehmungen nicht gefordert wurde, alles zu tun, um die Verschmutzung hintanzuhalten. Es sind ungefähr 100 Millionen Schilling in den letzten Jahren zu diesem Zweck verbaut worden. Aber für die alten Wasserrechte hat uns der Bund keine gesetzliche Handhabe gegeben, einfach mit Gewalt die Dinge in Ordnung zu bringen. Sehr einfach deswegen hat uns der Bund keine gesetzlichen Handhaben gegeben, weil z. B. allein die Bereinigung etwa der Abwässer von Pöls — dort beginnt ja sozusagen die Sauerei — 30 Millionen Schilling kostet. Ich kann aber einem Unternehmen nicht einfach 30 Millionen Schilling abnehmen. Und so geht es weiter herunter bis nach Donawitz und herunter bis nach Bruck/Mur und hinein den Thörlbach und hinauf die Mürz. Soll man sich wundern, daß das Wasser dort nicht schöner ist? Man kann sich nicht wundern, daß es ein solches Gesicht bekommt, wenn es durch Graz fließt. (Abg. Vinzenz L a c k n e r: „Man muß nach Murau in Urlaub fahren, dann sieht man sie noch im Urzustand.“) Aber es wird hier nicht nur selbstverständlich die Reinhaltung des Wassers verlangt, die Beseitigung der Abwässer und daß hier alle Vorsorgen getroffen werden. Und mit Recht, weil die Ströme unseres Grundwassers — Gott verschone uns davor — nicht verschmutzt werden dürfen, wenn wir uns ein gesundes Leben sichern wollen. Aber auf der anderen Seite sagte ein Redner hier mit Recht, er will die Regulierung des Stainzbaches haben. Mich hat es gewundert, daß sonst keiner etwas von Regulierungen gesagt hat. Die Frage ist die, ob wir jenen Besitzer, die heute vermooste Wiesen haben, nicht große Ablösebeträge geben sollen, damit sie den Urzustand belassen. Wir regulieren und regulieren und versuchen, die Gerinne mit Schwung sozusagen durch die Landschaft und durch das Tal fließen zu lassen; wissen wir denn, ob wir damit nicht soviel Speicher ausschöpfen, die wir sehr dringend und notwendig brauchen würden? Die Frage ist auch die, ob eine totale Regelung der Natur überhaupt verträglich ist in der Zukunft. Ich

habe mir jedenfalls von einem Fachmann sagen lassen, daß beispielsweise eine Milch herauskommen wird, die kann 5, 6 Wochen alt sein, sie wird trotzdem frisch bleiben. Ich habe gefragt: „Was ist das für eine Milch?“ Und da hat er gesagt: „Drinne ist nichts mehr in einer solchen Milch.“ Ein anderer Fachmann hat mir gesagt: „Wenn wir glauben, alles regulieren zu können, wenn wir glauben, solche entscheidende Eingriffe in die Natur zu tun, deren Folgen wir nicht kennen, er meinte, er als Fachmann glaube sagen zu müssen, daß das eine Sünde wider die Natur ist. Hier das richtige Maß zu treffen, ist wahrlich nicht einfach, aber ich kann Sie versichern, daß, soweit wir hier zuständig und auch Männer und Frauen am Werke sind, daß wir diesen Aufgaben unser ganzes Augenmerk zuwenden und daß beispielsweise durch ständige Fachberatung unseres Landesbauamtes, der Gemeinden, der Bürgermeister, der Gemeindebeamten u. s. f. immer wieder darauf verwiesen wird, welche Gefahren uns drohen, welche Vorkehrungen zu treffen sind. Die Gründung des Wasserverbandes Mürz ist ja wirklich ein guter und großer Anfang, gerade was die Abwässer anlangt für dieses Gebiet, und ich glaube, daß dieser Wasserverband, der sich sehr gut zeigt, auch wirklich zum Tragen kommt und seine Aufgabe erfüllen wird. Im Zusammenhang mit dem Wasser muß ich auch noch zum Wasserleitungsbau etwas sagen.

Man könnte noch sehr viel über Abwässer, über Fäkalien, über die Verbrennung des Mülls, was ja auch eine wesentliche Frage ist, sagen. Es werden hier Versuche unternommen. Dankenswerterweise sind dafür auch Geldmittel vorhanden. Man will auch mit diesem Müll in irgendeiner Weise, in anderer Form fertig werden. Wir werden solche Versuche unternehmen. Aber gerade im Zusammenhang mit dem Wasser, das ja das Entscheidende ist, von dem ich ja ausgegangen bin, ist natürlich heute der Ruf nach Wasserleitungen ein umfassender. Ebenso ist richtig, daß wohl mit dem Wasserbautenförderungsgesetz vor allem kleine Gemeinschaften oder kleine Gemeinden nicht mitkönnen. Hier muß ein Projekt vorgelegt werden, hier muß alles ausgeschrieben werden. Es ist erstens eine komplizierte Prozedur, eine bürokratische Prozedur, die vom Landesbauamt hinaus bis ins Ministerium verläuft, und dann, wenn alles ausgeschrieben ist, und wenn dann die Mitarbeit nicht eingebaut werden kann, die Eigenleistung, die Interessentenleistung nicht eingebaut werden kann, dann wird natürlich das Projekt so teuer, daß es in sogenannter Eigenregie bereits billiger kommt, und das ist ja in einer Reihe von Fällen so geschehen. Größere Wasserleitungen würde ich sehr, sehr abraten etwa in dieser Form zu bauen. Hier muß vom Anfang bis zum Ende wirklich fachmännisch vorgegangen werden. Aber auch bei den kleinen Wasserleitungen, die man ohne weiteres auch von der Landesregierung aus fördern kann — wir haben es auch schon im vergangenen Jahr und im heurigen Jahr gemacht —, muß aber die Wasserrechtsverhandlung abgeführt werden. Wer sich dieser nicht unterwirft, der bekommt keinen Zuschuß. Meine Damen und Herren, es gibt schon eine Reihe von Streitfällen, genauso wie bei den Wegen, auch beim

Wasserleitungsbau. Da wird eine Wasserleitung gelegt, da ist ein Handwerksmeister dabei. Mit einem habe ich vor kurzem einen Disput in der Frage ausgetragen. Er hat gesagt: „Ich bin doch Meister. Es ist doch alles in Ordnung vor sich gegangen“. Ja, aber keine Wasserrechtsverhandlung, und jetzt führt der Mann seine Wasserleitung über fünf Grundstücke, alles in Butter und alles in bester Ordnung, weil alle fünf beteiligt sind. Der Besitzer wechselt seinen Besitz, oder der Besitzer stirbt, und es kommen seine Nachfolger zum Zuge. Und nun ein kleiner Streit, es ist wasserrechtlich nichts abgehandelt. Der kann ruhig in bezug auf die gelegten Rohre sagen: „Heraus damit, ich suche mir mein Wasser selbst“ genauso wie bei einem Weg, er kann sagen: „Mich geht der Weg nichts an“. Es muß wenigstens dann abgehandelt werden, wenn ein Zuschuß gefordert wird.

Ich möchte vielleicht noch kurz nur darauf eingehen, daß im Zusammenhang mit dem Landesbauamt auch die Meliorationen eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Es wurden 230 Kleindrainagen durchgeführt, wobei sehr große Vorhaben in Arbeit genommen und ausgeführt wurden. Ebenso ist der Landes-Hochbau, hier ja vor allem die Abteilung 12, sehr beachtlich, sie baut am allermeisten. Aber es ist auch eine Reihe von Amtsgebäuden errichtet worden. Nicht uninteressant ist unsere Ortsplanung. Es tut mir heute noch leid, daß es uns nicht gelungen ist, bei der Behandlung der Flächennutzungs- und Bebauungspläne auch die überörtliche, das heißt die Landesraumplanung entsprechend gesetzlich zu verankern. Wir werden auf diesen Fall noch zurückkommen. Aber hier zeigt sich sehr deutlich, daß eine großräumige Planung und vor allem die dazu notwendigen Ratschläge sehr segensreich sich für das Land und für Teile des Landes auswirken können. Wir haben hier ausgezeichnete Fachleute. Es tut mir sehr, sehr leid, daß unser großartiger Mann, der hier in den vergangenen Jahren in aller Stille ohne jeden Spektakel gearbeitet hat, daß dieser unser Amtsvorstand leider die Altersgrenze erreicht hat.

Und nun zum Abschluß noch, um hier nicht noch mehr zu sagen. Meine Damen und Herren! Es gehen viele Impulse aus, aus dem Landesbauamt. Es wird dort wirklich gearbeitet. Es sind dort Ingenieure, Beamte, Angestellte und Arbeiter fleißig tätig. Es herrscht dort ein guter Geist. Das merken Sie auch vor allem, wenn es einmal über Nacht schneit oder wenn die Straßen vereist sind. Es sind sofort die Kraftfahrer und die Straßenwärter zur Stelle, und wenn sie nicht überall in der gleichen Stunde oder Minute hinkommen können, so ist das für jeden heute schon selbstverständlich, daß sie schon hätten da sein sollen. Aber das ist eben nicht möglich, das ist nicht denkbar. Jedenfalls können wir sehr glücklich und zufrieden sein, daß wir ein solches Korps von ausgezeichneten Leuten haben. Und ich möchte ihnen gern auch von diesem Hause den großen Dank sagen, verbunden mit der Bitte, aber auch mit der Sorge, muß ich gleichzeitig sagen — wo sind sie denn alle, die da kommen sollen, um diese großen Aufgaben, die noch vor uns stehen, zu bewältigen? Wir haben einen echten Mangel bei

den Ingenieuren. Es liegt darin, daß unsere Anfangsbezüge nicht vergleichbar sind mit der Privatwirtschaft, daß sie uns von der Privatwirtschaft noch und noch abgeworben werden. Wenn wir hier nicht neue Mittel und Wege finden, werde ich sehr besorgt, ob wir unseren großen Dienst in der Zukunft werden aufrechterhalten können. Schon allein der Bau der Autobahn bringt uns in große Schwierigkeiten mit der Versorgung mit dem notwendigen Personal, schon das allein, und ich darf nicht an den Straßen- und Brückenbau denken, wie sehr wir dort hängen, wo wir vor allem diese unerhört pflichtbewußten Leute haben, die keine Zeit kennen, die Tag und Nacht sozusagen denken, für uns alle denken und arbeiten, wenn wir die nicht mehr haben — wir haben zwar guten Nachwuchs, wir können sehr glücklich sein darüber, aber zu wenig, das ist die größte Frage für die Zukunft. Nochmals, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit schönsten Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Mangels weiterer Wortmeldungen erteile ich dem Herrn Berichterstatter das Wort für seinen Schlußantrag.

Abg. Koller: Hoher Landtag! Nachdem 25 Redner die Bedeutung der Gruppe 6 eingehend erörtert haben, wiederhole ich nur noch meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme dieser Gruppe.

Präsident: Wer den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 zustimmt, möge die Hand erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 6 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 7:

Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist Herr Abg. Karl Prenner.

Ich bitten den zweiten Präsidenten Afritsch, den Vorsitz zu übernehmen. Der Herr Berichterstatter Prenner hat das Wort.

Abg. Prenner: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gruppe 7 umfaßt verschiedene Wirtschaftszweige, deren wichtigster die Land- und Forstwirtschaft und — das kann man heute wohl schon sagen — die „Fremdenindustrie“ sind. Ich möchte darauf hinweisen, daß in der Gruppe 7, Abschnitt 73/74 „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“, wohl die Zahlen und Beträge, die erforderlich sind, um die Existenz der bäuerlichen Betriebe zu sichern, schon für sich sprechen.

Vor ungefähr 20 Jahren hat sich in der Landwirtschaft eine Entwicklung angebahnt, die ohne Hilfe aus öffentlicher Hand nicht denkbar wäre. Waren es vor 40 Jahren noch 60% der Bevölkerung, die in der Landwirtschaft tätig waren, so sind es jetzt nur mehr 16%, die dafür zu sorgen haben, daß der Tisch der österreichischen Bevölkerung aus eigener Produktion gedeckt werden kann und darüber hinaus noch bedeutende Mengen exportiert werden können. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß durch Mechanisierung und Umwandlungen verschiedener Art, wie Grundzusammenlegungen oder Schaffung von Gemeinschaften, wie Mähdruschgemein-

schaften usw., gewisse Arbeitserleichterungen geschaffen wurden. Daß aber nach wie vor der bäuerliche Mensch noch immer harte Arbeit leisten muß und daß es trotz finanzieller Hilfe der zuständigen Stellen noch immer nicht gelungen ist, dem bäuerlichen Menschen so zu helfen, daß auch er sich am Schönen, sei es an der Musik, an einem Buch oder was immer erfreuen kann. Denn nicht Interessenlosigkeit oder Unverstand, sondern körperliche Müdigkeit sind der Grund, wenn er eine Ruhepause allem anderen vorzieht. Das ist bei einer 75-Stunden-Woche auch nicht verwunderlich. Selbst bei der wirklich imposanten Bauernkundgebung im Herbst dieses Jahres in Graz dürfte es einem aufmerksamen Beobachter nicht entgangen sein, daß die Gesichter dieser Menschen gezeichnet waren von harter und schwerer Arbeit. Unser Bemühen muß es sein, Wirklichkeiten zu schaffen, damit der Spruch „Im Schweiß deines Angesichtes sollst du dein Brot verdienen“ allmählich seine Härte verliert. Vieles wurde schon dazu getan.

So sieht der Landesvoranschlag erfreulicherweise zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft sowie für die notwendigen Fachschulen einen Betrag von rund 94 Millionen Schilling vor. Davon entfallen allein auf die Förderung der Landwirtschaft 32,561.300 S, auf die Tierzuchtförderung 6,394.200 S, auf den Güterwegbau 9,750.100 S, auf den Pflanzen-, Obst- und Weinbau 3,430.100 S.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gruppe 7 ist der Fremdenverkehr, dessen wirtschaftliche Bedeutung uns allen klar ist. Für den steirischen Fremdenverkehr wurde im Voranschlag ein Betrag von 32,140.000 S vorgesehen. Man kann mit Genugtuung feststellen, daß alles getan wird, um den fremden Gästen den Aufenthalt so schön als möglich zu gestalten, sei es durch Schwimmbäder, Ski- oder Sessellifte, was immer eben die landschaftliche Umgebung an Möglichkeiten bietet.

Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Schluß meiner Berichterstattung möchte ich noch auf das Feuerwehrwesen und auf die Förderung der gewerblichen Wirtschaft hinweisen. Für das Feuerwehrwesen sind 8,808.400 S vorgesehen. So erfreulich hoch dieser Betrag ist, höher zu werten ist das ideelle Gedankengut dieser Menschen. Ich möchte deshalb unseren freiwilligen Feuerwehrmännern für die immerwährende Einsatzbereitschaft und dem Referenten für die Feuerwehren, Herrn Landesrat Pirsch, sowie der Landesregierung für das Verständnis, das dieser Einrichtung entgegengebracht wird, danken. In der Gruppe 7 sind für Feuerwehrwesen, Gewerbe- und Verkehrsförderung, für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft und für den Fremdenverkehr 151,642.900 S vorgesehen. Das sind um 16,014.000 S mehr als im Vorjahr.

Der Finanzausschuß hat sich eingehend mit der Gruppe 7 beschäftigt und ich bitte das Hohe Haus, den Ansätzen der Gruppe 7 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Als erstem Redner zur Gruppe 7 erteile ich Herrn Abgeordneten Neumann das Wort.

Abg. Neumann: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn mir heuer Gelegenheit gegeben

wurde, namens der Fraktion der Österreichischen Volkspartei zum Kapitel Landwirtschaft in diesem Budget Stellung zu nehmen, so soll diese Stellungnahme mit einer Aussage zu den Gesamtgrundsätzen der österreichischen Agrarpolitik, zur Gesamtbedeutung und zur Gesamtsituation des Bauernstandes sein. Dies deshalb, weil die landwirtschaftlichen Ansätze in diesem Budget von rund 100 Millionen Schilling nur in diesem Gesamtkonzept, in der Gesamtbedeutung und Gesamtsituation des Bauernstandes zu verstehen, zu begründen und zu bejahen sind und in diesem Gesamtkonzept auch ihre Aufgabe zu erfüllen haben.

Diese Aufgabe, die nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gelaute hat, mitzuhelfen, die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln, um die Ernährung in diesem Lande zu sichern. Eine Aufgabe, die bestens erfüllt wurde. Und die Aufgabe der landwirtschaftlichen Beträge in diesem Budget lautet jetzt, mitzuhelfen, die Europa-Reife der steirischen Landwirtschaft zu erlangen, die Bedeutung des Bauernstandes zu erhalten und einen kleinen finanziellen Ausgleich für die ungünstige Einkommenslage der Landwirtschaft herzustellen. Zur Erhärtung dieser Notwendigkeit eines finanziellen Ausgleiches sei eine Ziffer genannt, die hier im Hohen Hause schon öfter zitiert wurde. Nämlich die Ziffer, daß die österreichische Landwirtschaft mit 35% am Gesamtarbeitsaufkommen, mit 16% an der Gesamtbevölkerung, aber nur mit 9% am Gesamteinkommen dieses Staates beteiligt ist. Hohes Haus! Machen wir allerdings einen Blick in andere europäische Staaten, ich möchte Ihnen hier ein objektives Bild zeichnen, so sehen wir, daß, abgesehen vom Osten, wo es außer den Kommissaren ja nur arme Teufel gibt — der Abg. Leitner ist leider nicht da —, daß die agrarische Situation in den übrigen europäischen Ländern auch nicht allzu sehr anders ist. In der Deutschen Bundesrepublik betrug der bäuerliche Bevölkerungsanteil 15% im Jahre 1959, der Anteil am Brutto-Nationaleinkommen jedoch nur 8%. In Frankreich beträgt der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft 25%, der Anteil am Volkseinkommen 12%. So ähnlich verhält sich die Situation auch in allen übrigen größeren europäischen Industriestaaten. Aber auch die amerikanische Landwirtschaft hat in der heutigen Industriegesellschaft, um dieses Stichwort, dieses Schlagwort zu nennen, ihre Sorgen. Während dort der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil 7% beträgt, beläuft sich der Einkommensanteil der Farmer nur auf 4%. Das amerikanische Durchschnittseinkommen ist jedoch so hoch, daß der Farmer trotzdem auf ein monatliches Einkommen von 4000 bis 5000 S kommt.

Hohes Haus! Wenn ich nun diese Vergleiche angezogen habe, so nicht deshalb, um in diesen Vergleichen eine Entschuldigung oder einen Trost zu finden, sondern deshalb, weil ich damit sagen möchte, daß das Problem der Landwirtschaft nicht nur ein österreichisches ist, sondern ein Gesamtproblem Europas, ja ein Gesamtproblem dieser Welt überhaupt. Hohes Haus! Es ist das Schicksal des Bauern in der Industriegesellschaft. Und wenn ich nun diesen Satz ausgesprochen habe, auf den es mir überhaupt in meinen Ausführungen ankommt, so möchte ich damit auf keinen Fall sagen, daß wir

Bauern gegen diese Industriegesellschaft wären, sondern ich möchte das Gegenteil behaupten. Wir bekennen uns zu dieser Industriegesellschaft. Wir bejahen sie und wir unterstützen sie, wo immer wir nur können, weil sie unsere ganze Chance und unsere ganze Hoffnung ist. Und das kommt ja, Hohes Haus, auch schon in unserer Österreichischen Volkspartei zum Ausdruck, die sich ja allen Berufsständen, dem Bauern genauso wie dem Arbeiter, dem Gewerbetreibenden und geistig Schaffenden, verpflichtet fühlt; und, Hohes Haus, auch ich persönlich fühle mich als Mandatar der Volkspartei nicht nur der Landwirtschaft, sondern allen Berufsständen, auch den Bergarbeitern unseres Bezirkes, verpflichtet, Herr Kollege Zagler, um diese Feststellung hier zu treffen (Beifall ÖVP). Ich darf noch hinzufügen, daß es sehr viele Bergarbeiter sind, die ständig zu meinen Sprechtagen kommen. Es sind sehr viele, es sind mehr als andere, und selbstverständlich habe ich gern immer mich auch um ihre Sorgen angenommen. Ich möchte also noch einmal sagen, wir bekennen uns zu dieser Industriegesellschaft, weil wir auch sehen, daß die Situation des Bauern in rein agrarischen Staaten eigentlich noch schlechter ist als in Industriestaaten, daß zwar dort dieser Einkommensunterschied nicht besteht, aber daß eben, wie gesagt, auch das Einkommen des Bauern dort sehr gering ist, weil es an der kaufkräftigen Konsumentenschaft fehlt. Ich möchte daher noch einmal geradezu ein feierliches Bekenntnis zur Vollbeschäftigung und überhaupt zur gesamten Wirtschaft, zur gesamten Industriegesellschaft ablegen und möchte dieses Bekenntnis auch noch mit einigen Zahlen erhärten. Der Fleischverbrauch in Österreich betrug noch in den fünfziger Jahren pro Kopf und Jahr bei 30 kg. Durch die zunehmende Kaufkraft der Konsumenten ist der Fleischverbrauch ständig angestiegen und betrug heuer pro Kopf und Jahr bereits 61 kg. In der stark industrialisierten Deutschen Bundesrepublik beträgt der Fleischverbrauch pro Kopf und Jahr sogar 64 kg. Es stimmt also nicht ganz, daß die Deutschen nur von Gemüse leben. Der südliche Nachbar Italien, der schon mehr als Agrarstaat anzusehen ist — es ist dort mehr als ein Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt —, dort beträgt der Fleischverbrauch pro Kopf und Jahr nur 35 kg, und er sinkt weiter ab, je näher wir zu den reinen Agrarstaaten des Südens kommen. Hohes Haus! Gerade der Fleischverbrauch ist für uns ein sehr, sehr wichtiger Maßstab deshalb, weil die bäuerlichen Einnahmen Österreichs zu zwei Dritteln aus der Viehwirtschaft stammen. Ich möchte daher nochmals sagen, wir bejahen diese Industriegesellschaft, sie ist unsere ganze Hoffnung, unsere ganze Chance, wir Bauern fordern jedoch mehr Gerechtigkeit, wir fordern mehr Gerechtigkeit für den Bauernstand, wir fordern einen gerechten Anteil am Tisch des Volkes, an jenem Tisch des Volkes, den noch immer der Bauer dieses Landes deckt; und er liefert damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ein wichtiges Fundament für das Gedeihen des gesamten Wirtschaftslebens. Denken wir nur daran, als voriges Jahr in Rußland durch eine falsche Agrarpolitik geradezu eine Hungersnot entstanden ist, daß große Weizenimporte aus dem Westen getätigt werden mußten, damals

hat die Regierung ihren Arbeitern zugerufen „Es heißt nun, fest in die Hand zu spucken, die Ärmel aufzukrempeln und mehr als bisher zuzupacken, damit die teuren Weizenimporte aus dem Westen bezahlt werden können“. Ich möchte also noch einmal feststellen, der Bauer liefert durch die Sicherung der Ernährung ein Fundament für das Gedeihen der Industriegesellschaft von heute. Wir sollen auch nicht vergessen, daß der Bauer noch in zweiter Hinsicht an den Erfolgen der Industriegesellschaft sehr entscheidend mitgewirkt hat und auch heute mitwirkt, und zwar dadurch, daß er zu ihren bedeutendsten Konsumenten zählt. 88% seiner gesamten Einnahmen gibt der österreichische Bauer wieder für den Ankauf von Erzeugnissen der Industriegesellschaft aus. So betrug der Wert der gekauften Landmaschinen im Jahre 1963 1,5 Milliarden, der Wert für Reparaturen der Maschinen 1,2 Milliarden, 3 Milliarden wurden für Reparaturen und Bauten bei Wohn- und Wirtschaftsgebäuden ausgegeben und flossen der heimischen Wirtschaft zu, 1,1 Milliarden für Handelsgüter, 1,9 Milliarden für andere Zukaufsmittel und 780 Millionen Schilling für Energie.

Hohes Haus! Ich glaube, der Bauer zählt damit zu den wenigen Ständen, die ihr Einkommen in so hohem Maße wieder der heimischen Wirtschaft zur Verfügung stellen. Ich glaube, unser steirischer Fremdenverkehrsreferent würde sehr glücklich sein, wenn er diese Feststellung auch für sein Gebiet treffen könnte, und daraus leitet sich auch das Sprichwort ab, an das wir mehr als bisher denken sollten: „Es lebt ein Volk, es blüht ein Land, wo kerngesund der Bauernstand.“ Und, Hohes Haus, es muß dem Bauern, dem steirischen und dem österreichischen Bauern, ja überhaupt dem Bauern in der Industriegesellschaft, das Herz weh tun, wenn er sehen muß, wie wenig Dank er für die Erfüllung seiner zweifachen Aufgabe erntet, dafür, daß er in so mustergültiger Weise den Tisch des Volkes deckt und sein Einkommen in so hohem Maße der Wirtschaft zur Verfügung stellt. Ich möchte sagen, eine bessere Agrargesinnung wäre dringend notwendig, wir sollen mit einer besseren Agrargesinnung auch in unserem Lande nicht darauf warten, bis sich in diesem Lande einmal niemand mehr bereit findet, unter Verzicht auf Freizeit, unter Verzicht auf ein geregeltes Einkommen den Tisch des Volkes zu decken. Und schon machen sich Ansätze bemerkbar. In der Steiermark haben vor allem die steirischen landwirtschaftlichen Großbetriebe, die auf fremdes Personal angewiesen sind, sich schon vielfach viehlos gemacht. Im Jahre 1963 waren es 1500 Betriebe und die letzte Viehzählung hat ergeben, daß wir in der Steiermark bereits um 28.000 Rinder weniger haben. Ja, es scheint überhaupt immer mehr so zu sein, daß nur mehr die Mitglieder der bäuerlichen Familie bereit sind, die Lasten der Stallarbeit bei diesem ungeregelten Einkommen auf sich zu nehmen. Der Beruf des Melkers ist ein sterbender Beruf. Aus diesem Grunde denkt man ganz ernstlich daran, die Melkerschule Raaba aufzulassen, weil der entsprechende Bedarf nicht mehr gegeben ist.

Das hat auch seine Auswirkungen schon in der Milchwirtschaft. Jedes Jahr hat die Erzeugung in der Milchwirtschaft um 5 bis 6% und auch mehr zu-

genommen. Im Jahre 1963 jedoch nur mehr um 2%. Es zeigten sich auch im heurigen Sommer bereits Engpässe in der Fleischversorgung. Hohes Haus, all dies sind bereits Warnzeichen, die wir nicht übersehen sollen. Im gesamten gesehen ist die Situation ja so, daß im Jahre 1963 die Weltbevölkerung um 2,8% zugenommen hat, die Erzeugung von Nahrungsmitteln jedoch nur um 1,7%.

Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! Es liegt dem Bauernstande, der seinen Boden Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch mit Liebe gepflegt hat, ihn urbar machte und ihn fruchtbar erhalten hat, nicht, die so notwendige bessere Agrargesinnung mit Gewalt zu erreichen. Wir glauben auch, daß dieses Unverständnis in der breiten Konsumentenschaft vor allem auf eine mangelnde Aufklärung zurückzuführen ist. Wir sind daher bemüht, durch eine stete Aufklärung, durch solide Werbung, die agrarische Gesinnung in der breiten Konsumentenschaft zu heben. Hohes Haus, hier mitzuwirken glaube ich, wäre wohl eine moralische Aufgabe, eine Ehrenschild aller, die in diesem Lande Verantwortung zu tragen haben. Und nachdem der Herr Kollege Zinkanell jedes Jahr bei den Voranschlagsverhandlungen eine Agrar-Enquete gefordert hat, die zum Ziele gehabt hätte, daß sich auch die anderen Berufsstände mit den Sorgen der Landwirtschaft befassen sollen, und nachdem er diese Forderung auch in einer Flugschrift zu den letzten Bauernkammerwahlen wiederholte, haben wir uns darüber sehr gefreut, weil wir glaubten, daß das die General-Linie der gesamten Sozialistischen Partei Österreichs sei. Unser Landwirtschaftsministerium hat demgemäß versucht, im Hauptorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, und zwar in der „Arbeiterzeitung“, ein Aufklärungsinserat gegen Bezahlung unterzubringen. Dieses Inserat war frei von jeder Parteipolitik. Es sollte in knapper, allgemein verständlicher Form die Wichtigkeit des grünen Planes für die Rationalisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft und überhaupt die Bedeutung eines gesunden Bauernstandes der Bevölkerung vor Augen führen. Die „Arbeiterzeitung“ wies zur großen Überraschung dieses Inserat das erstmal mit der Bemerkung zurück, es sei zu groß, um es auf den gewünschten Seiten 3 und 5, wie das der Fall war, unterzubringen. Als sich daraufhin das Landwirtschaftsministerium mit einer Plazierung auf einer anderen Seite einverstanden erklärte, hieß es, das Redaktionskollegium habe sich entschlossen, dieses Aufklärungsinserat überhaupt nicht aufzunehmen. Auf die Frage, wer denn zuständig sei, wer denn dieses Kollegium sei, mit dem man über die Aufnahme dieses Inserates weiter verhandeln könnte, ist man die Antwort bis zum heutigen Tage schuldig geblieben. (Zwischenruf: „Das ist sehr sonderbar.“)

Hohes Haus! Es scheinen hier in Österreich Kräfte am Werk zu sein, die aus irgendwelchem Grunde kein Interesse haben, der breiten Konsumentenschaft die Wahrheit zu sagen, sie über die Sorgen des Bauernstandes aufzuklären, die auch ihre Sorgen sind. Wie steht diese Haltung in Widerspruch mit der sicher sehr ehrlich gemeinten Forderung des Kollegen Zinkanell nach Abhaltung einer Agrar-

Enquete. Wir würden daher, Hohes Haus, die Sozialistische Partei sehr bitten, nicht bei uns ständig wegen einer Agrar-Enquete anzupochen, hier pochen Sie an Türen, die nicht vorhanden sind, und gerade in der Steiermark geschieht auf diesem Gebiet ohnedies sehr viel. Denken wir nur an den Festzug „Steirische Ernte“, wodurch hunderttausende Städter in die Sorgen und Probleme des Bauern Einblick bekommen haben und sich auch sehr positiv zu diesem Festzug geäußert haben.

Wir würden, Hohes Haus, sehr bitten, daß die Sozialisten mithelfen, auf Wiener Boden den Weg für eine Aufklärung der breiten Konsumentenschaft zu ebnen. (Landesrat B a m m e r: „Dann muß der ‚Bauernbündler‘ anders schreiben.“) Herr Landesrat Bammer, ich freue mich sehr, daß ich heute höre, daß die „Neue Zeit“ auch dem Festzug „Steirische Ernte“ entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet hat. (Dr. R a i n e r: „In einer Zeile, bitte.“) Es hätte mich ja gewundert. Es hätte mich bei Ihrer sonstigen Schreibweise sehr gewundert. Und ich muß sagen, wir müssen es bedauern, daß gerade in dieser „Neuen Zeit“, von der eben die Rede war, immer wieder Berichte lanciert werden, die geradezu haarsträubend sind und die der Konsumentenschaft ein völlig falsches Bild über die wahre Situation in der Landwirtschaft geben. So hieß es in der „Neuen Zeit“ ungefähr vor einem Jahr etwa folgend. (Zwischenruf von der SPÖ: „Bitte genau.“) Also genau: „Österreich steuert nach Meinung maßgeblicher Wirtschaftskreise einer Agrarkrise zu, wenn die Struktur der Landwirtschaft nicht gründlich umgestaltet wird. Obwohl sich die Agrarexperten, die allerdings durchwegs alle aus der Landwirtschaft kommen und deshalb nur deren Interessen vertreten, nicht so pessimistisch zeigen, ist erwiesen, daß Österreich bereits zu viel Agrarprodukte erzeugt. Daß diese Überschuberzeugung noch mit Hilfe von Steuergeldern subventioniert und gestützt wird, gleicht einem volkswirtschaftlichen Schildbürgerstreich.“ (Abg. Z i n k a n e l l: „Haben Sie schon vergessen, daß wir pro kg Butter seinerzeit 20 S zugezahlt haben?“) Hohes Haus! Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. (Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte, die Rede fortzusetzen.

Abg. Neumann: Hohes Haus, ich möchte dazu sagen, es ist also erstens eine Gemeinheit, daß man die Stützungen, die aus der Not der Zeit heraus geboren wurden, und die man nicht nur im Interesse des Bauern bis in die heutige Zeit mit herübergenommen hat, den Bauern anlastet. Aber wir müssen uns die Frage stellen, wundert es uns, daß es auch in diesem Lande an der notwendigen Agrargesinnung fehlt, wenn solche Dinge unter der Konsumentenschaft verbreitet werden?

Ich glaube, es ist dies mehr als bedauerlich. Ich möchte also noch einmal sagen, Herr Kollege Zinkannell, wir freuen uns sicher sehr über Ihre schönen Worte über die Landwirtschaft, die wir hier im Hohen Hause hören. Wir glauben, Sie meinen es auch ehrlich, aber diese schönen Worte genügen der Landwirtschaft nicht. Wir erwarten auch von Ihrer Seite eine bessere Agrargesinnung und eine bessere

Aufklärung der breiten Konsumentenschaft. Ich glaube, nur dann wird es uns gelingen, in unseren landwirtschaftlichen Anliegen im Interesse der gesamten Volkswirtschaft auch weiterzukommen.

Lassen Sie mich zum Schlusse kurz die Anliegen skizzieren, die die Landwirtschaft in der Gegenwart besonders berühren: Hohes Haus! Unser erstes und größtes Anliegen ist es, die Wirtschaftsmauer, die Zollmauer an unserer westlichen Grenze durch ein rasches Arrangement mit der EWG endlich zu Fall zu bringen. Es geht einfach nicht an, daß der österreichische Bauernstand zusätzlich zu den unzulänglichen Agrarpreisen nun schon Jahre hindurch eine Zolldiskriminierung an der westlichen Staatsgrenze hinnehmen muß, die besonders am Viehsektor besorgniserregend und drückend wirkt. Der österreichische Bauernstand hat sich in den letzten Jahren sehr bemüht, sein Einkommen durch eine Ausweitung der Produktion zu verbessern, die in der Welt, wie ich schon bewiesen habe, durchaus gebraucht wird, so daß es heute soweit ist, daß wir nicht nur 85% vom heimischen Tisch aus heimischer Scholle decken, sondern daß wir bereits zu einem bedeutenden Agrarexportland besonders am Viehsektor geworden sind, wo wir im Jahre 1963 140.000 Rinder exportierten, 80% dieser landwirtschaftlichen Exporte bewegen sich in den EWG-Raum. Ich glaube, Sie verstehen nun, warum wir so plädieren für ein rasches Arrangement mit der EWG, das das Hauptanliegen des Österreichischen Bauernbundes ist. Hohes Haus! Es ist den Bauern nicht gedient, wenn sich der Herr Vizekanzler Pittermann in der letzten Zeit sehr bemüht, um die angestammten Märkte des Ostens Schritt für Schritt zurückzugewinnen, wie es wortwörtlich in der Wochenendausgabe der „Neuen Zeit“ heißt. Wir haben bereits vor einigen Jahren gesehen, daß diese Ostgeschäfte vor allem auf Kosten des Bauern gehen. Durch eine falsche Politik fehlt es diesen Staaten an den notwendigen Finanzen, an dem notwendigen Geld, und so wollte man vor einigen Jahren die Exporte von hochwertigen Industrieartikeln Österreichs mit der Gegenlieferung von landwirtschaftlichen Produkten bezahlen, also einwandfrei auf Kosten des Bauern möchte man diese Exportgeschäfte tätigen. Wir Bauern, Hohes Haus, wir erwarten daher auch vom Herrn Vizekanzler als dem Obmann der zweiten Regierungspartei dieses Landes eine klare Antwort in der Frage, ob er sich zum Westen, ob er sich zur EWG oder ob er sich zum Comecon bekennt. Denn eine andere Alternative gibt es auch für den österreichischen Bauern nicht, auch dann nicht (Abg. W u r m: „Zuerst hat er gesagt, wir haben zu wenig, jetzt sagt er wieder, wir haben zu viel.“ — Landesrat B a m m e r: „Was hat denn der Bundeskanzler Klaus gesagt von den Ostgeschäften?“) Der Bundeskanzler bekennt sich eindeutig zur EWG, weil das der Hauptmarkt für Österreich ist. (Landesrat S e b a s t i a n: „Lesen Sie das neue Konzept des Herrn Bundeskanzlers Klaus?“) Herr Landesrat, ich bin kein Spezialist für Ostgeschäfte.

Obwohl wir wissen, so wie ich das auch eingangs schon erwähnt habe, daß auch die Landwirtschaft in den EWG-Staaten ihre Sorgen hat, trotzdem bekennen wir uns und müssen wir uns zu den Staaten der EWG bekennen, weil dorthin sich unsere Exporte

bewegen. Es ist sicher (Abg. Schlager: „Wir bekennen uns zu Österreich!“) Das eine schließt das andere nicht aus, Herr Kollege. Es ist sicher, und es zeigt dies vor allem die Diskussion rund um den deutschen Getreidepreis, daß wir bei der EWG in den Agrarpreisen keine allzu großen Hoffnungen hegen können, schon weil das österreichische Agrarpreisniveau etwas unter dem EWG-Durchschnitt liegt, aber, wie gesagt, die Diskussionen um den deutschen Getreidepreis, um den französischen Milchpreis zeigen uns, daß uns agrarpreismäßig doch auch vom Westen her Stoptafeln entgegenleuchten und daß es uns nur durch die Erhöhung der Agrarpreise nicht möglich sein wird, die Einkommensdisparität der Landwirtschaft zu beseitigen.

Hohes Haus! Das zweite Anliegen des österreichischen Bauernstandes ist es daher, durch die Landwirtschaftsförderung vom Bund und Land erstens die europäische Reife der österreichischen und steirischen Landwirtschaft vorzubereiten und als zweites eben einen kleinen Ausgleich für die Einkommensdisparität zu erreichen, einen Weg, den auch die Bauern der EWG-Staaten zu gehen gezwungen sind. So haben die deutschen Bauern für ihr Zugeständnis zur Senkung des Getreidepreises zusätzlich zu den Mitteln des deutschen Landwirtschaftsgesetzes, die dort 16 Milliarden Schilling betragen, noch 6 Milliarden Schilling verlangt und auch zugesagt erhalten. Und diese 6 Milliarden für die deutsche Landwirtschaft (Landesrat B a m m e r: „Fünf!“) als Ausgleich für die Senkung des Getreidepreises sollen zur Förderung von landwirtschaftlichen Investitionen, von sozialen Maßnahmen und zur Verbilligung von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln verwendet werden, wie es wortwörtlich in einer Stellungnahme der deutschen Agrarvertreter heißt. Hohes Haus! Die 6 Milliarden gelten vorläufig für das Jahr 1966. (Abg. Heidinger: „Sie müssen auch dazu sagen, wie lange das gilt und was kommt dann?“) Dann kommt eine weitere Aufstockung. (Abg. Pölzl: „Dann kommt das Jahr 1967.“) Hohes Haus! Ich möchte sagen, dem gleichen Zwecke wie eben die Förderungsbeiträge beim westlichen Nachbarn dienen auch die Förderungsbeiträge in diesem Budget und die gesamten Förderungsbeiträge für die österreichische Landwirtschaft, ob dies nun die Mittel aus dem Landwirtschaftsgesetz sind, die heuer auf 700 Millionen Schilling aufgestockt wurden, ich glaube, ein sehr, sehr beachtlicher und erfreulicher Betrag. Und ich vertrete daher nicht die Meinung, die hier im Hohen Hause, ich glaube von der äußersten Rechten gelegentlich durchgeklungen hat, daß vom seinerzeitigen Entwurf des Landwirtschaftsgesetzes nur noch der Name übriggeblieben ist. Richtig ist es, daß wir uns mit diesen 700 Millionen Schilling für das Landwirtschaftsgesetz nicht zufriedengeben können, daß andere Länder, besonders die Deutsche Bundesrepublik, wie ich erwähnt habe, schon mehr getan haben für die Erfüllung ihres Landwirtschaftsgesetzes und daß es daher unser Nahziel ist, zunächst einmal mindestens 1 Milliarde für die Erfüllung des Landwirtschaftsgesetzes zu erhalten. Und, Hohes Haus, wenn gegenwärtig um den Staatszuschuß — und auch das muß ich der Vollständigkeit halber erwähnen — für die Bauernkrankenkasse Diskussionen im Gange sind und hier

und da gesagt wird, ja dieser Staatszuschuß, der könnte Beispielsfolgerungen nach sich ziehen, so möchte ich auch dazu sagen, daß auch dieser Staatszuschuß kein Sondergeschenk für die Bauern wäre, sondern ich möchte Sie auch bitten, auch diesen Staatszuschuß im Gesamtkonzept der österreichischen Agrarpolitik und in der Gesamtbedeutung und in der Gesamtsituation des Bauernstandes zu sehen, ihn als das zu sehen, als was er gedacht ist, als Mittel zur Förderung der Gesundheit im Bauernstand, wo es durch Überarbeitung und mangelnde ärztliche Betreuung besonders im argen liegt, und auch als den Ausgleich für die Vorenthaltung kostendeckender Agrarpreise. In dieser Richtung möchte ich sagen, stellt dieser Beitrag geradezu ein Nachziehverfahren dar. Ein Nachziehverfahren in dieser Richtung wäre es auch, wenn endlich für die bäuerlichen Zuschußrentner die Ausgleichszulage gewährt werden würde, die ja den übrigen Berufsständen bereits zuerkannt ist. Hohes Haus! Eine weitere Möglichkeit, die Einkommensdisparität des Bauernstandes etwas zu entschärfen, läge auf steuerlichem Gebiet, wo auch die Staaten der EWG schon sehr, sehr viel getan haben. Und es wäre hier nicht zuviel verlangt, wenn wir sagen, daß es wichtig wäre, die landwirtschaftlichen Urprodukte zur Gänze von der Umsatzsteuer zu befreien. Es sind nur mehr wenige Länder im westlichen Europa, wo der Bauer noch eine Umsatzsteuer zu bezahlen hat. Die 130 Millionen Schilling, die dadurch dem Staate gekürzt würden, wären bei einem Budget von über 60 Milliarden sicherlich nicht sehr bedeutend, würden aber für den Bauernstand eine sehr wertvolle Entlastung sein. Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Entlastung auf steuerlichem Gebiete, Verbilligung der landwirtschaftlichen Betriebsmittel, Entgegenkommen in sozialer Hinsicht, Mithilfe des Staates durch die Förderungsbeiträge von Bund und Land für die notwendigen landwirtschaftlichen Investitionen zur Erlangung der Europafähigkeit und damit Mithilfe zur Erhaltung des freien bäuerlichen Familienbetriebes, zur Erhaltung eines gesunden, starken und leistungsfähigen Bauernstandes als Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens; Hohes Haus, das sind die Aufgaben, welche die Beträge für die Landwirtschaft im Budget des Bundes und im Budget des Landes zu erfüllen haben, das sind die Aufgaben, welche die Agrarpolitik des Staates zu erfüllen hat. Wir von der Fraktion der Österreichischen Volkspartei werden daher neben dem Dank an den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Pirsch, der mit fachlichem Können, mit sozialer Gerechtigkeit diese Mittel verteilte, mit dem Dank an sein Büro und an die gesamte Beamtenschaft der Landwirtschaftsabteilung der Landesregierung auch den landwirtschaftlichen Ansätzen in dem uns vorliegenden Budget, dem grünen Plan der Steiermark, unsere lebhafteste Zustimmung geben. (Beifall.)

Präsident: Für die Gruppe 7 haben sich noch 19 Redner vorgemerkt. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten S c h e e r das Wort.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich werde mich sehr bemühen, die zehn Minu-

ten meines Vorredners etwas einzubringen und werde nunmehr zum Fremdenverkehr unseres Landes einige Worte bringen.

Nachdem wir uns freiwilligerweise unsere Redezeit gekürzt haben, werde ich mich bemühen, dieselbe noch möglichst einzuschränken, obwohl wir sagen müssen, der Fremdenverkehr ist eigentlich das letzte, was wir einschränken sollten, denn wenn wir die Fremdenverkehrswirtschaft in der Steiermark betrachten, dann haben wir die erfreuliche Tatsache zu vermerken, daß im vergangenen Jahr 1964 nach den statistischen Aussagen in die Steiermark allein über eine Milliarde Schilling, das heißt also, wenn wir es uns noch etwas deutlicher vor Augen führen wollen, tausend Millionen Schilling durch den Fremdenverkehr direkt als eine indirekte Exportförderung, als ein direkter Export im Lande, hereinkamen, so sagen wir, daß die Ansätze des Fremdenverkehrs, die hier im Landesbudget als Ausgaben drinnen sind, vielleicht die am besten angelegten Ausgaben sind, die überhaupt im Budget aufscheinen. Und ich möchte sagen, daß wir damit eine gesamtösterreichische Aufgabe erfüllen mit dem Fremdenverkehr. Ich habe einmal schon scherzhafter Weise hier im Hohen Hause vermerkt, ich will dem Fremdenverkehrsreferenten nicht schaden (Abg. Pölzl: „Uns schadet das nicht!“), wenn ich von seiten der Freiheitlichen Partei ihm eine gewisse Verbeugung mache. (Abg. Pölzl: „Bei uns ist das erlaubt.) Ich habe mir einige statistische Zahlen zusammengetragen, um den ganzen Umfang des Fremdenverkehrs in der Steiermark einigermaßen zu beleuchten. Mit dem Stichtag vom 31. August 1964 haben wir als Kapazität im Fremdenverkehr die Betten: insgesamt sind es 74.603 Betten. Davon sind in gewerblichen Betrieben 35.204 und in Privatquartieren 30.335 Betten. Die Zunahme des Fremdenverkehrs zeigt sich auch in der Übernachtungsziffer. Interessanterweise läuft dieselbe nicht parallel mit der Zunahme der Fremdenbetten, sondern sie geht in der Entwicklung den bereitgestellten Fremdenbetten voraus, weil man richtigerweise auch in der Steiermark es besonders betreibt, daß man die vorhandenen Fremdenverkehrseinrichtungen verbessert und man daher auch einen gewissen Anreiz für die Fremden bietet, länger in ihren Quartieren zu bleiben als sie es sonst gewohnt sind. Es geht nicht mehr nur so flugs durch die Steiermark und dann hinaus irgendwo anders hin. Wir dürfen also über unsere Kapazität recht erfreut sein und auch über das, was sich da tut.

Einen kurzen Blick auf die Wintersaison 1963: Über die Wintersaison 1963/64, soweit wir schon Ziffern haben, steht an der Spitze der bedeutendsten Wintersportorte der Steiermark die Tauplitz mit 88.444 Übernachtungen, Mariazell mit 60.478 Übernachtungen an zweiter Stelle, die Ramsau bei Schladming mit 52.797 Übernachtungen an dritter, Mitterndorf im Bezirk Aussee an vierter Stelle mit 28.249 Übernachtungen, St. Radegund am Schöckel mit 27.751 Übernachtungen an fünfter und dann folgen die Orte — ersparen Sie mir die weiteren Zahlen — Rohrmoos, Pichl a. d. Enns, Haus i. Ennstal, Aflenz, Schladming.

Besonders interessant ist das Ansteigen der Ausländer-Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr. Am meisten stiegen diese in Schladming mit +54%, in Rohrmoos mit 50%, in Haus im Ennstal mit 46% und in der Ramsau mit + 44%. Das sind die Hauptorte, die die Wintersaison in der Steiermark bestreiten.

Ebenso erfreulich läßt sich auch die Frequenz der Übernachtungen in der Sommersaison feststellen. Da liegt an erster Stelle in der Steiermark Bad Gleichenberg mit 250.291 Übernachtungen, an zweiter Stelle die Ramsau mit 220.644 Übernachtungen, an dritter Stelle die Landeshauptstadt Graz mit 206.781 Übernachtungen, gefolgt an vierter Stelle von Mariazell mit 172.689 Übernachtungen, an fünfter Stelle Bad Aussee mit 141.631 Übernachtungen, Altaussee mit 114.036 und an siebenter Stelle Grundlsee mit 109.054 Übernachtungen. Es folgen dann Schladming, Mitterndorf, Aigen im Ennstal usw.

Sie sehen also an dieser Übernachtungsziffer, daß die Steiermark im Winterhalbjahr 1963/64 insgesamt 1.183.752 Gesamtübernachtungen verzeichnete, womit die Steiermark an sechster Stelle in Österreich gelandet ist und mit 995.191 Inländerübernachtungen steht die Steiermark nach Niederösterreich und Oberösterreich an dritter Stelle. Die Inländer-Übernachtungen werden oftmals als nicht so richtig und nicht so den Fremdenverkehr beschäftigend betrachtet, wobei aber insbesondere darauf verwiesen werden muß, daß die Inländerübernachtungen die krisenfestesten Übernachtungsziffern sind, weil auch wir im Fremdenverkehr wie ein Seismograph alle Unruhen in der Welt sehr stark verspüren und die Ausländer ja sehr schnell und sehr leicht ausbleiben, wogegen der Inlands-Fremdenverkehr doch eine gewisse Konstante und eine gewisse Sicherheit im Fremdenverkehr darstellt.

Im Sommerhalbjahr 1964, also in der Sommersaison, verzeichnete die Steiermark eine Zahl von 4.013.001 Gesamtübernachtungen. Damit steht die Steiermark jedenfalls an sechster Stelle. 2.815.558 Inländerübernachtungen standen 1.197.443 Ausländerübernachtungen gegenüber. Der Vergleich zwischen dem Sommerhalbjahr 1963 und dem Sommerhalbjahr 1964 ergibt an Gesamtübernachtungen ein Plus von 227.996, das ist ein Plus von 6%, Inländerübernachtungen 138.966, das ist ein Plus von 5,2 Prozent, und Ausländerübernachtungen ein Plus von 88.998, das ist ein Plus von 8,6%. Wir haben auch in der Steiermark — und wenn ich von „wir“ spreche, meine ich damit natürlich das Fremdenverkehrsreferat mit den Ansätzen, die der Landtag im Vorjahr dem Fremdenverkehrsreferat zugestanden hat — unter Führung des Herrn Landesrates Wegart seit dem Jahre 1950 an Schwimmbädern in der Steiermark, wo wir noch 52 Schwimmbäder gehabt haben, insgesamt 4150 Schwimmbäder. Derzeit befinden sich 430 Schwimmbäder im Neubau. An Schiliften verfügt die Steiermark zur Zeit über etwa 200, nämlich Schilifte, Sessellifte und Seilbahnen, aufgeteilt in drei größere Seilbahnen, 9 Sessellifte und ca. 180 Schischlepplifte. Der Fremdenverkehr hat natürlich auch, wie es nicht anders möglich ist, über eine entsprechende Organisation zu ver-

fügen, weil es vieler regsamer Hände bedarf, um den Fremdenverkehr hier auch in einen lebendigen Rahmen zu bringen, und daher haben wir in der Steiermark insgesamt 230 Fremdenverkehrsvereine, wovon ungefähr 70 in den letzten drei Jahren gegründet wurden. Weiters haben wir in der Steiermark neue Fremdenverkehrs-Gebietsverbände und seit 18. November 1964 auch einen Landesverband für Fremdenverkehr, dem ich mich nunmehr etwas näher widmen möchte.

Der Herr LR. Wegart hat also als Initiator einen Landesverband für Fremdenverkehr ins Leben gerufen. Es haben sich leider Gottes bei dieser Konstituierung bzw. bei der Bildung dieses Verbandes besondere Gegensätzlichkeiten und Schwierigkeiten dadurch ergeben, daß es der Herr Landesrat Wegart verabsäumt hat, die Stadt Graz entsprechend in diesem Verband vertreten sein zu lassen. Es ist selbstverständlich, daß der Herr Landesrat Wegart in seiner Eigenschaft als Landesrat für den Fremdenverkehr in diesem Landesverband den Präsidentenstuhl einnimmt, es wäre aber unserer Meinung nach genauso selbstverständlich, daß die Landeshauptstadt Graz, die immerhin an der dritten Stelle bei den gesamten Übernachtungen in der Steiermark steht, den Vizepräsidenten dieses Verbandes zu stellen hat, um diesen Verband auch nach innen und außen den entsprechenden Glanz und den entsprechenden Rahmen zu geben. Leider war das nicht möglich. Ich stelle fest, daß wir mit dieser Einteilung und mit dieser Regelung nicht einverstanden sind. Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Herr Landesrat Wegart sich noch dazu entschliesse, diesem Verband nicht von vornherein eine derartige Note zu geben, daß man womöglich die Stadt Graz aus diesem Verband ausschließt, weil sie nicht gewillt sind, wie ich auch aus der Debatte im Grazer Gemeinderat gehört habe, hier mitzutun, wenn man sie nicht entsprechend berücksichtigt. Was wäre der Fremdenverkehr, ohne eine entsprechende Werbung zu betreiben, wobei Herr Landesrat Wegart sehr richtig bei einer Fremdenverkehrstagung bemerkt hat, daß die Fremdenverkehrswerbung in erster Linie der Wahrheit zu dienen hat, nämlich daß die Werbung so sein muß, daß die Fremden keine Diskrepanz finden zwischen dem Prospekt, das sie bekommen haben oder zwischen all diesen Unterlagen, die ihnen über den Fremdenverkehrs-ort, den sie besuchen wollen, übermittelt werden und den wirklichen Gegebenheiten. Und in dieser Hinsicht ist der Wunsch zur Wahrheitswerbung wohl das Bessere, und wir haben vom Land aus direkt bisher 150.000 Stück im heurigen Jahr an Sommerprospekten ausgegeben, 60.000 Hotelpreislisen, 4000 große Sommerplakate und 28.000 kleine Plakate, Hänger und Steher. Im übrigen wurden auch mit diesen Dingen unterstützt 3300 Gebiets- und Ortsprospekte, wobei 1500 Ortsprospekte vom Land unterstützenderweise herauskommen konnten, womit wir dieses Prospektvolumen sehr initiativ für die Steiermark haben antreiben können, und die bekannten drei Aktionen, die über den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds gemacht wurden, laufen weiter und werden sehr stark in Anspruch genommen. Nur, Herr Landesrat Wegart, sind wir, der

Auffassung, daß die derzeitigen Höchstbeträge von 50.000 Schilling pro Antrag an und für sich schon solange konstant sind, daß es hoch an der Zeit wäre, diesen Betrag von 50.000 Schilling etwas zu erhöhen, und wir denken, daß wir bis auf 200.000 Schilling schon hinaufgehen müßten, um wirklich echt helfen zu können. Im übrigen darf ich erinnern, daß ich im Vorjahr hier angebracht habe, daß beim Fremdenverkehr die gute steirische Gaststube nicht in der Gaststube aufhören soll, sondern, wenn man aus ihr hinaustritt, soll man auch sanitäre Anlagen vorfinden, die entsprechend einem Fremdenverkehrsort sein sollten. In dieser Hinsicht habe ich also im vorigen Jahr angeregt, man möge alles dazutun, bei der Vergabe der Kredite in erster Linie darauf zu dringen, daß auch die sanitären Anlagen unserer Gaststätten in den entsprechenden Zustand gebracht werden. Ich habe damals unser eigenes Haus, meine Frauen und Herren, dieses altehrwürdige Landhaus als Beispiel gegeben, das einen Landhauskeller besitzt, wo wir die Hausherren sind und darauf einen Pächter haben. Wer die sanitären Anlagen in diesem Haus betritt, wird bemerken, daß diese Grundsätze in unserem eigenen Hause nicht zur Durchführung kommen. Ich habe das im Vorjahr hier vorgebracht, meine Damen und Herren, in der Hoffnung, daß über alle vertraglichen und sonstigen Dinge hinweg, die sich da dazwischenstellen könnten, doch es der Hohen Landesregierung möglich sein wird, daß wenigstens in diesem im Landhaus befindlichen Landhauskeller auch eine repräsentative sanitäre Anlage entsteht. Ich habe leider diesen Appell im vorigen Jahr vergeblich getan. Die sanitären Anlagen des Landhauskellers sind genauso wie im vorigen Jahr, nur um ein Jahr älter. Ich hoffe, mit diesem Appell vielleicht doch ein Scherflein dazu beigetragen zu haben, daß wir vielleicht bald in diesem Landhauskeller eine entsprechende Stätte vorfinden, die als Beispiel für unsere anderen Fremdenverkehrseinrichtungen in der Steiermark gelten möge.

Alles in allem gesagt, meine Damen und Herren, der Fremdenverkehr befindet sich an und für sich zweifellos auf dem besten Wege, in Steiermark etwas zu werden und zu sein und zu bleiben, und ich darf nochmals etwas aussprechen, was ich entgegen meinen bisherigen Forderungen hier vorbringen möchte, daß es sich durch eine entsprechende Förderung des Fremdenverkehrs, wie es der Landtag in den vergangenen Jahren gemacht hat, erübrigt, ein eigenes Fremdenverkehrsgesetz zu schaffen, und das soll uns alle mit einem gewissen Stolz erfüllen. Gesetze haben immer da und dort gewisse Mängel, wir können uns Mängel in dem Fall ersparen, indem wir alles dazu tun, dem Fremdenverkehr zu dienen, als einer Haupteinnahmequelle des österreichischen Volkes und der Volkswirtschaft zu dienen, und ich glaube, daß mit diesen Dingen, da in der Gruppe 7 die entsprechenden Ansätze vorhanden sind, auch im nächsten Jahr eine Aufwärtsentwicklung im Fremdenverkehr der Steiermark zu verzeichnen sein wird. (Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Buchberger hat das Wort.

Abg. **Buchberger:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich habe bereits in der Gruppe 3 „Volksbildung“ die Möglichkeit wahrgenommen, um auf die Bedeutung unserer Volksbildung und unserer bauerlichen Berufsschulen hinzuweisen. Es ist wohl selbstverständlich, daß in der bauerlichen Berufsschule kein umfassendes Fachwissen vermittelt werden kann, sondern lediglich der geistige Grundstock gesetzt und somit eine Anregung zum Besuch einer Fachschule gegeben wird.

Mit dem Abschnitt „Landwirtschaftliche Fachschulen“ möchte ich mich noch näher kurz beschäftigen. Es hat wohl kaum eine zweite Epoche gegeben, in der die Umwälzung und die Weiterentwicklung so enorm waren, wie in der gegenwärtigen Zeit. Davon sind alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche betroffen, vor allem aber auch unsere Landwirtschaft. Dieser Umwälzungsprozeß hat buchstäblich alle Sparten dieses Wirtschaftszweiges erfaßt und wir müssen sicher damit rechnen, daß wir auch künftig mit neuen, modernen Erkenntnissen konfrontiert werden. Entscheidend werden wir dieser Entwicklung nur mit der Waffe des Geistes begegnen können. Die Bauernschaft und deren Jugend danken in dem Zusammenhang den hiefür verantwortlichen Mitgliedern der Regierung und den Männern unseres Landes, daß sie Bildungsmöglichkeiten geschaffen haben und vor allen Dingen auch Fachschulen ausgebaut wurden. Auch im Voranschlag für 1965 stehen wieder namhafte Beträge zur Verfügung, und zwar 12.688.000 Schilling, das ist um 1.571.000 Schilling mehr als im Jahr 1964. Der außerordentliche Voranschlag sichert den Weiterbau der begonnenen Bauvorhaben und die Planungskosten zur Errichtung der weststeirischen Bauernschule, die somit gesichert ist und womit der Grundstein für die Schaffung einer solchen Anstalt gelegt wurde.

Meine Damen und Herren! Der Wunsch nach Gründung neuer Fachschulen besteht für unsere Bauernschaft und für unsere bauerliche Jugend zu recht. Ich möchte dies mit einigen Zahlen untermauern: Im Schuljahr 1963/64 haben 504 Burschen die landwirtschaftl. Fachschulen besucht. Im gegenwärtigen Schuljahr 1964/65 sind es bereits 528. Und damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Kapazität unserer landwirtschaftlichen Fachschulen voll ausgenützt. Und wir müssen sehr oft auf Grund der vollen Ausnützung der Kapazität die Feststellung machen, daß es sehr oft in der bauerlichen Jugend und in der Bauernschaft deshalb zu Unstimmigkeiten kommt, weil unsere Jugend keine weitere Aufnahmemöglichkeit mehr findet. Es ist daher notwendig, hier entsprechende Abhilfe zu schaffen. Wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt die Möglichkeit zum Neubau weiterer Fachschulen nicht besteht, dann wäre vor allem eines zu tun, daß wir in erster Linie größten Wert darauf legen, daß wir unsere Fachschulen zu Betriebsleiterschulen umbauen, deshalb, weil es meines Erachtens klar ist, daß ein Bauer der Gegenwart und vor allem ein Bauer der Zukunft ohne entsprechendes fachliches Wissen über die Schwierigkeiten der Zeit nicht hinwegkommen wird. Ich muß auch hier wieder einige kurze Vergleiche mit Westdeutschland

anstellen. In Westdeutschland haben bereits 37% der Bauern mit einem Besitz von 10 ha aufwärts eine Fachschule besucht. Der Stand in Österreich liegt bei 5,6%. Wir sehen daraus, daß wir auf diesem Sektor noch Gewaltiges nachzuholen haben.

Wenn ich gesagt habe, wir müssen unsere Fachschulen zu Betriebsleiterschulen umgestalten, so will ich damit durchaus nicht gesagt haben, daß wir nur solche Kandidaten in die Fachschulen aufnehmen, die einmal als Bauern zurück auf ihre Höfe kommen, sondern ich bin auch der Meinung, daß wir allen, die die Absicht haben, in der Landwirtschaft zu bleiben, wenn auch als Arbeitnehmer, eine gediegene Ausbildung zuteil werden lassen müssen. Es wäre vielleicht in erster Linie auch ein Ausweg, daß wir die bevorzugte Aufnahme der künftigen Betriebsleiter vornehmen, um hier den Nachholbedarf, der gegeben ist, aufholen zu können. Vor allem muß ich bei dieser Gelegenheit heute im Hohen Hause die Forderung zur Gründung neuer Fachschulen erheben. Ich möchte so weit gehen, daß ich der Meinung bin, für jeden größeren Bezirk in der Steiermark eine bauerliche Fachschule. Wenn es auch möglich ist, den einen oder anderen kleineren Bezirk mit einem größeren zusammenzuziehen, so bin ich doch der Meinung, daß es auf jeden Fall notwendig ist, für das Murtal in Murau eine eigene Fachschule zu gründen, ebenso für den Bezirk Weiz und für andere Gebiete unserer Heimat.

Die Situation in unserer Landwirtschaft hat sich, wie unser Kollege Neumann bereits festgestellt hat, im Laufe der vergangenen Jahre geändert. Es wird daher auch notwendig sein — und wir können da eine erfreuliche Feststellung machen —, daß sich auch auf dem Sektor des Unterrichtes an unseren Landwirtschaftsschulen manches zum Besseren wendet. Wenn wir auf die Jahre 1945 bis 1950 zurückschalten, so mußte man damals sehr oft die Feststellung machen, daß der praktische Unterricht das Übergewicht über den theoretischen Unterricht genommen hat und daß es gegenwärtig Gott sei Dank bereits so ist, daß der theoretische Unterricht an unseren landwirtschaftlichen Fachschulen bereits das Um und Auf ist. Ich möchte hier vor allem noch eines einflechten. Ich bin der Meinung, daß es auch für die bauerliche Jugend notwendig ist, auch auf dem Gebiet des Sportes etwas zu tun. Es wird zweckmäßig sein, daß wir unsere Landwirtschaftsschulen auch mit entsprechenden Sportplätzen und Turnsälen ausrüsten, damit unsere bauerliche Jugend die Möglichkeit hat, sich auf dem Sektor des Sportes zu betätigen. (Beifall.) Ich hatte während der vergangenen Jahre die Gelegenheit, in Deutschland eine Landwirtschaftsschule zu besuchen. Und ich muß Ihnen ehrlich sagen, die Praxis hat dort überhaupt keine Rolle gespielt. Sie hatten auch gar keine Möglichkeit, praktischen Unterricht zu erteilen, sehr wohl aber bestand dort die Möglichkeit, während der Mittagszeit oder während der Woche sich auf den Sportplatz zu begeben und alle Möglichkeiten des Sportes entsprechend zu nützen. Es wird eben auch notwendig sein, hier in Zukunft etwas zu tun.

Wir können feststellen, daß die Kapazität, wie ich bereits eingangs erwähnt habe, an unseren land-

wirtschaftlichen Fachschulen voll ausgenützt wird. Auch hier wiederum einige Schwierigkeiten. Wir müssen mit Bedauern die Feststellung machen, daß nicht nur in der Elementarschule, sondern auch auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Fachschule ein sehr großer Lehrermangel herrscht. Es ist sehr schwer, eine entsprechende Anzahl guter Lehrer für unsere Fachschulen zu bekommen. Es wird daher auch unsere Aufgabe sein, die bäuerliche Jugend dazu zu verhalten, nicht nur eine landwirtschaftliche Fachschule zu besuchen, sondern auch die Gelegenheit wahrzunehmen, höhere Lehranstalten für die Landwirtschaft zu absolvieren und vor allem auch die Hochschule für Bodenkultur zu besuchen. Es wird notwendig sein, hier entsprechend aufklärend zu wirken. Wir können gegenwärtig mit Freude feststellen, daß unsere höheren Lehranstalten für die Landwirtschaft voll ausgenützt sind, es muß aber auch oft festgestellt werden, daß der Anteil der bäuerlichen Jugend an den Schülern nur die Hälfte oder einen bescheidenen Teil ausmacht. Wir begrüßen es sehr, daß auch nicht bäuerliche Jugend unsere höheren Lehranstalten besucht, aber ich bin der Meinung, daß für die weichenden Erben aus der Landwirtschaft die Möglichkeit gegeben wäre, sich diesem Berufe zuzuwenden. Wir müssen trachten, daß sie nicht nur die höheren Lehranstalten besuchen, sondern auch die Hochschule für Bodenkultur. Hier wäre vielleicht eines zu sagen. Ich finde es nicht richtig, daß Absolventen unserer höheren Lehranstalten, wenn sie dann in weiterer Folge die Hochschule für Bodenkultur besuchen wollen, eine Zusatz-Matura ablegen müssen. Es ist auf der einen Seite z. B. bei der Bulme festzustellen, daß jeder Absolvent der Bulme sofort, wenn er die entsprechenden Zeugnisse hat, auch auf der Technik inskribieren kann, was in der Landwirtschaft auf diesem Sektor nicht möglich ist. Ich möchte daher bitten, daß man hier alles unternimmt, um die Möglichkeit zu schaffen, daß die Absolventen unserer höheren Lehranstalten ohne eine Zusatz-Matura ablegen zu müssen, auf der Hochschule inskribieren können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können überall feststellen, daß auf dem Sektor der Bildung in der Bauernschaft der Wille vorhanden ist. Wir müssen nur die Möglichkeit wahrnehmen, unserer bäuerlichen Jugend den Weg zu ebnen, davon Gebrauch machen zu können.

Meine Damen und Herren, jedes münzbare Kapital, welches wir am Bildungssektor investieren, wird später als Kapital höherer Ordnung unerwartet hohe Zinsen abwerfen und allen Kreisen unserer Bevölkerung zugute kommen. (Beifall bei der OVP.)

Präsident Dr. Kaan: Ich erteile Herrn Abg. Hofbauer das Wort.

Abg. Hofbauer: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich mich bei der Gruppe 7 zu Wort melde, so deswegen, weil ich auch noch einiges über den Fremdenverkehr sagen möchte. Dankenswerterweise hat Herr Abg. Scheer heute auch schon zum Fremdenverkehr gesprochen.

Aber es ist nun einmal so, daß der Fremdenverkehr in unserem Lande Steiermark eine große Rolle spielt. Das beweist doch am besten, daß uns der Herr Landesrat Wegart im Finanzausschuß mitgeteilt hat, daß er eine eigene Abteilung für den Fremdenverkehr beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung ins Leben rufen will. Das hat auch die letzte Fremdenverkehrstagung in Schladming bewiesen. Und es paßt sehr wohl zur Gruppe 7, weil ich der Meinung bin, daß man in puncto Fremdenverkehr, wenn man von den großen Fremdenverkehrsorten absieht, doch einmal genauestens alles überlegen und prüfen soll — wenn ich bloß an unseren eigenen Bezirk allein denke, an die Seitentäler, an die Sölkäler, an die Donnersbachwalder Täler (im Gerichtsbezirk St. Gallen); die Naturschönheiten, die Schneelage usw., alles wäre für diese Gebiete vorhanden, was uns die Mutter Natur geben kann, nur müssen wir feststellen, daß in diesen Seitentälern die nötigen Mittel fehlen. Ich glaube, daß man es sich gerade in einer Zeit, wo man dauernd von einer Konjunktur oder von einer Hochkonjunktur spricht, allen Ernstes durch den Kopf gehen lassen müßte, ob man nicht doch etwas für diese Täler tun könnte. Wir könnten, wenn es gelingt, den Fremdenverkehr in diesen Tälern zu intensivieren, meiner Meinung nach sogar die Landflucht einigermaßen eindämmen. Wir könnten auch dazu beitragen, die Besitzfestigung in diesen Tälern durchzuführen. Ich bin felsenfest überzeugt, wenn es uns gelingt, diesen jungen Menschen, die bestimmt an ihre Heimatscholle gebunden sind, dort einen sicheren Verdienst oder eine Bleibe zu ermöglichen, daß sie sehr wohl gerne in ihrer Heimat bleiben, weil, wie ich noch einmal betonen möchte, all diese Täler eine sehr, sehr schöne Heimat sind.

Und was dem Abg. Neumann erlaubt war bei der Gruppe 5, der da schon zur Gruppe 6 gesprochen hat, das möge mir in einigen Sätzen bei der Gruppe 7 zur Gruppe 6 erlaubt sein. Es hat der Herr Abg. Lackner die Landesstraße 274 erwähnt, und es ist selbstverständlich sehr wünschenswert, daß diese Straße einen Asphaltbelag bekäme. Ich bitte, Herr Landesrat Wegart, vielleicht das doch noch dem Herrn Landeshauptmann mitzuteilen.

Aber es handelt sich im ganz bestimmten Falle, Herr Landeshauptmann, nicht um die Asphaltierung allein, und Sie haben ja dankenswerterweise erwähnt, daß der Herr Bürgermeister bei Ihnen war, es handelt sich dort um eine Verbreiterung, und zwar bei ganz bestimmten Stellen, weil Sie ganz genau wissen, Herr Landeshauptmann, daß dort Erdrutschungen und Vermurungen vorkommen. Ich glaube, das wären die Grundvoraussetzungen für eine Belebung des Fremdenverkehrs in diesen Ortschaften, wenn man im Winter auch sicher hineinkann. (Landeshauptmann Krainer: „Im Winter staubt es nicht.“) Aber die Schneelage, die Lawinen, die herunterrutschen, und die Vermurungen, Herr Landeshauptmann.

Es war jedenfalls jetzt beim Dezemberregen so, daß das Donnersbacher Gebiet hinein zum Abg. Lackner nicht befahrbar war. Daher geht meine Bitte dahin, wenn man sich doch bemühen würde, diese Strecke, diese paar Meter, vielleicht zu bewältigen.

Wenn ich vom Fremdenverkehr spreche, so möchte ich auch sagen — wir sind Gott sei Dank nicht unobjektiv und nicht undankbar —, es ist sehr vieles geschehen, und es ist nicht so, wie es oft heißt, daß man, wenn man bei der Gruppe 7 spricht — es ist schon ziemlich spät —, beim Fenster hinauspricht (Abg. Scheer — auf die geöffneten Fenster hinweisend —: „Jetzt schon!“), sondern ich darf doch feststellen, daß ich ja praktisch jährlich zum Fremdenverkehr gesprochen habe. Ich bin auch manchmal ein Phantast und ein Utopist genannt worden oder mit Zwischenrufen traktiert worden, aber es ist im Laufe der Jahre so manches geschehen, was wir auch mit Freude und Genugtuung feststellen müssen, weil ja in den Kurorten, ob es jetzt Bad Aussee oder Schladming ist, der Gast keine Ruhe mehr finden konnte. In Schladming, das wurde schon erwähnt, ist die Umfahrung Gott sei Dank fertiggestellt und wir rechnen in Aussee, daß es auch in den Wintermonaten gelingt, daß wir die großen Fernlaster usw. über Aussee hinausbringen können. Ich wäre ja ein schlechter Ausseer, wenn ich nicht zum Schlusse meiner Ausführungen doch noch einiges über den Fremdenverkehr in Aussee sagen möchte, und zwar mit einem kleinen Seitenhieb auf die Presse, weil das Ausseer Land recht oft die Meinung vertritt, daß man von der Landeshauptstadt Graz aus pressetechnisch, Herr Landesrat Wegart, oft stiefmütterlich behandelt wird. (Landesrat Wegart: „Die ‚Neue Zeit‘ macht das so!“) Nein, Herr Landesrat Wegart, ich meine das Ausseer Land, ich spreche nicht von Aussee. Wenn wir in Aussee einen halben Meter Schnee haben und in Mariazell 10 cm, dann stehen die 10 cm von Mariazell in der Zeitung und der halbe Meter von Aussee nicht. Wir sind in Aussee erstaunt, wenn das Ausseerland so totgeschwiegen wird. Sie kennen das Ausseer Land mit seinen fünf Gemeinden, es besteht aus Bad Aussee, Altaussee, Grundlsee, Pichl und Mitterndorf.

Und wenn man diese fünf Orte in ihrer Fremdenverkehrsstruktur betrachtet, so hat jeder Ort sein Eigenes. Altaussee und Grundlsee haben den Vorzug, daß sie zwei Seen haben, Mitterndorf war bis vor kurzem hauptsächlich Winterkurort, Kulmspringen usw., hat seit dem vergangenen Jahr die Heilquelle, auch Bad Aussee hat die Heilquelle, und Pichl seinen See. Und ich muß sagen, daß sich auch dort die Fremdenverkehrsbetriebe sehr bemühen, wirklich etwas hinzulegen, daß der Gast seine Ruhe und seine Erholung findet. Daß man in Bad Aussee das Zentrum des Kulturgesehens findet, daß versteht sich von selbst, weil wir der einzige Ort sind, der ein Kurhaus hat, weit und breit außer Bad Goisern der einzige Ort, der eine Kurmusik hat. Aber immerhin ist es dort so, daß die Frequenz in diesen letzten Jahren wie überall eine steigende ist. Bad Aussee hat die 150.000-Grenze überschritten, Altaussee und Grundlsee die Hunderttausender-Grenze und Mitterndorf steht knapp vor der Hunderttausender-Grenze bei den Übernachtungen.

Ich möchte noch feststellen, daß in allen Orten von Jahr zu Jahr die Frequenz ansteigt. Bad Aussee aber etwas stagniert, das heißt, die Frequenz steigt nur um gute 3%, das liegt aber an etwas an-

derem. Ein Hotel, der „Kaiser von Österreich“, liegt, wie Sie wissen, seit drei Jahren brach und dann haben wir noch ein zweites Hotel, das aber absolut nicht gut geführt ist. Wenn wir das Glück hätten, daß beide Hotels adaptiert werden könnten, so würde die Fremdenverkehrsfrequenz wesentlich steigen, weil so immerhin 200 Betten brach liegen.

Wie bei der vergangenen Budgetdebatte möchte ich noch etwas über unsere Heilquelle berichten. Bad Aussee ändert langsam sein Gesicht. Wir haben bis jetzt überwiegend Sommergäste gehabt, die über ein Dutzend von Reisebüros hereinkamen und ein paar hundert alte Gäste, die schon ein Viertel Jahrhundert lang nach Bad Aussee kommen. Aber durch die Eröffnung unserer Heilquelle verändert sich die Struktur zum richtigen Kurort und die der Gäste zu richtigen Kurgästen.

Wenn ich Kurgäste sage, so bedeutet das, daß diese Gäste nicht nur zwei bis drei Tage in Bad Aussee oder Umgebung bleiben, sondern daß sie sich einer Kur unterziehen und so doch mindestens 14 Tage lang in Bad Aussee bleiben.

Ich darf auch sagen, daß es uns endlich gelungen ist, zu zwei guten Diätküchen zu kommen, eine für Gallen- und Magenleidende, aber auch für Zucker- kranke. Die ärztlichen Gutachten liegen vor und wir haben auch in allen österreichischen Zeitungen diesbezüglich inseriert. Diese beiden Küchen werden von einer diplomierten Diätassistentin und einem Facharzt überwacht. Ich darf auch sagen, daß wir ein kleines Kurheim haben, das bis jetzt 28 Gäste beherbergen kann und ein Hotel, das sich jetzt „Parkhotel“ nennt, jetzt im Winter umgebaut wird und man bemüht sich, daraus ein gangbares Hotel zu machen und auch dort soll ein Kur sanatorium errichtet werden. Die Garagen sollen dort zu Bädern umgebaut werden.

Ich möchte noch ganz kurz erwähnen, daß Bad Aussee sich bemüht, und ich darf auch dankbar erwähnen, daß wir dabei unterstützt werden, auch die Wintersaison in Gang zu bringen. Sie hat uns aber bis jetzt nicht den Erfolg gebracht, den wir uns gewünscht hätten, obwohl wir sehr viel Geld z. B. in das Kurmittelhaus hineingesteckt haben. Wir waren natürlich immer ein ausgesprochener Sommer-Kurort, im Winter war der Besuch nicht so gut, nicht, weil wir keine Schilifte erbauen wollten oder könnten, sondern deshalb, weil Bad Aussee in der unglücklichen Lage ist, viele Hänge an der Sonnenseite zu haben. Altaussee und Grundlsee haben Lifte, die auch gut frequentiert sind. Der Wintersport spielt sich, wie schon der Herr Abg. Scheer erwähnt hatte, hauptsächlich in Mitterndorf und Tauplitz ab. Im Sommer hingegen hatte die Kur- gemeinde Bad Aussee allein über 141.000 Nächtigungen aufzuweisen. So ist das Ausseerland im gesamten, wenn man es mit den zehn vordersten steirischen Fremdenverkehrsorten vergleicht, so an der fünften bis neunten Stelle und wenn man alle fünf Orte berücksichtigt, ohne Tauplitz, immerhin an der zweiten Stelle. Ich habe das deswegen gebracht, weil ich der Meinung bin, daß es doch erwähnenswert ist, daß sowohl von der Seite der Gemeinde

als auch vom Land aus viel in dieses Bad Aussee hineingesteckt wird.

Ich glaube aber, daß diese Förderungsbeiträge, ob man sie nun ins Ausseerland oder sonst irgendwo hineinsteckt, besonders in die Seitentäler, die mir für die Zukunft sehr wichtig erscheinen, keine Fehlinvestitionen sind und daß uns das noch einmal gute Zinsen in der Zukunft tragen wird. Ich glaube auch, daß es sehr zum Nutzen unserer Heimat und dieser erwähnten Seitentäler und anderer Orte beitragen wird, wenn es uns gelingt, dem Fremdenverkehr in der Steiermark das zu geben, was ihm zusteht. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Karl Lackner das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Der Berichterstatter hat eingangs unter anderem gesagt, daß die Gruppe 7 eine der bedeutungsvollsten ist. Er hat sicher recht. Eine der bedeutungsvollsten deshalb, weil ja gerade in dieser Gruppe der Berufsstand verankert ist, der für die Ernährung des Volkes erst die Voraussetzungen schafft, auf welcher Grundlage ja erst alles andere bewerkstelligt werden kann. Nachdem jahraus jahrein immer Stimmen laut werden, daß die Landwirtschaft soundsoviel Zuschüsse und Beihilfen und was weiß ich für Geschenke kriegt, so möchte ich einmal ganz kurz die Gelegenheit wahrnehmen und versuchen, zu sagen, warum bekommt die Landwirtschaft Zuschüsse oder Beihilfen oder Kredite und wie werden diese verwendet, was geschieht damit. Wenn wir unser Budget ansehen, dann braucht man nur blättern von der Gruppe null bis zur Gruppe acht und wird dabei feststellen, daß ja eigentlich alle Berufsgruppen und -stände Zuschüsse und Kredite bekommen und nicht nur die Landwirtschaft. Warum also die Landwirtschaft nicht? Und wenn die Landwirtschaft das bekommt, so deshalb, weil sie genauso wie alle anderen Berufsstände in Gewerbe und Industrie oder auch die Arbeiter und Angestellten, denn die bekommen auch Kredite, wenn sie sich ein Haus bauen wollen — sich im Zeitalter der Industrialisierung befindet und auch die Landwirtschaft ist ganz automatisch gezwungen, ob sie will oder nicht, sich der Zeit anzupassen und sie braucht daher auch Kredite und verwendet sie, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Es besteht nur ein großer Unterschied zwischen Gewerbe und Industrie und der Landwirtschaft. Auch die Landwirtschaft muß Maschinen benützen. Der Flachlandbauer hat es da noch wesentlich leichter, er kann die Maschinen besser einsetzen und sich dadurch Arbeit und Dienstboten ersparen. Es gibt ja sowieso kaum mehr Landarbeiter. Auch nicht deshalb, weil die Landwirtschaft die Landarbeiter so schlecht zahlt, wie oft behauptet wird, sondern weil es eben keine mehr gibt. Es ist das ja in anderen Berufszweigen dasselbe. Wir haben heute schon gehört, es gibt keine Lehrer, es gibt keine Facharbeiter usw. Aber das Kriterium und die Schwierigkeit liegen darin, daß die gewerbliche Wirtschaft oder die Industrie, der Unternehmer ausrechnen können, wieviel produziere ich heute mit meinen Maschinen in meinem Werk und wieviel habe ich dann am Abend verdient. Das weiß der schon in der Früh,

wenn er halbwegs auf Draht ist. (Abg. Heidinger: „Widerspruch von rechts!“ — Abg. Dr. Assmann: „Er hat vollkommen recht, wenn auch nicht ganz!“)

Aber bei der Landwirtschaft ist das anders. Absatzschwierigkeiten haben wir dieselben, das stimmt. Da treffen wir uns wieder in der Mitte. Angebot und Nachfrage die bestimmten einmal den ganzen Preis. Aber der Bauer weiß nicht, wenn er im Frühjahr das Getreide der Erde übergibt, ob er auch im Herbst etwas ernten wird und wieviel er ernten wird.

Es dauert immer noch 9 Monate, bis eine Kuh ein Kalb kriegt, und er weiß gar nicht, ob sie eines kriegt. Das sind die Schwierigkeiten, da fängt es an, wo echte Probleme auftauchen. Und daher ist das Risiko in der Landwirtschaft ein weitaus größeres als bei allen anderen Unternehmen, und daher sind die Kredite, die der Flachlandbauer beansprucht, außer Zweifel gerechtfertigt. Kredite bekommt ja nur der Flachlandbauer und nicht der Bergbauer. Der Bergbauer bekommt ja nur Beihilfen, die genau nach dem Bergbauernkataster festgelegt sind. Da haben wir diese so wertvolle Einrichtung, die Besitzfestigung, die unter dem besonderen Schutz unseres Herrn Landeshauptmannes steht. Es wird genau geprüft, welcher Bauer eine Beihilfe bekommen kann, und nicht so, wie der Herr Abg. Leitner meint, daß da die großen und die reichen Bauern am meisten bekommen. (Abg. Leitner: „Ich habe einmal nachgewiesen, daß nur die Großen ...“) Da bist du falsch informiert. (Gelächter.) Da wird genau erhoben, welcher Besitzer etwas bekommt. Zunächst ist einmal die Voraussetzung, daß er im Bergbauernkataster drinnen ist, und wenn er da drinnen ist, ist er eh schon ein armer Teufel, wenn er auch mehr Grund hat, wenn er auch 100 ha hat, wovon 50 ha Geröllhalden sind, wo die Genssen sind, da hat er nichts davon, dort wächst nichts. Ob er ein großer Bauer ist, das sagt nichts. Wenn der Bauer im Bergbauernkataster drinnen ist, dann hat er Anspruch auf eine Beihilfe. Die Erlangung dieser Beihilfe wird genau geprüft auf Bedürftigkeit und Würdigkeit. Wenn er das Glück hat, daß er einen Wald hat mit vielen Bäumen, ist es mit der Würdigkeit nicht soweit bestellt, dann bekommt er nichts. Ich möchte da nur einen gewissenhaften Beamten erwähnen, Ing. Schiefer, der jahraus, jahrein unterwegs ist und genau prüft. Und mit dieser Besitzfestigung, die unseren Bergbauern gegeben wird, wird wirklich eine echte Hilfe geleistet, ob durch Investitionen an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden oder durch Güterwege, das ist ganz gleich. Auf jeden Fall wird die Möglichkeit geschaffen, daß er auch in Zukunft existenzfähig bleiben kann. Wenn wir nicht so viele Millionen für den Güterwegbau ausgeben würden, dann bestünde unter Umständen die Gefahr, daß die Leute herunter müßten, weil sie den Weg zum Markt nicht mehr finden würden. Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben behauptet, ich hätte einmal gesagt, daß der Bergbauer verschwinden muß oder so, im Protokoll wird das ja drinnen stehen, ich habe das gesagt, aber ich habe da einen Auszug zitiert von den EWG-Experten in Frankfurt. Aber inzwischen haben wir etwas anderes erlebt, Wir haben in Stainach einen Export-

schlachthof errichtet, und da sind diese Agrarexperten, weil wir ja mit dem Westen Verbindung aufnehmen und ins Geschäft kommen wollen, dagesessen und haben den Schlachthof angeschaut und haben die ganze Entwicklung, die Molkerei usw. gesehen und haben festgestellt, wenn sie das gewußt hätten, daß die Bergbauern so aufgeschlossen sind, dann hätten sie damals anders gehandelt, und sie haben bestätigt, jawohl, die Bergbauern sind auch existenzfähig, weil sie die Voraussetzungen mitbringen, weil sie das gesunde Zuchtvieh liefern, weil sie das gesunde Milchvieh produzieren, das eben auch für die ganze Milchwirtschaft notwendig ist. (Abg. Leitner: „Der Herr Landesrat Sebastian hat auch diese Meinung, daß 7 bis 8 Millionen Bauern nach diesen Berichten im EWG-Raum zugrunde gehen werden!“) Wenn einer geht, so geht er freiwillig. Das können wir ihm nicht vorschreiben, zwingen können wir ihn nicht. Vorschreiben kann man das niemand. Das ist ein anderes Kapitel, es gibt große Bauern, die auch ihren Betrieb aufgeben. Aber auf jeden Fall hat der Bauer seine Existenzsicherung mit Hilfe dieser Besitzfestigung. Und was geschieht mit diesen Besitzfestigungsmitteln in Wirklichkeit? Der Bauer stärkt die Flächen- und Arbeitsproduktion, das heißt investieren, und was heißt investieren, Maschinen ankaufen, Stall bauen, Haus bauen, und wer bekommt das Geld auf schnellstem Wege wieder? Die gewerbliche Wirtschaft, die Industrie! Der Bauer bekommt gar kein Geld in die Hand, weil er die Rechnung einschieken muß, und die Agrartechnische Abteilung weist das gleich dem Unternehmer an, und ein paar Tage später hat schon der Bauer die Bestätigung in der Hand. Also wird der Kreis geschlossen, und je mehr die Bauern investieren, desto gesünder und stärker wird die Wirtschaft. (Abg. Leitner: „Wir sind ja nicht gegen die Subvention in der Landwirtschaft.“) Ja, ist eh gut.

Ein Wort für die Bäuerin darf man nie vergessen. Es gehört heute schon zur Selbstverständlichkeit, daß in jedem modernen Haushalt eine automatische Waschmaschine steht. Wir haben im Budget einen netten Posten drinnen für die Automatisierung des Haushaltes. Ich will nicht undankbar sein. Aber es ist noch zu wenig, es muß auch noch mehr sein. Es muß auch die Bäuerin die Möglichkeit haben, daß sie sich eine solche Waschmaschine kauft, und hierfür müssen wir auch noch Zuschüsse geben. Gerade die Frauen und Mütter, die eine Schar Kinder zu erziehen haben, sollen auch einmal Gelegenheit und Zeit haben, so wie es unser Landeshauptmannstellvertreter Koren einmal gesagt hat: „Trachtet, Bauern und Bauernbuben, daß eure Mütter und Frauen Zeit haben, sich um die Kinder zu kümmern, daß sie Zeit haben, ihnen einmal ein Lied zu lernen und mit ihnen besinnliche Stunden zu halten.“ Da hat er nämlich ein großes Wort gesprochen. Was wir heute unseren Kindern mit jedem Beispiel mitgeben, das werden sie doch morgen richtig verwerten können. Und daher ist es notwendig, daß wir gerade auch auf dem Sektor der Bäuerin mit ganzer Kraft uns einsetzen und soviel als möglich Unterstützung gewähren. Wir von der männlichen Seite her haben genug Zuschüsse bereits bekommen für die Anschaffung der Maschinen, aber auf der

Seite der Bäuerin hapert es noch ein bisserl, das muß noch besser werden, denn erst dadurch kann der Bauernstand richtig gesund sein. Wenn der Bauernstand gesund ist, ist die Wirtschaft gesund, ist unser ganzes Vaterland gesund.

So, und jetzt haben wir noch ein weiteres Kapitel in der Gruppe 7, das sind unsere Feuerwehren. 29.000 Feuerwehrmänner von 698 freiwilligen Feuerwehren stehen jahraus, jahrein im Einsatz. Man merkt es gar nicht, solange man sie nicht braucht. Aber erst dann, wenn irgendwo ein Malheur ist — und wenn man in die Zeitung schaut, es vergeht kaum eine Woche, wo man nicht liest, dort oder da hat es gebrannt —, da sind immer und überall die Feuerwehrmänner, die sich selbstlos einsetzen, ihre Gesundheit, ihre Freiheit, ja vielleicht oft sogar ihr Leben. Es gibt in unserer deutschen Sprache ein Wort, das schon langsam in Vergessenheit gerät, das heißt Idealismus. In den Reihen der Feuerwehrmänner, da lebt er noch, dieser Idealismus, und wir bekommen das immer wieder aufs neue bestätigt, wie wacker und wie mutig sie sich einsetzen. Es ist erfreulich, daß heuer vom Land aus 7,7 Millionen Schilling Landesbeitrag direkt den Feuerwehren zufließen, wenn wir uns gegenüberstellen, daß die Brände im vergangenen Jahr 37,693.000 Schilling Schaden verursacht haben und durch das Eingreifen der Feuerwehr 109 Millionen Schilling gerettet worden sind. Was aber noch besonders zu erwähnen ist, das ist, daß die Gemeinden, die sowieso schon schwer und hart ihr Scherflein zusammenkratzen, den Feuerwehren für die Anschaffung der notwendigen Geräte und Ausrüstungen 10,4 Millionen Schilling gegeben haben in diesem Jahr und die Feuerwehren selbst 3,7 Millionen Schilling aufbringen. Das ist vielleicht der größte Wert, daß sie selber ihre Freizeit opfern, selber noch etwas unternehmen, um Anschaffungen zu tätigen, damit sie den anderen helfen können. Wir wissen, das Referat der Feuerwehr ist in Händen des Herrn Landesrates Pirsch, der leider nicht unter uns ist. Ich möchte ihm danken und wünschen, daß es Gott geben möge, daß er nächstes Jahr wieder da ist. Wir können nur innig versichern, wir brauchen ihn. Ich danke ebenfalls dem Landesfeuerwehrkommandanten und überhaupt allen Feuerwehrmännern der ganzen Steiermark für ihre stete Einsatzbereitschaft. Ich wünsche nur, daß der Geist der Kameradschaft und der Idealismus, der in diesen Reihen lebt, auch in Zukunft weiterleben möge. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Assmann hat das Wort.

Abg. Dr. Assmann: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einiges zum Thema Entwicklungsgebiete sagen, denn das berührt uns ja in der Steiermark ganz besonders. Entwicklungsgebiete sind keine steirische oder österreichische Erfindung. Entwicklungsgebiete gibt es in England, in Frankreich, in Holland sogar, in der Schweiz und in Irland, und wenn man heute nach Übersee geht, können Sie auch dort diese sogenannten Entwicklungsgebiete finden. Es gibt diese Entwicklungsgebiete aus bestimmten Gründen, wie zum Beispiel auf Grund von Vorkommen oder Nicht-

vorkommen von Bodenschätzen, und es gibt diese Entwicklungsgebiete auch dort, wo willkürliche Grenzziehungen diese Gebiete geschaffen haben. Wir in der Steiermark haben zwei Arten dieser sogenannten Entwicklungsgebiete: 1. in der Grenzzone durch die willkürliche Grenzziehung des Jahres 1918 bestimmt, und dann haben wir auch diese Entwicklungsgebiete dort, wo sie eben die gewisse einseitige Wirtschaftsstruktur bestimmt hat, wie z. B. in der Weststeiermark durch die Kohlengebiete. Und nun haben sich die Steiermärkische Landesregierung, das Land Steiermark und der Landtag zu diesen Entwicklungsgebieten entsprechend bekannt und haben eine gewisse Konsequenz daraus gezogen, einerseits deshalb, um das Grenzland zu festigen, andererseits aber auch, um die Steuerkraft in diesen Gebieten entsprechend zu heben. Denn seien wir uns doch darüber im klaren, daß dort, wo heute — wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf — unterentwickelte Gebiete vorhanden sind, diese ja letztlich dem ganzen Land und dem ganzen Bund zur Last fallen. Es wurden deshalb in Übereinstimmung mit dem Bund gewisse Zuwendungen gemacht, Zuwendungen im Verhältnis 1 : 3 oder 1 : 2, je nachdem, welches Kriterium dafür vorausgesetzt wurde. Es wurden grundsätzlich nach der Richtung Verkehrsaufschließung, Besitzfestigung, Fremdenverkehr und Gründung von Industrien Zuwendungen und Unterstützungen gegeben. Ich glaube, daß wir doch hier in der Steiermark einen gewissen Erfolg nach der Richtung hin zu verzeichnen haben, zumindest was die Verkehrsaufschließung betrifft, die Besitzfestigung und natürlich auch, was die Zuschüsse für den Fremdenverkehr betrifft.

Seit dem Jahr 1960 wurden entsprechende Mittel auch seitens des Bundes für diese speziellen Probleme zur Verfügung gestellt. Von 1960 bis 1961 und 1962 waren diese zur Verfügung gestellten Beträge laufend steigend. Im Jahr 1963 hat dann der Bund leider keine Mittel zur Verfügung gestellt, was damals ja auch, wie Sie sich erinnern werden, die Ursache war, daß wir eine diesbezügliche Resolution hier im Landtag beschlossen haben. Im Jahre 1964 wurde von seiten des Bundes wieder ein Betrag zur Verfügung gestellt.

Im Zusammenhang mit den Industrie Gründungen möchte ich noch einiges sagen. Es sollen mit den Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden, gewisse Voraussetzungen geschaffen werden. Voraussetzungen wie die Aufschließung und Voraussetzungen, die dazu führen sollen, daß andere Betriebe in unsere Grenzgegenden kommen. Ich glaube, es ist notwendig, in diesem speziellen Zusammenhang noch folgendes zu sagen: Wenn nur die Mittel allein ausschlaggebend sind für einen Betrieb, die Subventionen, daß er sich im Grenzland oder in einem Entwicklungsgebiet ansiedelt, dann sollte man doch sehr genau prüfen, wie die Fundierung dieses Unternehmens darüber hinaus auch noch gegeben ist. Es kommt sehr oft vor, daß manche Betriebe diese Subventionen gewissermaßen als letzten Rettungsanker ansehen und dann versuchen, in unsere Entwicklungsgebiete zu kommen. Es wird aber diesbezüglich seitens der Landesregierung sehr genau geprüft und das ist auch absolut richtig.

Es wäre aber noch eine Sache besonders zu beachten. Wenngleich wir in den Entwicklungsgebieten es wünschen, daß lohnintensive Betriebe ihre Ansiedlung hier finden, so werden wir doch genau zu überlegen haben, ob es sich bei dem anzusiedelnden Betrieb um einen Betrieb handelt, der auch später bei einem größeren Wirtschaftsgebiet die Möglichkeit hat zu bestehen und zu existieren. Das heißt, daß auch eine gewisse intensive Investition notwendig ist und die Voraussetzung dafür, daß er auch später existieren kann.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Landesregierung und an den Landtag den Appell richten, weiterhin diesen Bestrebungen entsprechendes Gehör zu schenken (Abg. Pölzl: „und Geld!“) und auch Geld, weil der Herr Abg. Pölzl das dazwischengerufen hat, aber nur so weit es sich eben um Unternehmungen handelt, die auch für die Zukunft die Gewähr bieten, daß sie sich auch in weiterer Zukunft entsprechend entwickeln können. (Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Zinkanell ist am Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Darf ich zuerst eine außertourliche Bemerkung machen: Um den Grenzlandbezirk Leibnitz ist mir bezüglich der Betriebsgründung und der Betriebsweiterführung nicht bange, nachdem ja die Söhne Assmann da sind, die heute um einen wieder zugenommen haben. (Beifall.)

Eine zweite Bemerkung darf ich dem Referat des sehr geehrten Herrn Kollegen Neumann widmen. Ich war beinahe versucht, in kollegialer Weise ihm von meiner Person aus eine Gratulation zukommen zu lassen, nachdem sein Referat bis zu zwei Drittel ungefähr der Länge meines Erachtens sehr bemerkenswert gewesen ist. (Landesrat W e g a r t : „Alles war beachtenswert!“) Ich möchte daher die Gratulation so weit aufrecht lassen, soweit dies eben diesen Teil betrifft. Für den weiteren Teil kann ich das leider nicht tun. Das mit den „haarsträubenden“ „Neue-Zeit“-Geschichten war leider ein Fehlschuß, der auch überflüssig war. (Landesrat W e g a r t : „Das war ein Blattschuß!“)

Im weiteren möchte ich vielleicht auch noch folgendes sagen: Seine Begeisterung für die EWG in allen Ehren. Sie wissen, daß wir grundsätzlich auch eine wirtschaftliche Verbindung mit der EWG für richtig finden. Nur dürfen wir — und das habe ich bereits voriges Jahr gesagt — nie vergessen, daß mit einer wirtschaftlichen Verbindung, mit einer Assoziation auch die Ware aus dem EWG-Raum, die Agrarprodukte aus dem EWG-Raum nach Österreich strömen können und uns das so wie anderen Ländern auch ernste Sorgen bereiten kann. Außerdem haben wir ja in der letzten Zeit gesehen, daß die deutschen Bauern, aber auch die Bauern in den anderen Ländern der EWG keineswegs von der Entwicklung dort wirklich begeistert sind. Verbindung ja, so weit dies möglich ist, aber keine Hoffnung, daß es dann eine Art Schlaraffenland geben wird, weder für die Landwirtschaft noch für andere Wirtschaftszweige. Insbesondere die Landwirtschaft, unsere österreichische Landwirtschaft wird es gar nicht leicht haben, konkurrenzfähig zu sein. Insofern hoffe

ich, daß das, was der Herr Kollege Buchberger gesagt hat, möglichst bald Wirklichkeit wird, intensivste Ausbildung, die möglichst bald und rasch wirksam wird, damit wir besser als bisher konkurrenzfähig sein werden.

Und noch eine kleine Bemerkung bezüglich der Ostgeschäfte. Das war meines Erachtens auch ein Fehlschuß, diese Bemerkungen, die gemacht wurden im Zusammenhang mit dem Herrn Vizekanzler Pittermann. Ich glaube, daß Ostgeschäfte natürlich heißt, Absatz für die heimische, für die österreichische Industrie. Absatz für die heimische Industrie heißt aber auch Lohn für die heimischen Arbeiter. Und das wiederum heißt Absatzmöglichkeiten, wie dies von Ihnen, lieber Kollege Neumann, ja auch sehr herausgestellt wurde, Absatzmöglichkeiten, Kaufkraftsicherung der heimischen Konsumentenschaft. Man muß Geschäfte, ob sie jetzt West- oder Ostgeschäfte sind, auch von dieser Seite sehen, das hat mit Kommunismus und mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Es handelt sich um Geschäfte und nicht um Politik, um Parteipolitik. (Landesrat Peltzmann: „Da sind Sie wieder auf einer Linie mit dem Kollegen Leitner!“ — Abg. Heidinger: „Sie sind froh, wenn Ihnen ein Kommunist etwas abnimmt!“ — Zwischenrufe der Abg. Ing. Koch und Leitner.)

Präsident - Glockenzeichen: „Abg. Ing. Koch und Leitner, bitte keine Privatgespräche!“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich nun nach diesen Nebenbemerkungen mich dem eigentlichen Thema, der Landwirtschaft und den in der Gruppe 7 vorgesehenen Ansätzen, zuwenden? Wenn wir Sozialisten im Finanzausschuß auch diesen Zahlen schon zugestimmt haben und es ohne Zweifel auch hier im Hause tun werden, so schließt das nicht aus, daß wir uns auch richtig damit befassen. Ich habe in diesem Hohen Hause schon mehrmals und nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß wir Sozialisten, so wie das auch der Herr Landesrat Sebastian in seiner Rede zur Generaldebatte bereits deutlich betont hat, die Förderung der Landwirtschaft bejahen. Die Landwirtschaft soll dadurch weiter rationalisiert werden. Die Arbeit, ich gebe hier dem Kollegen Lackner vollkommen recht, insbesondere der Landfrauen, soll erleichtert, die Arbeit soll möglichst auch verkürzt werden, und die Produktion soll verbilligt werden. Um diesen eigentlichen Zweck der Landwirtschaftsförderung zu erreichen, erscheint es notwendig, zuerst einmal grundlegend und später von Zeit zu Zeit wiederholend zu überprüfen, was alles, wenn wir von der Steiermark hier reden, in der Steiermark auf Grund von Klima und Lage produziert werden kann oder könnte und was dann wirklich, dem Bedarf angepaßt, auch produziert werden soll. Auf dieser Basis Produktionsmöglichkeit und Bedarf ist zu überlegen, welche Betriebstypen und welche Betriebsgrößengruppen für die so festgestellte Produktion am besten geeignet sind und daher auch in dieser Richtung gefördert werden sollen. Mit der Forcierung des Futtergetreideanbaues, um nur ein Beispiel zu nennen, geht die offizielle Agrarpolitik nunmehr nach und nach einen Weg, den sozialistische bäuerliche Funktionäre schon vor Jahren verlangt haben. Ich darf hier eine Notiz bringen aus dem Agrarischen Informa-

tionszentrum. In diesem Bericht heißt es: „Der Importbedarf an Futtergetreide soll durch Steigerung der Eigenerzeugung gesenkt werden.“ Das hat eine Verordnung zum Ziel, die Landwirtschaftsminister Schleinzner erlassen hat. Durch die in der Verordnung vorgesehenen Maßnahmen soll die Produktion von Weizen gedrosselt und die Eigenproduktion von Futtergetreide, das gegenwärtig zu rund 40% aus dem Ausland eingeführt werden muß, gesteigert werden. Für 1964 wird ein Produktionsüberschuß an Weizen von rund 151.000 to erwartet, während voraussichtlich 550.000 to Futtergetreide importiert werden müssen. Dieser Importbedarf soll in der Zukunft durch Produktionsumstellungen von Weizen auf Futtergetreide herabgemindert und gleichzeitig die Produktionsüberschüsse von Weizen beseitigt werden. Ich darf daran erinnern, sehr geehrte Damen und Herren, daß gerade diese Forderung auch von unserer Seite nicht erst voriges Jahr bei der Budgetdebatte, sondern schon in früheren Jahren auch aufgestellt wurde. Es ist erfreulich (Zwischenruf Landeshauptmann Krainer), daß diese Gedanken von uns, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, gekommen sind. Diesen vorsichtig beschrittenen Weg einer Planproduktion muß man weitergehen, da es bisher leider immer wieder passiert ist, daß Landwirte auf den ihnen zur Erzeugung empfohlenen Produkten sitzengeblieben sind. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist immer so, beim Planen, lieber Freund, geht es immer schief!“ — Abg. Heidinger: „Aber der Zuckerrüben-Dirigismus?“) Herr Landeshauptmann, man kann nicht sagen, daß es mit der Planung dauernd schiefgeht, weil Sie damit Ihre eigenen Agrarexperten gewissermaßen desavouieren, die haben nämlich andere Auffassungen, wie ich gleich auch beweisen möchte. (Landeshauptmann Krainer: „Die Praktiker und die Theoretiker haben immer verschiedene Meinungen!“) Die empfohlene und meist auch geförderte Produktion, die hat durchwegs funktioniert, aber leider nicht in dem dadurch notwendig gewordenen Ausmaß auch der Absatz. Ich erinnere mich an die Absatzmisere z. B. bei den schwarzen Ribiseln, wie wir sie heuer wiederholt gehabt haben, bei den Gurken, beim Krenn, auch (Landeshauptmann Krainer: „Da war der Innenminister schuld, er hat nichts hereingelassen!“) bei den verflixten Eiern, Herr Landeshauptmann, da war nicht der Innenminister schuld, aber die Landwirtschaft ist hineingejaagt worden in eine Produktion, die nicht ausreichend mit Absatz gesichert war. Dasselbe gilt auch für die Pfirsiche, und nichts anderes ist es mit dem Wein. Ich möchte daher noch einmal betonen (Abg. Karl Lackner: „Das muß sich alles erst einlaufen!“), daß der Weg einer planvollen Produktion wichtig und richtig ist, und ich rufe hier zum Zeugen einige Agrarfunktionäre Ihrer Partei, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, unter anderem auch den Herrn Präsidenten Wallner, der sich ebenfalls zu dieser Auffassung bekennt. (Landeshauptmann Krainer: „Nicht falsch zitieren!“) Ich zitiere nicht falsch, ich lese wenigstens die Überschrift vor — wenn Sie wollen das Ganze, aber es dauert länger — „Produktionslenkung und Marktregelung für den Erfolg“ (Zwischenruf von der ÖVP: „Ja, Regelung!“ — Landesrat Bamber: „Schon wieder

ein Theoretiker!"). Es heißt auch nur die Überschrift in einer anderen Aussendung vom 3. Dezember 1964, also vor ein paar Tagen: „Auch im Gartenbau: Anpassung der Produktion an den Absatz ist notwendig“ (Landeshauptmann Krainer: „Jawohl! Sehr gut, sehr gut!“). Das ist Planung, das ist Lenkung, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist das, was die Landwirtschaft braucht. (Abg. Heidinger: „Das ist höherer Kommunismus!“ — Landesrat Bammer: „Der schwarze Kommunismus.“) Das ist Planwirtschaft, notwendige Planwirtschaft. Diese kurzen Zitate aus dem Agrarinformationszentrum beweisen, daß die sozialistischen agrarpolitischen Auffassungen richtig waren und die daraus resultierenden Forderungen Zug um Zug, allerdings unter einem geänderten Vorzeichen jetzt, siehe AIZ, verwirklicht werden. (Landesrat Wegart: „AZ ist ja die Arbeiterzeitung.“) AIZ. Diese Vorzeichenänderung, meine sehr geehrten Damen und Herren, erleben wir aber nicht nur bei den Grundsätzen der Produktionsplanung, bei der Anpassung an den Absatz, diese Vorzeichenänderung, das heißt sozialistische Forderungen, die nachher als OVP-Erfolge dastehen, erleben wir auch leider bei einer Reihe von anderen Dingen, wie z. B. bei der Zuschußaltersrente. Eine sehr, sehr alte Forderung, jetzt der Erfolg der OVP, die Erwerbsunfähigkeitsrente usw. (Landeshauptmann Krainer: „Aber wesentlich ist, daß uns die Leute das glauben!“) Da haben Sie wirklich ein wahres Wort gesprochen! Mitbekommen habe ich, wenn ich es wiederholen darf: Der Herr Landeshauptmann hat gemeint, wesentlich ist, daß es die Leute glauben. (Landeshauptmann Krainer: „Ja, weil es wahr ist!“)

Glockenzeichen des Präsidenten.

Wir befürchten nach den bisherigen Erfahrungen, daß es uns auch mit unserer alten Forderung nach einer Bauernkrankenkasse so ergehen wird. (Landeshauptmann Krainer: „Wenn ich euch alles vorhalten würde, was Ihr von uns gelernt habt!“ — Landesrat Peltzmann: „Dann sitzen wir bis zum Heiligen Abend da!“) Ich finde es nicht tragisch, wenn eine Gruppe von der anderen lernt. Unerquicklich wird das erst, wenn der, der es gelernt hat, sagt, „ich habe das von vornherein erfunden“. (Abg. DDr. Hueber: „Das ist ein Verstoß gegen das Patentgesetz!“) Aber das hält uns nicht auf, auch in Zukunft für eine fortschrittliche, der modernen Zeit entsprechende, aber auch gerechte Agrarpolitik einzutreten. (Abg. Neumann: „Aber nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten.“ — Landeshauptmann Krainer: „Wenn Ihr uns das endlich einmal vormachen würdet!“) Über die Gerechtigkeit müßte man eigentlich mehr reden, aber ich will Ihre Zeit nicht übermäßig in Anspruch nehmen.

Darf ich jetzt zu den konkreten Anliegen, wie wir sie auch sehen, noch etwas sagen? Wir Sozialisten sehen — und da komme ich schon zur Gerechtigkeit — die Notwendigkeit, eine Rechtsnorm zu schaffen für alle Beihilfen und Kreditgewährungen, wie sie zur Zeit en masse verteilt und sehr unübersichtlich gegeben werden und wo es leider immer wieder vorkommt — und hier betone ich sehr, daß

ich nicht den hier nicht anwesenden Landesrat Pirrsch angreifen möchte —, daß diese Beihilfen bei dem einen wesentlich höher liegen und bei einem anderen, der mindestens gleich bedürftig ist, leider nicht diese Höhe erreichen oder überhaupt nicht gegeben werden. (Landeshauptmann Krainer: „In der Regierungssitzung fragen Ihre Kollegen, wenn einer um einen Tausender mehr kriegt als der andere, sofort ‚warum‘? Und Sie haben noch nie sagen können, daß das nicht gerechtfertigt gewesen wäre!“) Das ist in einem solchen Kollegium nicht so einfach, aus einer Vorlage, die einem von einer Stunde zur anderen vorgelegt wird, zu entscheiden, ob es richtig ist, daß der eine weniger und der andere mehr bekommt.

So gerecht als möglich, dafür sind wir. Das braucht gar nicht so umständlich zu sein. Wir glauben, nicht nur diese Rechtsnorm wäre notwendig, sondern überhaupt eine Vereinfachung bei der Kreditgewährung. Ich habe voriges Jahr einen sehr komischen Fall geschildert, von einem, der durch die Beihilfe und die dazu gegebenen Bedingungen zu Schaden gekommen ist. Ich will das nicht wiederholen, sondern nur darauf hinweisen, daß manche von den Landwirten, die wirklich einen Kredit brauchen würden, deswegen vor einem Ansuchen zurückscheuen, weil sie die Umstände, das Ausfüllen der Formulare usw. fürchten und weil das dann noch unter Umständen eine Ewigkeit dauert, bis sie soweit sind. Es ist zu viel Vorschrift dabei und ein bißchen zu wenig praktisches Leben. (Landesrat Bammer: „Ein Sozialist dabei und es geht schon schneller!“)

Ein weiteres Anliegen wäre nach wie vor die Verkürzung und die Verbilligung des Warenweges zwischen Produzenten und Konsumenten. Ich freue mich, daß es auf Initiative der Arbeiterkammer, der dann die Landwirtschaftskammer beigetreten ist, dazu gekommen ist, daß die Hohe Landesregierung eine Erleichterung bei den Betriebsaktionen beschlossen hat. Das ist eine gute Sache und ich würde wünschen, daß wir in dieser Richtung weiter fahren könnten.

Über die Ausbildung, die ein echtes Anliegen ist, möchte ich mich nicht mehr weiter verbreitern. Darüber hat in sehr guten Worten der Kollege Buchberger gesprochen.

Die zweckmäßige und ökonomische — ich betone die ökonomische — Technisierung liegt uns immer noch am Herzen (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Die ökonomische, nicht komische!“) und ich freue mich auch hier, daß die zum Teil belachte Post, weil sie von uns immer wieder in den Vordergrund geschoben wurde, die Post „kommunale Maschinenhöfe“ endlich nach 10 Jahren eine Erhöhung erfahren hat. (Landeshauptmann Krainer: „Die gehört ja schon längst auf den Schindanger!“ — Abg. Leitner: „Sie ist immer noch lächerlich gering.“) Sie ist zu gering, das gebe ich gerne zu. (Abg. Pölzl: „Herr Kollege, warum lassen Sie sich von den Kommunisten einflüstern?“) Er hat gar nicht geflüstert, Sie müssen das auch gehört haben. — Glockenzeichen des Präsidenten. — (DDr. Hueber: „Das ist ein Landtagsgeflüster!“)

Wenn ich auf einen Zwischenruf des Herrn Landeshauptmannes doch noch eingehen darf. Er meinte, das ist schon am Schindanger. Also da muß ich schon sagen, das stimmt bei Gott nicht. Ich darf mit Freude feststellen, daß wir vor einigen Monaten eine Konferenz der Bürgermeister von Maschinenhof-Gemeinden gehabt haben und daß dort festgestellt wurde, es sind über 380 Maschinen für die Bauern dieser Gemeinden zur Verfügung und diese Sache nimmt einen ausgezeichneten Verlauf. Sie könnte besser sein, wenn wir mehr Geld zur Verfügung hätten. (Landeshauptmann Krainer: „Wenn sie nebenbei Kohle fahren und Schotter fahren, dann schon!“ — Abg. Dr. Pittermann: „Herr Kollege, haben Sie auch die Straßenverhältnisse und die anderen Dinge in diesen Gemeinden in Betracht gezogen? Wie sieht es damit aus?“ — Abg. Ileschitz: „Herr Kollege Dr. Pittermann, wir machen mit Ihnen eine Exkursion!“ — Präsident: „Ich bitte den Redner, fortzufahren.“) Ich möchte nur feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es für die Zukunft von noch größerer Bedeutung sein wird, als es zur Zeit ist, daß die Landwirtschaft auch in Streugebieten, die kleinen Bauern, für die sich ein eigener Maschinenpark nicht lohnen kann, billige Leihmaschinen zur Verfügung bekommen. Sie werden sehen, daß in einigen Jahren in dieser Richtung noch mehr getan werden wird als heute, und dieser Maschinenpark, wir haben auch schon darüber gesprochen, ist ja eine Abart dieser Maschinenhofregelung, wie wir sie für richtig befinden. Wenn es funktioniert. (Abg. Pabst: „Vom Nachbarn zum Nachbarn geht es viel billiger!“ — Abg. Dr. Abmann: „Aus der Landwirtschaft haben Sie ja keine Nachbarn in der SPO-Fraktion!“) Aber sorgen Sie sich nicht, das soll nicht Ihre Sorge sein. Ein weiteres, in dem Zusammenhang letztes Anliegen. (Abg. Neumann: „Fein!“) Nur nicht fein sagen, Kollege Neumann. Ein weiteres Anliegen ist die Förderung der Nebenerwerbslandwirte, und da darf ich auch zu meiner Freude feststellen — in der Mappe habe ich eine Unterlage, ich lasse sie nur besser drinnen, weil es mit der Zeit nicht ausgeht, aus der hervorgeht, daß in Niederösterreich der Kammeramtsdirektor Dr. Müller sehr, sehr nachdrücklich für die Förderung der Nebenerwerbslandwirte eintritt, daß es den Anschein hat, daß dort deren Wichtigkeit etwas deutlicher bereits bemerkt wird als bei uns im Lande, wo wir noch die Schwierigkeiten haben, Kollege Neumann, daß ein Nebenerwerbslandwirt, insbesondere wenn er nicht das richtige Gesicht hat, nichts bekommt. (Abg. Neumann: „Wird auch bei uns beachtet!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich nur grundsätzlich feststellen, ein sehr hoher Betrag, rund 20 Millionen Schilling, der vom Land hier für die Landwirtschaftsförderung bereitgestellten Summe geht über die Landwirtschaftskammer. Das Gesamtbudget der Landwirtschaftskammer weist weit über 100 Millionen Schilling aus. Der Personalstand — ich habe ihn voriges Jahr auch genannt und bin deswegen ziemlich heftig unterbrochen worden — der Personalstand hat sich inzwischen von 680 auf über 700 erhöht (Landeshauptmann Krainer: „Und da sind Sie in der Kon-

trolle gesessen und haben nicht nach dem Rechten geschaut!“). Nein, in der Kontrolle nicht, im Hauptausschuß, Herr Landeshauptmann. Und das wollte ich jetzt sagen, diese Landwirtschaftskammer konnte nach der Wahl vom 22. November bis heute nicht konstituiert werden und wird spätestens ab Montag der kommenden Woche eine illegale Existenz führen. (Zwischenruf: „Warum denn?“ — Landeshauptmann Krainer: „Sind so Feiertage!“ — Heiterkeit!) Es ist nur einigermaßen unerfreulich für uns, dieser illegalen Kammer die hohen Beträge vom Land aus zu bewilligen, illegal deswegen, weil es dem ÖVP-Bauernbund richtig erschienen ist, seine Mehrheit in den Gemeinde- und Bezirkswahlbehörden dazu zu benützen, besser gesagt zu mißbrauchen. (Landeshauptmann Krainer: „Vorsicht! Oh, oh!“), um sozialistischen Wahlberechtigten das Wahlrecht zu nehmen und nicht Wahlberechtigten (Landeshauptmann Krainer: „Genau nach dem Gesetz.“), die der ÖVP nahestehen, das Wahlrecht zu bestätigen.

Mein sehr verehrter Herr Landeshauptmann, wenn Sie meinen, daß das genau nach dem Gesetz gegangen ist, so muß ich Sie leider enttäuschen. (Abg. Dr. Pittermann: „Sie machen es sich sehr einfach.“ — Landesrat Peltzmann: „Da war doch der Olah schuld, daß Ihr keine Stimmen erhalten habt!“) Ich habe es mir nicht einfach gemacht. Ich habe die ÖVP bzw. den Bauernbund bereits gewarnt im Sommer, wenn sie ihre Praxis vom Jahre 1959 wieder anwenden und nun die Forstarbeiterpächter nicht mehr wählen werden können zusätzlich, werden wir nicht mehr in der Bauernkammer vertreten sein. Das habe ich im Sommer bereits gesagt, und ich habe am 19. September bei der letzten Vollversammlung dasselbe den Leuten gesagt (Landeshauptmann Krainer: „Dann darf er auch nicht bei den Arbeiterkammerwahlen!“), es war umsonst. Man hat trotzdem mehr noch als im Jahre 1959 sozialistische Wähler ausgeschaltet, außerhalb des Gesetzes noch, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, und andere hineingenommen (Landesrat Bammer: „Schon wieder ein Baby da, ein politisches Baby!“), obwohl es eigentlich hätte genügen müssen, daß dieses Gesetz, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, vom dem Sie reden, ohnedies Arbeiter mit Grundbesitz, wenn sie Mitbesitzer sind, ausschaltet, obwohl sie kammerzugehörig sind, obwohl sie Kammerumlage bezahlen. (Landeshauptmann Krainer: „Das haben Sie beim Verfassungsgerichtshof beantragt, und jetzt sind Sie nicht zufrieden.“) Der Verfassungsgerichtshof wird sich neuerdings mit dieser Sache befassen müssen (Landeshauptmann Krainer: „Schon wieder!“), weil die Dinge so unerfreulich (Abg. Dr. Pittermann: „Jetzt hören Sie aber auf!“) und so brutal gehandhabt werden, daß man nicht still sein kann. (Landeshauptmann Krainer: „Auch der Verfassungsgerichtshof kann Ihnen keine Wähler bringen.“ — Abg. Heidinger: „Nein, aber Gerechtigkeit!“ — Abg. Neumann: „Sie waren immer schon schlechte Verlierer!“) Aber er kann Ordnung schaffen. Ich gebe zu. (Abg. Dr. Pittermann: „Herr Kollege, jetzt sagen Sie noch, daß die Bauern eine Fehlentscheidung getroffen haben, dann wissen wir, woher diese Worte stammen!“) Ich

gebe zu. (Landesrat W e g a r t: „Nichts gegen Doktor Pittermann!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß ein Gesetz uns keine Wähler bringen kann. Das stimmt schon. Aber erstens einmal gehört das Gesetz in Ordnung gebracht, damit die, die Kammerzugehörige und Umlagezahler sind, wählen dürfen. (Landeshauptmann Krainer: „Sie dürfen! Wenn sie Umlagen zahlen, dürfen sie wählen!“) Und zweitens, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ist es eine Überlegung, ob es, wenn wir keine Gewähr haben, daß sich die Methoden nicht wiederholen — eine ernstzunehmende Überlegung —, ob es richtig ist, daß wir überhaupt als Kandidaten bei einer Kammerwahl auftreten werden. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist euer gutes Recht, da kann euch niemand zwingen dazu!“) Das werden wir uns überlegen, und zwar nicht wegen des Gesetzes, sondern wegen Ihrer Machinationen. (Landeshauptmann Krainer: „Nein, nein!“ — Abg. Dr. Pittermann: „Das ist eine Unverschämtheit!“) Unverschämmt war das, was Sie im Bauernbund getan haben, Herr Dr. Pittermann, das war unverschämmt. Wenn jemand von Unverschämtheit reden kann, dann bin ich es in bezug auf das, was draußen geschehen ist. (Zahlreiche Zwischenrufe.)

Präsident: Am Wort ist ausschließlich Herr Kollege Zinkanell!

Ich möchte nun, nachdem das, was ich bisher zur Kammerwahl gesagt habe, so heftig angegriffen und widersprochen wird, mit einigen ganz konkreten Beispielen untermauern.

Das Beispiel, das am empörendsten ist und auf das der Ausdruck „unverschämmt“ ohne Zweifel paßt, Herr Dr. Pittermann, ist das vom Kollegen Sanegger. (Abg. Pabst: „Oh je, oh je!“ — Landeshauptmann Krainer: „Da hören wir gerne zu, der Abg. Pabst wird Ihnen darauf antworten!“ — Abg. Dipl.-Ing. J u v a n c i c: „Hören Sie doch zu!“) Darf ich nun dieses Beispiel bringen? Sanegger ist mit seiner Frau seit 1931 Landwirtschaftsbesitzer. Besitzt selbst den Hof, er ist nicht übergeben, er bewirtschaftet ihn. Er ist nebenbei Eisenbahner gewesen, seit 1945 Pensionist, seit 1954 Bezirksbauernkammerrat in Leoben. Die rechtlichen Verhältnisse in bezug auf seinen Fall haben sich nicht geändert, weder im Gesetz noch in seinen eigenen Verhältnissen. Er ist seit 1954 Bezirksbauernkammerrat. Er hat vor einigen Jahren als Anerkennung für seine Tätigkeit als bäuerlicher Funktionär die bronzene Kammermedaille bekommen. (Landeshauptmann Krainer: „Trotzdem er keine Kammerumlage zahlt!“) Ein Bürgermeister, der als erster den Maschinenhof dort eingeführt hat und auch sonst für die Bauern in seiner Gemeinde bestens sorgt. Ohne jeden rechtlichen Grund ist dieser Bezirksbauernkammerrat in der Gemeindewahlbehörde hinausreklamiert worden und die Bezirkswahlbehörde hat diese Reklamation trotz Berufung und entsprechender Begründung in der Berufung akzeptiert. Wenn man das als richtig erklärt, dann muß man an der Demokratie überhaupt zu zweifeln beginnen. (Landeshauptmann Krainer: „Er hat

erklärt, daß er höchstens eine Stunde am Tag in der Landwirtschaft tätig ist!“) Das hat er vor zwei Jahren getan, als er genauso wie Präsident Wallner einen Herzinfarkt erlitten hatte. Und ich bezweifle, ob der Herr Präsident Wallner mehr Stunden auf seinem Hof arbeitet, manuell arbeitet, als dieser Herr Sanegger. (Abg. Karl Lackner: „Wallner kann nicht mehr!“) Ah, er kann nicht. Aber beim Sanegger sollen andere Voraussetzungen und andere Bestimmungen gelten? (Abg. Buchberger: „Wir haben von der Bezirkswahlbehörde keinen Einspruch gehabt!“)

Ein anderes Beispiel aus Weiz: Aus Weiz wird mir mitgeteilt, daß die Pensionisten überhaupt rundweg nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden.

Der Schwefel paßt Ihnen nicht, gelt ja? Ich habe den Bezirkskammerobmann Resch angerufen (Abg. Pölzl: „Ein ehrenwerter Mann!“) und ihn auf die gesetzliche Situation aufmerksam gemacht. Er hat es mir nicht geglaubt. Das kann ich ihm nicht abverlangen, daß er mir glauben muß. Ich habe daraufhin den Herrn Dr. Lamprecht von der Rechtsabteilung der Landwirtschaftskammer gebeten, den Herrn Ökonomierat Resch anzurufen und ihm diese rechtliche Situation auseinanderzusetzen. Er hat das korrekterweise als Beamter getan. Nur genützt hat es nichts. Ich bedaure, daß der Herr Kollege Buchberger, statt sich hier aufzuregen — ich mag ihn sonst sehr gerne leiden —, sich nicht dort eingesetzt hat, damit Recht und Ordnung angewendet werden. (Abg. Buchberger: „Herr Kollege Zinkanell, bei uns im Bezirk Weiz herrscht Fairneß!“) Ja, fairneß ohne die Sozialisten. (Abg. Pölzl: „Da gibt es keine Sozialisten in Weiz!“)

Und nachdem sich auch der Kollege Pabst so aufgeregt hier gezeigt hat, muß ich wohl oder übel darauf hinweisen, daß die Bauernbundmehrheit in der Bezirkswahlbehörde Bruck an der Mur eine ganze Reihe von absolut ungesetzlichen oder gesetzwidrigen Entscheidungen getroffen hat, obwohl — und das ist besonders bedauerlich — der Herr Abgeordnete, der hier die Einhaltung der Gesetze beschworen hat, Mitglied dieser Bezirkswahlbehörde gewesen ist. (Abg. Pabst: „Ich werde antworten darauf.“) Wenn Sie Antwort geben, darf ich Ihnen die Unterlagen, die ich zusammengestellt habe, zur Verfügung stellen, damit Sie daraus die Begründung der Bezirkswahlbehörde lesen und ich würde dann allenfalls unsere Stellungnahme dazu bekanntgeben. Vielleicht ist das aber ein bißchen umständlich und ich mache es gleich in einem. Da heißt es bei der Pichler Rosa als Begründung: „Da die Obgenannte als Pensionistin bezeichnet wurde und nicht feststellbar war, ob sie ihren Besitz ihrem Sohn übergeben hat und somit als Auszüglerin anzusehen ist, schloß sich die Bezirkswahlbehörde mit Stimmenmehrheit der Entscheidung der Sprengelwahlbehörde an und stimmte für die Streichung der Genannten aus dem Wählerverzeichnis. (Landeshauptmann Krainer: „Im guten Glauben!“) Dem stehen folgende Tatsachen gegenüber: Es wäre ohne weiters festzustellen gewesen, daß Pichler Rosa den Besitz dem Sohn übergeben hat und mündlich als Ausgedinge freie Station wie üblich

— Kost, Wohnung, Beheizung — vereinbart war. Das ist der eine Fall.

Ebner Johann. In der Begründung heißt es: „Die Bezirkswahlbehörde beschloß mit Stimmenmehrheit, daß der Obgenannte nicht in das Wählerverzeichnis aufzunehmen sei, weil nicht feststeht bzw. mangels entsprechender Unterlagen nicht festgestellt werden konnte, ob er auf dem Besitz seiner Tochter als Auszügler lebt, da er in der Berufung als Rentner bezeichnet wurde.“ (Landesrat B a m m e r: „Im Zweifelsfalle immer gegen die Sozialisten!“) Dem stehen folgende Tatsachen gegenüber: Der Besitz von 3,27 ha ist an die Tochter und an den Schwiegersohn übergeben. (Landeshauptmann Krainer: „Wie viele solche Fälle haben Sie denn, Herr Kollege?“) Da habe ich nur die interessantesten, Herr Landeshauptmann, weil ich sonst ein Buch hätte schreiben müssen. (Landeshauptmann Krainer: „Wenn es wahlentscheidend gewesen wäre. Wenn es 3 oder 4 gewesen sind, dann war es doch nicht wahlentscheidend!“)

Und den Schweiger Peter, wenn Sie erlauben, möchte ich doch nicht unterschlagen. In der Begründung heißt es: „daß beim Zeitpunkt der Beschlußfassung nicht ersichtlich war, ob der Genannte über 1 ha verfügt und da er im Hauptberuf Werksarbeiter war — derzeit ist er offenbar Rentner —, faßte die Bezirkswahlbehörde mit Stimmenmehrheit den Beschluß, sich der Entscheidung der Sprengelwahlbehörde anzuschließen und zu entscheiden, daß er nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen wird. Eine sehr einfache Vorgangsweise. Dem steht gegenüber: Peter Schweiger ist am 1. September 1964, also vor dem Stichtag für die Bauernkammerwahlen, aus dem Dienstverhältnis endgültig ausgeschieden und widmet sich ausschließlich der Bewirtschaftung seiner 8 ha großen Landwirtschaft — in der Begründung hat es geheißen, es sei nicht sicher, ob er ein Hektar hat —, die er in Gütergemeinschaft mit seiner Frau besitzt. Die Bezirkswahlbehörde hat hier wie in vielen anderen Fällen ihre Verpflichtung zur Rechtsfindung und Rechtsprechung gründlichst verletzt. Es wäre ein Leichtes gewesen, Klarheit zu schaffen, insbesondere da das Grundbuchsamt im Nebengebäude untergebracht ist, in dem die Bezirkswahlbehörde ihren Sitz hat. (Abg. Neumann: „Herr Kollege Zinkanell, wenn die alle hätten wählen können, hätten wir noch um einige Mandate mehr erzielt.“)

Einen Fall darf ich noch anführen als Beispiel, wie nicht Wahlberechtigte, wenn sie der OVP nahegestanden sind, doch das Wahlrecht bekommen, und zwar der Straßegger Peter. (Landeshauptmann Krainer: „Woher wissen Sie das?“) Weil ich die Unterlagen bekommen habe, Herr Landeshauptmann, das sind keine Geheimnisse. (Abg. Neumann: „Aber Recht muß Recht bleiben!“) Der Straßegger Peter. Als Begründung heißt es: „Die Bezirkswahlbehörde hat mit Stimmenmehrheit beschlossen — in der Breitenau, bitte —, daß Obgenannter in das Wählerverzeichnis aufzunehmen und nicht zu streichen sei.“ Dazu ist festzustellen, daß Peter Straßegger, der Nebenerwerbslandwirt ist, mit seiner Frau Maria in Gütergemeinschaft eine

7 ha große Landwirtschaft besitzt. Straßegger ist im Hauptberuf Bäckermeister, gehört also einem Gewerbe zu und hatte zur Zeit der Entscheidung vier Gesellen. Die untergeordnete Rolle der Landwirtschaft geht auch daraus hervor, daß dort kein Vieh gehalten wird. (Abg. Pölzl: „Wo ist der Straßegger?“ — Landesrat Peltzmann: „Ein Bäcker braucht Getreide, aber kein Vieh, also ein Nebenerwerbsbetrieb!“ — Abg. Ileschitz: „In der Breitenau wachsen nur Steine, aber kein Weizen!“ — Landesrat Peltzmann: „7 ha ist kein Schrebergarten!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erspare es mir, weitere solche Beispiele zu bringen, weil das, was bisher gesagt wurde, eindeutig genug ist. Ich möchte nur feststellen, nicht nur im Bezirk Bruck oder im Bezirk Weiz, sondern auch in einer Reihe von anderen Bezirken sind ähnliche Dinge vorgekommen. Ich erinnere nur, der Kollege Heidinger hat schon einen Zwischenruf gemacht, an Hartberg, wo ebenfalls ein Abgeordneter ihrer Couleur in der Bezirkswahlbehörde vertreten war. Dort hat man dem Spitzenkandidaten des Steirischen Landvolkes, einem Landwirt mit 10 ha, der überwiegend in der Landwirtschaft tätig ist, teilweise auch als Arbeiter, das Wahlrecht aberkannt — er war am Stichtag nicht im Dienstverhältnis —, das Wahlrecht abgesprochen, das aktive und das passive Wahlrecht (Abg. Buchberger: „Er hat sich abgemeldet und dann wieder angemeldet!“ — Abg. Dr. Aßmann: „Eigenartige Landwirte haben wir! Einmal so und einmal so!“), dafür aber durften die zwei Kundigraber, die eigenartige Landwirte sind, wählen. Der eine ist nämlich Kaufmann und der andere Holzexporteur mit 25 Bediensteten. Die stehende Formel dort für die Erledigung war ungefähr: Wir haben geredet genug, wir glauben nicht, daß er wahlberechtigt ist, der Rote, und daß der andere, der Schwarze — Nebenerwerbslandwirt — ja wahlberechtigt ist. Und ein Beispiel noch aus dem Bezirk Murau. Dort hat der Bürgermeister und OVP-Funktionär freundlicherweise gleich vor dem Wahltag seinen Leuten die Stimmzettel abgenommen, damit sie fortfahren können am Wahltag und doch ihre Stimme gesichert ist. Es war eine Reihe von ihnen nicht da. (Landeshauptmann Krainer: „Das war nicht in Ordnung!“) Das war nicht in Ordnung. Das war der Bürgermeister Egger. (Landeshauptmann Krainer: „Das kann auch eine Mär sein!“) Ich würde es begrüßen, wenn es eine Mär wäre. Nur ist es nicht so. Durch diese Vorgänge draußen sind wir, die sozialistische Fraktion und das Steirische Landvolk, aus der Landeskammer hinausmanövriert worden. Ich möchte (Abg. Neumann: „Durch die Grundgesinnung der Sozialistischen Partei, so lange Sie erklären, daß Landwirtschaftsförderung . . .“ — Die folgenden Worte sind wegen zahlreicher weiterer Zwischenrufe unverständlich.) Ich möchte nur feststellen, wir Sozialisten haben das nicht veranlaßt und haben das, daß wir jetzt nicht in der Kammer sind, auch nicht gewollt. (Landeshauptmann Krainer: „Das glauben wir!“) Ich habe auch zeitgerecht davor gewarnt. Meine Hinweise sind nicht beachtet worden. Wir bedauern diese Entwicklung, denn wir haben im-

merhin in der Landwirtschaft, ich glaube, das kann man behaupten, konstruktiv, wenn auch nicht kritiklos mitgearbeitet, und wir haben uns irgendwie auch ein wenig als eine Brücke zwischen Landwirtschaft und Konsumenten gefühlt. In der Landwirtschaft haben wir sehr oft um Verständnis für die Belange der Konsumentenseite geworben und andererseits bei Arbeiterkonferenzen und Zusammenkünften haben wir um Verständnis für die landwirtschaftlichen Sorgen geworben. Daß es nun nicht mehr möglich ist, ist, wie gesagt, nicht unsere Schuld, daß wir nicht mitarbeiten in der Kammer. (Landeshauptmann Krainer: „In den Bezirksbauernkammern seid Ihr aber vertreten!“) In den Bezirkskammern sind wir durch diese Vorgangsweise auch sehr stark reduziert worden. In der Erkenntnis, daß man keine Agrarpolitik ohne und gegen die Konsumenten machen kann und daß, wenn es bei Agrarpreisverhandlungen manchmal etwas länger dauert, es doch nicht Bosheit ist, sondern die Verantwortung praktisch nach beiden Richtungen, das war unsere Auffassung. Und weiters gilt für uns die Erkenntnis, daß Demokratie unteilbar ist. Wenn Demokratie, dann nicht nur in den großen, sondern auch in den kleineren Bereichen. (Abg. Dr. Pittermann: „In der Arbeiterkammer!“ — Abg. Ileschitz: „Herr Pittermann, Sie können über die Tierärztekammer reden, aber nicht über die Arbeiterkammer.“ — Landesrat W e g a r t: „Ich könnte Ihnen was erzählen über die Arbeiterkammer!“) Und wenn wir von Demokratie reden, dann meinen wir eine lebendige, eine blutwarme und nicht eine, die zum jeweiligen Gebrauch aus dem Kühlschrank herausgeholt wird.

Ihnen, meine sehr geehrten Herren von der ÖVP, darf ich zum Abschluß sagen, in Ihrer Hand liegt es, ob die durch diese sogenannte Bauernkammerwahl abgebrochene Zusammenarbeit in der Landwirtschaftskammer endgültig beendet sein soll. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. K o l l e r.

Abg. Koller: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich ganz kurz auf zwei Probleme der Landwirtschaft konzentrieren und dann einige Feststellungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Zinkanell, betreffend Bauernkammerwahl machen. Wer heute aufmerksam die Landwirtschaft einer objektiven Betrachtung unterzieht, wird feststellen, daß sie ihre Aufgabe, die Ernährung zu sichern, wertvoller Rohstofflieferant für Gewerbe und Industrie und auch Devisenbringer zu sein, trotz widrigster Umstände ausgezeichnet gemeistert hat. Dies war sicherlich nicht immer einfach, hat vieler Opfer und auch des Verzichtes auf persönliche Bedürfnisse der bäuerlichen Menschen bedurft. Dabei sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung der Landwirtschaft an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung gar nicht so günstig. Dieses hat viele Ursachen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Eine davon ist, daß die Sicherung der Grundernährung, die früher ein zentrales Problem in den meisten Familien war und für viele Menschen dieser Welt

heute noch ist, in unserer Wohlstandsgesellschaft als eine Selbstverständlichkeit empfunden wird. Gott sei Dank — das sei festgestellt — leben wir in einer Zeit, in der uns nicht täglich vor Augen geführt wird, daß das tägliche Brot vor dem Fernsehen und verschiedenen anderen Wohlstandserscheinungen, die wir gerne hinnehmen, rangiert. Und vergessen wir auch nicht, daß mit jedem Jahrgang ein breiter Kreis junger Menschen heranwächst, der in dieser Richtung nie die Sorgen verspürt hat und diese Sorgen nur aus den Erzählungen der Eltern kennt.

Wir begrüßen selbstverständlich — das möchte ich betonen — auch als Bauern diese Entwicklung, obwohl sie mit sich bringt, daß die agrarischen Probleme immer schwieriger werden und nicht immer günstig zu lösen sind. Man betrachtet es heute auch als eine Selbstverständlichkeit, daß unsere moderne Landwirtschaft zu einem gewaltigen Käufer der Erzeugnisse der gewerblichen Industrie geworden ist. Darüber ist schon gesprochen worden. Aber man darf nicht vergessen, daß dies alles nur eine gesunde, produktions- und lebensfähige Landwirtschaft auch für die Zukunft leisten kann, die neue Wege geht. Sie hat diese neuen Wege vielfach verwirklicht, sie nicht nur versucht, sondern auch verwirklicht. Sie hat die Chance erkannt, meine sehr Verehrten, mit hochwertigen Qualitätsprodukten in immer breitere Käuferschichten einzudringen. Die steirischen Spezialkulturen und die daraus gewonnenen Produkte, die in den letzten Jahren sich gewaltig entwickelnde steirische Geflügelproduktion, vor allem auch als Ersatz für das immer schwerer zu beschaffende Kalbfleisch — das Hendel ist von einem Festtagessen zu einem Alltagsessen geworden und auch gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig —, weiters die Bemühungen in jüngster Zeit durch die Errichtung modernster Schlachthanlagen für Großvieh und Geflügel, um zu einer möglichst marktgerechten Ware beizutragen, die in den steirischen Molkereien erzeugten, anerkannten, weit über unsere Grenzen hinaus bekannten Qualitätsprodukte, die Anpassung der Landwirtschaft an die geänderten Konsumgewohnheiten und vieles andere, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind nur wenige Beispiele dafür, daß die steirischen Bauern willens sind, tatkräftig an der Lösung ihrer Probleme mitzuarbeiten und den Wünschen breiterer Konsumentenkreise gerecht zu werden. Und Herr Abg. Zinkanell, wir wissen sehr genau, daß man eine Agrarpolitik niemals gegen den Konsumenten machen kann. Nur erwarten auch wir, daß man niemals eine Wirtschaftspolitik gegen die Landwirtschaft betreibt.

Die Bauern allein können diese Probleme nicht lösen. Dazu ist in den letzten Jahrzehnten, das müssen wir eingestehen, auf diesem Gebiet viel zu viel verzerrt worden. Es müßte sich bei Betrachtung der ganzen Situation schon längst jedem zeigen, daß man nirgends, auch in der Agrarpolitik nicht, Probleme ausschließlich mit politischen Mitteln lösen kann, die ihrer ganzen Struktur und ihrem Wesen nach wirtschaftliche Probleme sind. Daß die agrarischen Preise nach gewissen politischen Auffassungen immer zu politischen Preis- und Handelsobjekten gestempelt werden, hat sich bis heute,

das wird niemand bestreiten können, auch nicht als wahres Glück erwiesen. Wir haben damit unserem Wirtschaftsgefüge — und ich glaube, diese Feststellung kann man ohne weiteres treffen — nichts Gutes getan und Verzerrungen geschaffen, die uns in Zukunft, vor allem im Hinblick auf die EWG, viel Kopfzerbrechen machen werden.

Die Tatsache, meine sehr Verehrten, daß dies keine ausschließlich österreichische Erscheinung ist, darf uns nicht hindern, darüber nachzudenken, wie wir aus diesem Kreis herauskommen. Damit ist es nicht getan, daß man darüber streitet, ob diese oder jene Stützung eine Produzenten- oder Konsumentenstützung ist und womöglich davon ableitet, daß die Bauern die pragmatisierten Stützungsempfänger des Staates sind. Wenn man das untersucht, würde man draufkommen, daß es sehr, sehr viele Stützungen in diesem Lande gibt — ich will gar nicht auf die Bundesbahn oder sonstwohin weisen —, sondern man muß ernstlich darüber nachdenken, ob es sinnvoll ist, sich immer weiter von echten Preisrelationen zu entfernen. Ich glaube nicht, daß sich auf die Dauer die agrarische Produktion auf diese Weise vergewaltigen läßt.

Ist nicht das an und für sich begrüßenswerte Verschwinden des Butterberges und der Milchüberschüsse, meine sehr Verehrten, die uns in den vergangenen Jahren viel Geld gekostet und viel Sorgen bereitet haben, die Abnahme der Anzahl der bäuerlichen Betriebe überhaupt und das Wachsen der vielen viehlosen Betriebe ein erstes, ernstes Anzeichen hierfür?

Vielleicht sind manche dieser Erscheinungen heute noch erwünscht, aber die Frage, ob sie es morgen auch noch sind, müssen wir uns auch vorlegen. Vor allem dann, wenn wir berücksichtigen, daß dieses Morgen nicht unbedingt so ist, wie wir es heute gewohnt sind, sondern durch Entwicklungen, die wir gar nicht beeinflussen können, ein völlig anderes Gesicht zeigen könnte.

Der Schwerpunkt der Förderung in der Landwirtschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird daher in Zukunft weit mehr auf jene Maßnahmen zu verlegen sein, die die Strukturverbesserung im weitesten Sinne des Wortes, die Rationalisierung, die Verbesserung der Produktionsgrundlagen, die geistige und fachliche Ausbildung, die Marktbeobachtung, -Forschung und Werbung sowie die Erschließung moderner, neuer Absatzmöglichkeiten zum Ziele haben müssen und weniger der Stützung einzelner Produkte dienen.

Ich weiß, daß diese Dinge momentan vielleicht nicht ganz populär sind. Aber ich glaube, man muß den Mut haben, vor allem auch im Hinblick auf die EWG, in der diese Stützungen nicht nur nicht erlaubt sind, sondern abgeschafft werden müssen, zeitgerecht diesen Weg zu beschreiten.

Aber auch ein anderes Problem macht sich in der Landwirtschaft immer unangenehmer bemerkbar. Es ist dies die Tatsache, daß die Gesetzgebung in weitestem Ausmaß der Entwicklung in der Landwirtschaft und der sie berührenden Gebiete nachhinkt. Das ist ein sehr schweres Wort, ich weiß es. Aber es ist leider Tatsache.

Viele Steuer-, produktionsgesetzliche und sonstige Regelungen gehen noch von Voraussetzungen und Verhältnissen aus, die de facto heute durch die Schnellebigkeit, durch die technische Entwicklung, die Änderung der Marktsituation und durch die Umorientierung der Betriebe von der Selbstversorgung auf die Marktwirtschaft längst nicht mehr bestehen. All dies hat sich viel, viel schneller geändert als es in der Gesetzgebung seinen Niederschlag findet und es entstehen dadurch sehr groteske, kaum vertretbare Schwierigkeiten und Nachteile und Verzerrungen und es wirkt sich manches geradezu als unüberwindliche Bremse aus.

Hier nur zwei kurze Beispiele: Bekanntlich ist der größte Teil der landwirtschaftlichen Betriebe steuerlich pauschaliert. Wenn nun ein Landwirt seinen Betrieb den marktwirtschaftlichen Anforderungen entsprechend umstellt, z. B. von der Rinderhaltung abgeht, seine Wiesen umbricht und Mais baut und diesen Mais dem Geflügel oder sonstwie verfüttert, hat er nicht nur, wie bisher, den pauschalierten Steuersatz zu zahlen, sondern er muß darüber hinaus — geradezu für seine fortschrittliche Betriebsumstellung — nochmals eine Sonderbesteuerung auf sich nehmen, obwohl der Betrieb um kein Hektar größer geworden ist, nur wächst auf den Wiesen diesmal Mais und es befindet sich in den Ställen statt der Rinder von mir aus Geflügel. Ich glaube, das ist nicht sinnvoll. Weil ja die Umstellung in der Landwirtschaft nicht aus irgendwelchen spielerischen Überlegungen der einzelnen Betriebsführer herauskommt, sondern weil diese Umstellung in einzelnen Betrieben vom Markt, von seiner Majestät, dem Käufer, diktiert wird. Und für die Betriebsumstellung und die Anpassung an die neuen Konsumgewohnheiten kann man doch den Betriebsführer nicht bestrafen, dadurch, daß man ihn doppelt besteuert.

Oder wenn derselbe Betrieb glaubt, seine Einnahmen dadurch verbessern zu können, daß er statt normales Getreide oder Futtergetreide Saatgut erzeugt, dieses Saatgut verkauft, dafür Futtergetreide zurückkauft oder tauscht, muß er für die Veredelungsprodukte daraus, weil das gekaufte oder getauschte Futtermittel sind, gewerbliche Umsatzsteuer zahlen. Meine sehr Verehrten, man muß sich fragen, wo ist hier die Konsequenz, wie ist das zu vertreten?

Nicht anders ist es bei vielen Lebensmittel- und Futtermittel-Gesetzen, die nicht mehr den Ansprüchen der Entwicklung, der Schnellebigkeit usw. genügen. Ich möchte auf nähere Beispiele nicht eingehen.

Es ist sicherlich nicht schlechter Wille — das möchte ich auch feststellen — oder Nachlässigkeit der zuständigen Stellen, es hat eben die Umschichtung und Umstellung in der Landwirtschaft in kürzester Zeit eine so rasante Entwicklung genommen, daß eben, wie gesagt, die Gesetzgebung in manchen Dingen den de-facto-Zuständen der Entwicklung nachhinkt.

Der Vorschlag, hierfür ein Expertenteam zu nominieren, das sich ausschließlich mit der Frage zu befassen hat, wieweit alle einschlägigen gesetzlichen Regelungen der tatsächlichen Situation und

Entwicklung Rechnung tragen, hat vieles für sich und wäre eine dankenswerte Aufgabe für unsere Landwirtschaft.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Kürze noch einige Feststellungen zur steirischen Bauernkammerwahl. Die steirischen Bauernkammerwahlen waren nicht nur ein einmaliger Erfolg des Steirischen Bauernbundes (Abg. Zinkanell: „Ein trauriger Erfolg!“), haben doch 87,5% der Wähler diesem Bauernbund ihr Vertrauen geschenkt, sondern sie waren auch ein Beweis des Vertrauens an die steirische Landwirtschaftskammer, für ihre Arbeit, für ihre Tüchtigkeit und ihre bisherige Führung unter Präsident Wallner. Sie zeigten aber auch, meine sehr Verehrten, die politische Reife der steirischen Bauern, die erkannten, daß sie nicht so sehr durch die Quantität, also durch die Zahl — denn dieser Bevölkerungsanteil wird immer weniger — als vielmehr durch die Qualität, in diesem Sinne also durch die Einheit und Geschlossenheit ihre Probleme lösen können. Wenn dies bei den Bauernwahlen zum Ausdruck gekommen ist, dann möge das auch so verstanden werden. (Abg. Zinkanell: „Gegen die Bauern ist nichts zu sagen, aber gegen ihre Funktionäre, Herr Kollege Koller!“ — Abg. Stöffler: „Das werden immer Bauern sein!“ — Landesrat Wegart: „Die sind gewählt und nicht bestellt, Herr Kollege Zinkanell!“) Die steirische Bauernschaft hat damit eindeutig zum Ausdruck gebracht, was sie von den Lockrufen von links und rechts hält. Sie hat Gott sei Dank ein sehr feines Gefühl dafür, meine sehr Verehrten, was ehrlich gemeint und was politische Berechnung ist. Oder glaubt man wirklich, die steirischen Bauern könnten es nicht deuten, was es heißt, wenn man die Landwirtschaft auf der einen Seite mit politischen, nicht kostendeckenden Preisen in ein Subventions-System treibt, um sie darnach zu pragmatisierten Stützungsempfängern des Staates zu stempeln und ihnen dieses System dann in der Zeitung als Schildbürgerstreich vorzuhalten? (Dr. Pittermann: „Faulbett haben Sie geschrieben!“) Oder wenn man in der sozialistischen Presse Karikaturen über Bauern bringt, wie etwa jene, in der man einen Bauern faul neben seiner Kuh liegen sieht und dessen einzige Aufgabe darin besteht, am Euter die Milchkähne auf- und zuzudrehen und aufzupassen, daß die Kanne nicht überläuft und das Geld einzustecken, um dann in Flugblättern — zugegebenerweise anlässlich der Bauernkammerwahlen — allerdings sehr verschämt zu erklären, daß diese Karikaturen nicht „geistreich“ seien. Das wissen wir von Anfang an.

Man könnte über einen solchen Unsinn, meine sehr Verehrten, der die Milchgewinnung und damit die Arbeit unserer Bauern simplifiziert und nicht wahrhaben will, daß es Tausende von Bäuerinnen in diesem Land gibt, denen am Morgen die Hände noch geschwollen sind von der Melkarbeit des Abends, ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen, wenn damit nicht verheerende Folgen für die geistige Einstellung breiter Kreise zu Fragen der Landwirtschaft verbunden wären. Es gibt ohnedies in diesem Lande tausende Menschen, die sehr wenig Beziehung zum Nährstand, zur Landwirtschaft ha-

ben, die sich wenig Gedanken darüber machen, wie schwer oft das tägliche Brot von den einzelnen bäuerlichen Betrieben und Familien der Mutter Erde abgerungen wird, weil sie ja Gott sei Dank — und diese Feststellung möchte ich noch einmal treffen — von Brotsorgen in ihrem ganzen Leben nicht berührt waren und ohne weiteres auf die Frage, wo das tägliche Brot herkommt, antworten können „vom Bäcker“. Ich sage noch einmal: „Gott sei Dank“, verstehen Sie mich nicht falsch. Wir bekriteln diese Situation nicht, wir stellen sie nur fest. Wir dürfen uns aber dann nicht wundern, wenn z. B. für agrarische Probleme, ganz gleich welche, ob wegen der Milch oder sonst welche zur Debatte stehen, tausende Menschen und breiteste Kreise kein Verständnis haben. Denn es wird ja ohnedies manches heute nur sehr oberflächlich betrachtet. Wird doch die Vorstellungswelt dieser Menschen nicht unwesentlich von dem Geist, der aus solchen vorhin genannten Presseerzeugnissen spricht, beeinflusst. Das ist nämlich die Endkonsequenz, meine sehr Verehrten, einer solchen Geisteshaltung und wenn die Bauern ihrem Unmut darüber mit dem Stimmzettel Ausdruck verleihen, darf man sich nicht wundern.

Der Herr Landesrat Sebastian hätte hier sicherlich ein sehr breites Betätigungsfeld. Das, was er gestern oder vorgestern in der Generaldebatte zur Landwirtschaft gesagt hat, auch in die Praxis umzusetzen. Er und viele der Herren von Ihnen können Einfluß nehmen darauf, daß in jenen Gremien, die nicht in aller Öffentlichkeit verhandeln, auch jener Geist herrscht, der den gewaltigen Interessen der Landwirtschaft dient, wo über Lebensfragen der Landwirtschaft entschieden wird und von wo man manchenmal sehr seltsame Meinungen hört. Ich könnte Ihnen ein Beispiel sagen (Abg. Hleschitz: „Hören Sie auf mit Ihren Belehrungen, in Gewerkschaftskreisen haben wir mehr Verständnis für die Bauern, als Sie für Ihre eigenen Leute! So ein Blödsinn! Das ist doch ein Unsinn, so eine Belehrung zu halten!“), ein Beispiel, wo es um die Eier ging, Herr Abg. Zinkanell. Und zwar hat er vollkommen zollfreie Einfuhren gefordert und auf unsere Vorhaltungen hat er erklärt . . . (Die folgenden Worte sind wegen mehreren Zwischenrufen unverständlich.) Wir wissen sehr genau, daß nur der Vollbeschäftigte und in Arbeit Stehende, normal Verdienende letzten Endes der beste Garant dafür ist, daß wir Bauern unsere Produkte verkaufen können.

Die sozialistische Kritik an den steirischen Bauernkammerwahlen hätte sicherlich auch an Überzeugungskraft gewonnen, wenn sie auch auf das demokratische System des Arbeiterkammergesetzes und seiner Wahlordnung wenigstens ein bißchen hingewiesen hätte. Aber der Herr Sozialminister Proksch hat ja im Parlament vor einiger Zeit auf eine Anfrage erklärt, daß hier alles in Ordnung sei und er nicht daran denke, eine legislative Änderung herbeizuführen. In gleicher Weise hätte diese Kritik, meine sehr Verehrten, den Anstrich der Objektivität erhalten, wenn sie auch auf die Zustände in Kärnten hingewiesen hätte, das wohl eine sozialistische Landtags- und Regierungsmehrheit hat, wo aber nicht einmal die Bäuerinnen und die hauptberuflich in der Landwirtschaft tätigen Familienangehörigen das Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer

besitzen. (Abg. Zinkanell: „Aber gleich ist das Recht, Herr Kollege Koller, nicht unterschiedlich, einheitlich ist es, gerecht ist es. Dort dürfen beide wählen, da dürfen aber nur die Schwarzen wählen!“ — Landeshauptmann Krainer: „Dann hätten Ihr überhaupt keine Stimmen, wenn es so wäre!“) Warum — und diese Frage wirft sich auf — beseitigt man nicht dort, wo es in Ihrer Macht ist, dieses sogenannte „undemokratische“ System? Es gibt scheinbar nur eine Feststellung dafür: Daß überall dort, wo Sie die Macht und Möglichkeit haben, gesetzlich verankertes Unrecht und undemokratische Bestimmungen zu beseitigen Sie nichts oder sehr wenig dagegen unternehmen. Bei uns in der Steiermark aber wollen Sie, daß man auch — ich bitte zu entschuldigen, wenn ich jetzt etwas extrem mich ausdrücke — Pächtern von Schrebergärten und Besitzern von zwei Bienenstöcken oder Pensionisten oder was weiß ich wem noch alles das Recht zur Wahl geben müßte, damit die alle durch ihren Stimmzettel das Schicksal der bäuerlichen Berufsvertretung mitbestimmen können. (Abg. Zinkanell: „Das ist eine überflüssige Bemerkung!“ — Abg. Ileschitz: „10 ha sind bei Ihnen ein Schrebergarten?“)

Die Sozialisten haben nach den letzten Bauernkammerwahlen in Niederösterreich — ich glaube, das stimmt — und in der Steiermark den Verfassungsgerichtshof angerufen und dieser hat dann mit Erkenntnis vom Jänner 1960 den Kreis der Kammerwahlberechtigten neu abgegrenzt. Gerade diesem Erkenntnis, so meinen wir, ist es zuzuschreiben — und dieses Ereignis haben nicht wir ausgelöst —, daß eine Reihe von Personen nicht mehr das Wahlrecht haben, die es 1959 noch hatten. Auf Grund dieses vorgenannten Verfassungsgerichts-Erkenntnisses wurde am 4. Februar 1961 — die Damen und Herren werden sich erinnern — das Bauernkammergesetz neuerlich novelliert. In dieser Novelle wurden u. a. neuerlich der § 3 „Kammerzugehörigkeit“, der § 17 „Wahlberechtigung“ und der § 18 „Ausübung des Wahlrechtes“ geändert und auf Grund der Erlassung der Novelle und nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes in Wahrung des verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatzes mußte der Personenkreis der Kammerangehörigen, der Umlagepflichtigen und Wahlberechtigten übereinstimmen. Mit dem § 3 der Novelle ist auch genau festgelegt, wer der Kammer für Land- und Forstwirtschaft angehört. (Abg. Vinzenz Lackner: „Jetzt ist es zu spät, wenn das neu geregelt wird!“) Nach § 17 Abs. 1 der gleichen Novelle sind alle Kammerzugehörigen wahlberechtigt. (Abg. Ileschitz: „Uns brauchen Sie das nicht zu erzählen, den Wahlbehörden und den Wahlbeisitzern!“)

Meine sehr verehrten Herren, diese Novellierung des Bauernkammergesetzes wurde im Landtag einstimmig beschlossen, auch mit den Stimmen der sozialistischen Fraktion. Der Herr Kollege Edlinger hat in der damaligen Landtagssitzung — erinnern Sie sich —, als mit dem landwirtschaftlichen Berufsschulerhaltungsgesetz und dem Gesetz über die Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen auch die bewußte 4. Novelle zum Bauernkammergesetz beschlossen wurde, am Schluß seiner Rede folgendes wörtlich — aus dem stenogra-

phischen Protokoll entnommen — gesagt: „Ich bin überzeugt, auch im Sinne der übrigen Mitglieder des Landeskulturausschusses zu sprechen, wenn ich hier vor allem unserem Landesrat DDr. Schachner-Blazizek den Dank ausspreche, daß er bei allen diesen drei Gesetzen soviel Verständnis für unsere Belange aufgebracht hat, daß wir alle drei Gesetze erfolgreich abschließen konnten. So wurde es auch uns möglich, für diese Gesetze zu stimmen.“ (Abg. Zinkanell: „Das, was draußen passiert ist, das liegt aber außerhalb der Gesetze. Das ist das Wesentliche dabei!“) Was 1961 der Abg. Edlinger als Sprecher der sozialistischen Fraktion mit Dankesworten an seinen Landesrat als „erfolgreich“ bezeichnet hat, ist auf einmal für das „Steirische Landvolk“, dessen Sekretär und Sprecher laut Flugblatt in Landwirtschaftsfragen der Herr Abg. Zinkanell ist ganz anders. Es ist zu einem „gesetzlich — ich habe mitgeschrieben — statuierten Wahlunrecht, das angeblich den demokratischen Grundsätzen widerspricht, geworden“. Was ist jetzt richtig? Es wäre doch wünschenswert, daß die sozialistische Fraktion einmal diese Dinge unter sich abklärt. Oder gleicht man das immer nur der augenblicklichen Situation an? Auch in der Regierung wurden die Ausführungsverordnungen zu den Bauernkammerwahlen einstimmig beschlossen, soweit ich infomiert bin.

Durch diese Wahlgesetze, meine sehr verehrten Damen und Herren — und das möchte ich jetzt gegenüberstellen —, und zwar durch dieses einstimmig beschlossene und jetzt auf einmal als „undemokratisch“ gestempelte Bauernkammergesetz der Steiermark war es aber möglich, daß 172.596 Wahlberechtigte erfaßt und in die Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden. Diese Zahl deckt sich fast restlos mit der Zahl der Kammerzugehörigen bzw. der selbstständig Berufstätigen, die hiefür in Frage kommen.

Die Wählerverzeichnisse liegen bekanntlich acht Tage bei den Gemeindeämtern auf und jedermann hat die Möglichkeit und das Recht, Einsicht zu nehmen. In jeder Gemeinde ist selbstverständlich ein Wahllokal und jeder Wähler kann auf dem kürzesten Weg dort nach diesem Gesetz sein Wahlrecht ausüben. Rund 90% haben auch von diesem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Nach dem von Herrn Sozialminister Proksch genannten und in Ordnung befundenen Arbeiterkammerwahlgesetz — ich habe diese Zahlen, vielleicht stimmen sie nicht, Sie können mich berichtigen —, haben sich von den 1.342.000 kammerzugehörigen Arbeitern nur 48,5% und von den 606.000 Angestellten nur 45,1% an der Wahlentscheidung beteiligt. Ist das die Wahlmüdigkeit? Oder liegt der Grund für diese Diskrepanz, oder vielmehr in dem geradezu unmöglichen System der Arbeiterkammerwahlordnung? (Abg. Ileschitz: „Diese Verteidigungsrede halten Sie dann vor dem Oberstgericht!“) Schauen Sie, wenn man diese Dinge vergleicht, dann fällt es einem schwer, es als „undemokratisch“ zu empfinden, wenn nach einem Gesetz 90% der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausüben, wenn es andere Beispiele gibt, wo nicht einmal 50% am Wahlentscheid teilnehmen. Ich glaube nicht, daß Wahlmüdigkeit oder Desinteresse ausgerechnet dort die Ursache sind.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die steirische Bauernschaft hat auch diesmal mit ihrer politischen Entscheidung gezeigt, daß sie sich nichts vormachen läßt und einen gesunden Sinn für ein richtiges Urteil hat. Sie hat den steten Bemühungen ihrer Ständesvertretung um die Lösung agrarischer Probleme Anerkennung gezollt und die Saat der Zwietracht ist nicht aufgegangen. Das Band der Einigkeit und Geschlossenheit ist fester denn je.

Es gehört zu den vornehmsten Eigenschaften eines jeden echten Demokraten, demokratische Entscheidungen zur Kenntnis zu nehmen, und zwar auch dann, wenn sie eine sehr deutliche Absage nach der einen Richtung enthalten. (Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung. Sie wird um punkt 20 Uhr wieder aufgenommen.

Unterbrechung: 19.20 Uhr. Fortsetzung 20.05 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Abg. Gottfried Brandl: Hohes Haus! Wenn man bei der Behandlung der Gruppe 7 die Maßnahmen zur Sicherung des Wohnraumes und die soziale und wirtschaftliche Lage der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer beleuchtet, so kommt man zur Feststellung, daß noch ein sehr großes wirtschaftliches, soziales und auch kulturelles Gefälle von den Arbeitern der gewerblichen Wirtschaft zu den Land- und Forstarbeitern besteht. Die Maßnahmen zur Schaffung von Wohnraum für die Arbeitnehmer sind in keiner Berufssparte von so großer Bedeutung wie in der Land- und Forstwirtschaft. Das früher bestandene patriarchalische Verhältnis im Bauernhaus, in dem auch der Familienfremde aufgenommen war, kannte keine sozialen Fragen. Auch der familienfremde Arbeitnehmer wurde zum Hause gehörig betrachtet, hatte dort seine Unterkunft und auch seine Verpflegung. Das patriarchalische Verhältnis ist verschwunden. Es gibt nur mehr sehr wenige Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft in Steiermark, die noch mit dem Arbeitgeber in der Land- und Forstwirtschaft in Hausgemeinschaft leben. Daher ist gerade der Nachholbedarf an Wohnstätten für die Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft besonders groß. Sowohl das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als auch das Land Steiermark geben alljährlich größere Beträge aus für Maßnahmen zur Schaffung von Wohnraum für die Arbeitnehmer in der Erkenntnis, daß ein eigenes Heim die wirkungsvollste Maßnahme zur Erhaltung der Arbeitskräfte auf dem Lande, zur Erhaltung der Arbeitskräfte in der Betriebsstätte ist. Von den in den letzten fünf Jahren über die Steiermärkische Landarbeiterkammer geförderten 1554 Eigenheimen land- und forstwirtschaftlicher Arbeitnehmer sind 825 im Besitze von Forstarbeitern, 450 Eigentum von Landarbeitern und 279 im Besitze von Angestellten. Der Gesamtaufwand an Beihilfen des Bundes, des Landes und der Kammer für diese 1554 Eigenheime beträgt 18.414.990 S. Der Gesamtbetrag an Darlehen für die Errichtung dieser Eigenheime erreichte die Höhe von 13.069.000 S. Darüber hinaus wird von der Landes-Landwirtschaftskam-

mer der Bau von Dienstwohnungen und auch vom Landes-Wohnungs- und Siedlungsfonds die Errichtung von Eigenheimen für die land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer gefördert. Welche Erfolge durch diese erzielt wurden und welche landfluchthemmende Wirkung von dieser Förderung ausgeht, beweisen folgende Zahlen: Der Stand der versicherten Arbeiter bei der Landwirtschaftskrankenkasse betrug mit Stichtag 1. August 1959 34.453, mit Stichtag 1. August 1963 25.205, mithin ein Abgang in diesen fünf Jahren von 9248 Dienstnehmern oder 26,8%. Wenn man nur die Zahl der versicherten Landarbeiter nunmehr allein herauschält, so betrug dieser Stand mit 1. August 1959 24.799, mit 1. August 1963 16.021, also bei den Landarbeitern allein ein Abgang in fünf Jahren von 8778 oder 35,5%. Hingegen haben von den 1554 in den letzten fünf Jahren geförderten Eigenheimbesitzern, land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern, nur 27 ihre unselbstständige Erwerbstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft aufgegeben, das sind rund 3,3%. Daraus erkennt man, welche besondere Bedeutung der Eigenheimbauförderung land- und forstwirtschaftlicher Arbeitnehmer zukommt. Aus diesen Zahlen kann man auch unschwer feststellen, daß die beigesteuerten Mittel nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, nämlich der Selbsthaftmachung land- und forstwirtschaftlicher Arbeitnehmer, sind. Die sozialpolitische Lösung des Eigenheimbaues ist vor allem für die Landarbeiter unzureichend. Wir wissen, daß in der Bundesrepublik Deutschland für Maßnahmen des Wohnungsbaues land- und forstwirtschaftlicher Arbeitnehmer weit größere Beträge ausgegeben werden. Die Ermöglichung des Eigenheimbaues steht mit der Entwicklung des Lohnes der Arbeitnehmer in engem Zusammenhang. Die Entwicklung des Lohnes wieder steht mit der Preisgestaltung der Ernährungsgüter in enger Verbindung. Die Unterbewertung der landwirtschaftlichen Produktion ist wesentliche Ursache der schlechten Entlohnung. Trotzdem gestatten Sie mir, meine Herren aus dem bäuerlichen Kreis — ich muß vor allem hier meine Kollegen aus der ÖVP ansprechen —, einige Worte, denn auf der Gegenseite finde ich ja keine bäuerlichen Vertreter. Es soll aber nicht, Herr Landesrat Sebastian, vielleicht deshalb von mir diese Äußerung fallen, weil Sie mich vorgestern bei Ihrer Budgetrede apostrophiert haben und der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß die „beiden Brandl“, sowohl rechts als auch links, alles tun. (Landesrat Sebastian: „Aber in sehr positivem Sinne! Sind Sie deswegen böse, weil ich das gesagt habe?“) Alles tun, um den Arbeitnehmern zu helfen. Wir in der Österreichischen Volkspartei, das ist eben der große Unterschied, der Vereinigung aller Stände, haben die Möglichkeit, daß auch der Arbeitnehmer seine Meinung äußern kann, nicht nur hinter verschlossenen Türen, sondern auch hier vor dem offenen Haus. Deshalb werden auch meine Kollegen aus der ÖVP meine weiteren Ausführungen nicht übelnehmen. Der Grüne Bericht des Jahres 1963 weist nach, daß der Durchschnittsverdienst des Arbeiters in der Land- und Forstwirtschaft um 526 S monatlich tiefer liegt als der Durchschnittsverdienst der Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft. Die Landarbeiterschaft wird diese hohe Differenz nicht immer als eine ge-

gebene Tatsache hinnehmen, sondern wird die Lohnangleichung mit allem Nachdruck begehren. Sie weist auch darauf hin, daß die meisten europäischen Länder weit mehr bereit sind, von ihren Einnahmen viel größere Anteile für den Lohn auszugeben als Österreich. Und wenn heute schon von etlichen Vordrängern Vergleichszahlen benützt wurden, Vergleichszahlen mit anderen europäischen Staaten, so will ich mich diesen Vergleichszahlen anschließen. In Österreich wendet man für einen Landarbeiter-Stundenlohn inklusive aller sozialen Lasten und Sonderzahlungen im Wirtschaftsjahr 1962/63 4,22 kg Weizen auf, in Westdeutschland 5,78 kg, in den Niederlanden 7,71 kg Weizen, in Milch umgerechnet, wendet man für den Landarbeiter-Stundenlohn in Österreich 5,9 Liter Milch auf, in Westdeutschland 6,65 Liter, in den Niederlanden 8,85 Liter oder in Kilogramm Schlachtrindern ausgedrückt in Österreich 0,95 kg, in Westdeutschland 1,29 kg und in den Niederlanden 1,32 kg. Eine ähnliche Differenz ergibt sich auch bei der Umrechnung auf Kilogramm Schlachtschweine. Unter den europäischen Staaten Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Großbritannien, Dänemark, Schweiz, Schweden, steht die Aufwandsbereitschaft der österreichischen Landwirtschaft für die Landarbeiterlöhne an drittletzter Stelle. Diese Daten werden sowohl vom Landarbeiterkammertag als auch von der Zeitschrift „Das Landarbeiterarchiv“ und von der Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern wiedergegeben und stützen sich auf die Analysen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Diese Analyse besagt, daß der österreichische Landwirt nicht nur, wie dies die bisherigen Lohnvergleiche bereits zeigten, einen niedrigeren Schillingbetrag für seine Landarbeiter aufwendet, sondern auch, in Produkten ausgedrückt, gibt der österreichische Landwirt für seinen Landarbeiter weniger aus. Dabei verwendet der Lohnvergleich einen Landarbeiterstundenlohn von 10,54 S, der in den Jahren 1962/63 auf Grund von Kollektivverträgen in Österreich gar nicht erreicht wurde. Um so mehr ist es notwendig, daß die sozialen Preise unserer landwirtschaftlichen Produkte nachgezogen werden, um so den Landwirten die Möglichkeit zu geben, den Landarbeitern mehr zu zahlen. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Land- und Forstwirtschaft von Jahr zu Jahr zunimmt. Arbeitnehmer werden zu einem erheblichen Teil des Jahres außer Dienst und auf Arbeitslosengeldration gestellt. Dieselben Arbeitnehmer müssen durch diese Arbeitslosigkeit noch erhebliche Nachteile bei ihren Ansprüchen und Leistungen aus dem Dienstvertrag und aus der Sozialversicherung, insbesondere der Pensionsversicherung in Kauf nehmen. Wenn die Landwirtschaft ernstlich an einer Konsolidierung der Lage ihres Stammpersonals interessiert ist, wird sie sich entschließen müssen, ihren im Winter arbeitslos gestellten Mitarbeitern ähnliche Zuschüsse zu gewähren, wie dies bereits in Westdeutschland praktiziert wird. Nur dann kann ein Wirtschaftszweig Anspruch darauf erheben, daß seine Mitarbeiter zu Beginn der Arbeitsperiode im Frühjahr auch wieder zur Verfügung stehen. Wenn man weiter bedenkt,

daß die Landarbeit, soll sie erfolgreich und produktiv sein, ein umfangreiches Fachwissen erfordert, zu den schwersten Arbeiten zählt und darüber hinaus oft unter den ungünstigen Witterungsbedingungen und, was die Stallarbeit anlangt, auch am Samstag und Sonntag verrichtet werden muß, dann darf es nicht wundernehmen, wenn es am entsprechenden Nachwuchs fehlt. Auch darf man dann nicht erstaunt sein, wenn die Zahl der Landarbeiter von Jahr zu Jahr abnimmt und wenn die Förderungsmaßnahmen der Kammer, unterstützt von Bund und Land, nicht jenen Erfolg zeitigen, der zur Erhaltung der Arbeitskräfte wünschenswert wäre. Man darf auch nicht erstaunt sein, wenn jene Bauernkinder, die nicht als Hoferben in Frage kommen, nicht bereit sind, in der Landwirtschaft zu bleiben. Wenn sich die Stellung, die Lebens- und Berufsaussichten, die Arbeit des Landarbeiters und der Landarbeiterin nicht von Grund auf ändern, ist jeder Versuch, einen Stand von Landarbeitern aus qualifizierten Kräften ehemals bäuerlicher Herkunft mit hohem Berufsethos einerseits und aus vom landwirtschaftlichen Beruf begeisterten Kräften außerbäuerlicher Herkunft andererseits zu erhalten, vergebens. Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß die Weltbevölkerung in einem knappen Jahrhundert eine vorher nie gekannte Zunahme erfahren hat, die zunächst in Europa begann, aber bald alle Erdteile ergriff. Der Bevölkerungszuwachs in manchen Erdteilen, in manchen Völkern wird immer größer und größer, und das ganze Ernährungsproblem wird damit zu einer weltweiten Frage. Noch niemals hat die Ernährungswirtschaft, die ja doch auf der Landwirtschaft ruht, eine auch nur ähnliche Bedeutung gehabt. Was heute versagt, ist die Absatzlenkung bzw. die Abnahmekraft des größeren Teiles der Welt. Wenn wir daher in die Zukunft unserer Ernährungswirtschaft schauen, um damit die Zukunft des Landarbeiters zu testen, dann fehlt es gewiß nicht am Umfang der Aufgabenteilung und damit auch des Absatzes gesteigerter Erzeugung. Aus diesem Entwicklungsbild der Landwirtschaft für die Zukunft ergibt sich auch ein Mehrbedarf von qualifizierten und spezialisierten Landarbeitern. Die notwendige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch den wachsenden Ernährungsbedarf, die Steigerung der Produktivität und der Qualität, die umfassende Spezialisierung der Betriebe, der Generationswechsel im Familienbetrieb, der Wegfall der nachgeborenen Kinder nach dem 15. Lebensjahr in andere Berufe, der Mehrbedarf an Facharbeitern in Höfen nicht fachgebildeter Besitzer und die notwendige Arbeitserleichterung für die Bäuerin stehen als fremdarbeitskräftefordernde Erscheinungen zu Buch. Die Zukunftsaussichten des Landarbeiterstandes sind daher durchaus als aktiv zu bezeichnen, wenn auch keinesfalls auf der Höhe des Bedarfes etwa von 1950 mit einem Landarbeiterstand mit dem Charakter des Hilfsarbeiterstandes. Was für die Landarbeiter gilt, gilt auch für die Forstarbeiter in gleichem Maße, wenn auch die Entlohnungsverhältnisse für diese Standesgruppe wesentlich günstiger liegen. Auch die Arbeit in der Forstwirtschaft hat sich durch die technische Entwicklung stark geändert, und es ergeben sich auch für die Forstarbeiter neue Probleme für die Zukunft. Die stürmische Entwicklung der Land- und

Forstwirtschaft auf allen Teilgebieten, die Anpassung an den technischen Fortschritt machen die Bildungsfrage zu einem Problem ersten Ranges. Die Steigerung der Produktion kann nicht allein durch die Einstellung von Maschinen erreicht werden, sondern bedarf auch tüchtiger, geschulter Arbeitskräfte. Die gute Berufsausbildung gilt daher als ein Grundstein der Zukunft des Land- und Forstarbeiters. Wenn alle Berufsgruppen eine Vervollkommenung und Spezialisierung auch in Schulen und Heimen des Landes und der Interessenvertretung erfahren, so muß festgestellt werden, daß die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer in Steiermark noch sehr benachteiligt sind. Gerade jetzt, wo die Diskussionen über die Abänderung des Berufsausbildungsgesetzes abgeschlossen sind und eine Novelle zum Berufsausbildungsgesetz dem Parlament zur Behandlung vorgelegt wird; ist eine Ergänzung der Ausbildung und der Weiterbildung durch das Land, durch die Interessentenvertretung von besonderer Wichtigkeit und Notwendigkeit. Der Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes sieht vor eine Verkürzung der Ausbildungszeit durch Wegfall der Zwischenstufe Gehilfe, die Festlegung einer einheitlichen Lehrausbildungszeit von drei Jahren und weitere Bestimmungen, die im Laufe des Bestandes des Berufsausbildungsgesetzes abgeändert werden müßten. Ich richte in diesem Zusammenhang an die Landesregierung die Bitte, auch für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer in der Steiermark ein Heim für die Ausbildung zur Verfügung zu stellen, wo in Fortsetzung der schulischen Ausbildung und der praktischen Erfahrung eine Ergänzung vorgenommen werden kann. Und weil ich schon bei dieser Bitte bin, darf ich daran auch eine zweite Bitte knüpfen: Zur Gruppe 4 unseres Budgets wurde ein Antrag der ÖVP gestellt, der auch die Zustimmung der übrigen Parteien gefunden hat, und zwar lautet der: „Die Landesregierung möge die Bundesregierung auffordern, den § 192 des ASVG abzuändern, daß geringfügige Beschäftigungen nicht als Einkommen im Sinne der Ausgleichsbestimmungen gewertet werden mögen.“ Wir wissen aus Erfahrung, daß Arbeitnehmer nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienstverhältnis oftmals eine kleine, geringfügige Beschäftigung brauchen, um sich gesund zu erhalten und um nicht das Gefühl zu haben, in dem Wirtschaftsprozess keine Bedeutung mehr zu haben, ein unnützes Glied der menschlichen Gesellschaft zu sein. Und gerade in der Zeit der Konjunktur, wo es das Bestreben ist, alle Arbeitsmöglichkeiten auszuschöpfen, ist es besonders für unsere Landwirtschaft wichtig, auch diesen armen Leuten, die eine Rente beziehen, mit einer Ausgleichszulage eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben. Während die übrigen Pensionisten, die eine Rente in der Höhe des Richtsatzes oder darüber beziehen, eine zusätzliche Beschäftigung annehmen können und eine Kürzung ihrer Rente nicht erfolgt, ist der Ausgleichszulagenempfänger auch bei der geringfügigsten Beschäftigung der Gefahr der Kürzung seiner Rente bzw. der Ausgleichszulage ausgesetzt.

Und nun zum Schluß: Die Hebung des Bildungsniveaus und der sozialen Lage der Land- und Forstarbeiter ist die beste Vorbereitung auf einen vorgeesehenen wirtschaftlichen Zusammenschluß, und nicht

nur für die Land- und Forstwirtschaft, sondern auch für die Interessenvertretungen, für die freien und gesetzlichen Interessenvertretungen von ganz besonderer Bedeutung, weil die Sicherung der Ernährungslage die Grundlage für die Zukunft unseres gesamten Volkes ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

Abg. Hans Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn in dieser Gruppe unbestritten der Bedeutung des Fremdenverkehrs erhöhtes Augenmerk zugewendet wird, weil wir alle zusammen wissen, daß der Fremdenverkehr in unserem Lande von Jahr zu Jahr steigt und weil wir auch die positiven Auswirkungen dieses Fremdenverkehrs bis hinein in alle Wirtschaftszweige erkennen, so ist das vollkommen richtig. Die Schönheit unserer Berge und die Ruhe in unseren Wäldern tragen dazu bei, daß die Erholungssuchenden sowohl aus den Städten und Orten unseres Landes als auch aus dem Ausland gerne zu uns kommen. Aber auch die Seen in unserem Lande sind Brennpunkte landschaftlicher Schönheit. Und wenn wir auch hier in Steiermark nicht so viele Seen aufzuweisen haben wie beispielsweise die Länder Salzburg, Kärnten und Oberösterreich, so müssen wir doch feststellen, daß sich auch an unseren Seen im Sommer im wesentlichen ein Badebetrieb abspielt. Und hier ist für uns die grundsätzliche Frage die, welche Entwicklung wir auf diesem Gebiet gehen, ob wir der Auffassung sind, daß zu unseren Seeufern alle Zugang haben sollen oder ob wir die Meinung vertreten, daß diese Seeufer nur von wenigen benützt werden sollen und nur wenige von den Schönheiten dieser Landschaft Besitz ergreifen können. Es ist sehr interessant, in diesem Zusammenhang, sehr geehrte Damen und Herren, eine Studie der Arbeiterkammer hier darzulegen, die sich mit den Verhältnissen in Salzburg befaßt hat. In Salzburg hat man festgestellt, daß insgesamt an den Salzburger Seen 92 km Uferlänge zu verzeichnen sind. Von diesen 92 km sind 28 km unzugänglich, zugänglich sind also 64 km. Und hier das Entscheidende, was ich zum Ausdruck bringen möchte: Von diesen 64 km zugänglichen Seeufern sind nur 18 km frei zugänglich. Alles andere ist abgesperrt und mit Tafeln der Zugang für die Privaten und für die Badenden selbstverständlich verwehrt. Ich kenne nun die Situation in Steiermark nicht so genau. Es ist keine entsprechende Studie darüber angestellt worden. Aber ich kann mir durchwegs vorstellen, daß wir auch hier in Steiermark eine ähnliche Situation haben (Abg. Scheer: „Nein, das ist nicht wahr!“) und daß es unsere Aufgabe ist, hier entsprechend vorzubauen, daß also Maßnahmen notwendig wären auch auf der gesetzlichen Ebene, um entsprechend Vorsorge zu treffen. Ich habe mir daher erlaubt, in den Beratungen des Finanzausschusses einen Antrag einzubringen, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, dem Hohen Landtag ehestens den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Seeufer gegen eine die Interessen des Fremdenverkehrs und des Naturschutzes gefährdende Verbauung vorzulegen. Wir sind der Meinung, daß die Erholungs-

möglichkeit der Bevölkerung und auch die Erholungsmöglichkeit unserer Gäste aus dem Ausland selbstverständlich entsprechend berücksichtigt werden muß.

Ich darf Ihnen dafür ein praktisches Beispiel aus der Obersteiermark anführen, aus dem Erlaufsee, der bei Mariazell liegt. Es ist hier ein Glück für den Erlaufsee, daß die nördliche und eigentlich unzugängliche Hälfte im Besitze der Österreichischen Bundesforste ist und daß aus diesen Gründen heraus kein Abverkauf einzelner kleiner Parzellen bis an das Seeufer herangehend erfolgt ist, sondern daß die Österreichischen Bundesforste die gesamte Fläche dem Badebetrieb zur Verfügung gestellt haben. Ich sage dies deshalb mit aller Deutlichkeit, weil wir nur über die Landesgrenze, die mitten durch den Erlaufsee geht, blicken können und wir auf der anderen Seite, auf der niederösterreichischen Seite, nichts anderes als Verbotstafeln sehen und keinerlei Möglichkeit, dort besteht für die Fremden und auch für die einheimische Bevölkerung von Mariazell, irgendwelche Bademöglichkeiten zu nutzen und weil wir am Erlaufsee feststellen müssen, daß von Jahr zu Jahr ein enormes Ansteigen der Badegäste zu verzeichnen ist, sich daraus auch die Verpflichtung ergibt, daß die zuständige Gemeinde entsprechende Anstrengungen unternimmt und sich zum Ziel gesetzt hat, daß im Laufe der nächsten drei Jahre ein Erholungszentrum am Erlaufsee für dieses so wichtige Fremdenverkehrsgebiet mit einem Projekt von insgesamt 500.000 Schilling ausgebaut wird. Selbstverständlich kann eine kleine Gemeinde ein solches Projekt nicht allein bewältigen, sondern bedarf der großen Unterstützung des Landes, und ich freue mich, daß in diesem Budget erstmalig die erste Rate für den Ausbau dieses Erholungszentrums eingesetzt ist. Wir sehen also daraus, daß durch eine fruchtbare Zusammenarbeit der Gemeinde und des Landes gerade auf dem so wichtigen Gebiet des Fremdenverkehrs sehr vieles getan werden kann.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einem anderen Thema: Für einen sozialistischen Abgeordneten ist es auf Grund der Erfahrungen der letzten Zeit nicht ganz leicht, sich mit grundsätzlichen Fragen oder auch vielleicht mit Detailfragen aus der Land- und Forstwirtschaft zu befassen. (Abg. Stöffler: „Hängt das mit dem Olah zusammen?“) Verwendet er zur Untermauerung seiner Argumente Zahlen oder Texte oder einzelne Beweise aus der „Bibel des Landwirtschaftsministeriums“ — so möchte ich das bezeichnen —, aus dem „Grünen Bericht“, so wird er meistens als Phantast bezeichnet oder es wird versucht, ihn lautstark zu übertönen. Erlaubt er sich Anregungen oder Vorschläge zu Maßnahmen, zu Verbesserungen der land- und forstwirtschaftlichen Struktur oder anderer Probleme, die hier hineingreifen, zu machen, so wird dies in der Regel als undurchführbar bezeichnet und statt sachlicher Erwiderungen gibt es meist andere Behauptungen.

Ich möchte aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz dieses Zustandes es wagen, wiederum über ein Detailproblem in der Land- und Forstwirtschaft, und zwar über sehr aktuelle Fragen der Land- und Forstarbeiter zu sprechen. Ich spreche vor

allem deshalb darüber, weil ich diesem Berufsstand angehöre und weil ich in weiterer Folge der Meinung bin, daß das Land Steiermark sehr viel auf dem Gebiet beitragen kann, die Verhältnisse dieser für uns so wichtigen Berufsgruppe entscheidend zu ändern und entscheidend zu verbessern.

Im Vordergrund meiner Betrachtungen stehen so wie immer die Löhne. Wir haben darüber wiederholt gesprochen. Und wenn wir darüber reden, dann müssen wir diesen Vergleich nach zwei Richtungen anstellen. Erstens daß wir vergleichen mit anderen Berufsgruppen, Industrie und Gewerbe, und weiterhin müssen wir vergleichen mit anderen Ländern. Von meinem Vorredner wurde bereits die Differenz aufgezeigt, die zwischen den Löhnen der Beschäftigten in Gewerbe und Industrie und den Löhnen der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft aufscheint. Am katastrophalsten ist hier die Situation bei den Löhnen der Landarbeiter in den bäuerlichen Betrieben. Und ich habe in einer der letzten Landtagssitzungen aufgezeigt, wie die Stundenlöhne bei den Landarbeitern in den bäuerlichen Betrieben aussehen. Und ich habe mitgeteilt, daß der Stundenlohn in Steiermark 5.26 S für den Hof-, Feld- und Gartenarbeiter beträgt. Daß der Stundenlohn für einen Traktorführer 6 S beträgt, und das alles unter Berücksichtigung der Kollektivverträge, das alles unter Berücksichtigung der Arbeitszeit, der im Kollektivvertrag vorgesehenen Arbeitszeit, das alles unter Berücksichtigung der freien Station. (Abg. Scherer: „Es zahlt doch kein Mensch nach dem Kollektivvertrag! Ich kann Ihnen jederzeit einen Rucksack voll bringen, die nicht nach dem Kollektivvertrag ausbezahlen. Es ist ja ganz klar. Welcher Bauarbeiter oder Landarbeiter wird denn heute noch nach dem Kollektivvertrag bezahlt? Das sind ja fiktive Zahlen, die Sie da bringen!“)

Meine Damen und Herren, ich muß jetzt wieder zur Kenntnis nehmen, daß es hier in diesem Hause sehr unterschiedliche Auffassungen gibt. (Abg. Scherer: „Natürlich.“) Daß man also der Bibel des Landwirtschaftsministeriums, dem Grünen Bericht, keinen Glauben schenkt und daß man der Auffassung ist, die Löhne in der Land- und Forstwirtschaft, die Löhne in den bäuerlichen Betrieben, wären in der Steiermark wesentlich besser. (Abg. Scherer: „Keine Berufsgruppe zahlt wirklich nach dem Kollektivvertrag, auch das Gastgewerbe nicht! Das ist doch eine Milchmädchenrechnung, die Sie uns da vorlegen!“) Und ich habe noch in Erinnerung — ich glaube, der Herr Abg. Pabst war es —, der mitgeteilt hat, daß Löhne bei 2000 S (Abg. Pabst: „Bis zu 2000 S!“) herum für die Landarbeiter in den bäuerlichen Betrieben bezahlt werden. Und ich nehme an, daß der Herr Abg. Pabst aus seiner Erfahrung heraus gesprochen hat. Ich nehme auch an, daß der Herr Abg. Pabst selbst einen Landarbeiter hat. Und ich stelle in diesem Zusammenhang, Herr Abgeordneter die Frage, was Sie Ihrem Landarbeiter bezahlen? Wie hoch Sie Ihren Landarbeiter in der Sozialversicherung anmelden? Erst, wenn Sie mir diese Fragen beantwortet haben, dann nehme ich zur Kenntnis, daß die Löhne wirklich höher sind. Ich habe aus diesen Ursachen heraus mir auch erlaubt, im Finanzausschuß die Anregung zu machen, einen Antrag einzubringen, um sich endlich Klarheit zu

verschaffen, um endlich festzustellen, wie hoch die Löhne nun wirklich in der Land- und Forstwirtschaft sind. Wir haben die Sozialversicherung, wir haben die Löhne, die dort gemeldet werden und wir werden auf Grund dieser Erhebungen dann durch den Steiermärkischen Landtag erfahren, ob tatsächlich das stimmt, was im Grünen Bericht steht oder ob die Zwischenrufe aus der Reihe der Agrarabgeordneten richtig oder falsch gewesen sind.

Und wenn wir unsere Vergleiche zu den Löhnen in anderen Bundesländern anstellen, und diese Vergleiche müssen wir anstellen, weil wir andererseits auch immer wieder versuchen infolge der Bemühungen, infolge der Bestrebungen in diesem größeren Wirtschaftsraum auch die Preise der landwirtschaftlichen Produkte einer Untersuchung zu unterziehen und daher selbstverständlich auch auf dem Lohnsektor wissen wollen, wie die Verhältnisse ausschauen. Und auch hier gibt es sehr große Unterschiede. Es wird ausgewiesen, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Lohn eines Landarbeiters 13.33 S beträgt, daß in Dänemark der Stundenlohn eines Landarbeiters 17.49 S beträgt, in Norwegen 18.14 S, in der Schweiz 16.90 S und in Schweden am höchsten ist mit 25.29 S. (Abg. Ritzinger: „Dafür ist dort alles dreimal so teuer, das kann ich Ihnen auch sagen.“) Es sind auch diese Überlegungen angestellt worden und es ist auch versucht worden, eine Verbindung herzustellen im Vergleich zu den landwirtschaftlichen Produkten. (Landesrat Weggart: „Schweden ist geschmalzen teuer!“) Wenn man all diese berücksichtigt, dann muß man zur Feststellung kommen, daß die Löhne der Landarbeiter in Österreich und somit auch in Steiermark sehr, sehr weit zurückliegen. (Abg. Ritzinger: „Das sind keine Vergleiche!“)

Auch noch ein kurzes Wort zu den Förderungsmiteln. Von meinem Vorredner ist zum Ausdruck gebracht worden — und das unterstreiche ich vollinhaltlich —, daß die Förderungsmaßnahmen für die Land- und Forstarbeiter absolut notwendig sind. Daß es unbedingt wichtig und notwendig ist, gerade auf dem Sektor des Eigenheimbaues für diese Berufsgruppe mehr zu tun. Aber es stimmt bedenklich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn nun aus der Gesamterhöhung der Mittel für den Grünen Plan für das Jahr 1965, wo insgesamt eine Erhöhung von rund 24% stattgefunden hat, für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft diese Erhöhung nur 8% beträgt. Dann muß man zur Feststellung gelangen, daß in Wirklichkeit in den Reihen der Agrarier, in den Reihen der Österreichischen Volkspartei dieser Berufsgruppe . . . (Landesrat Pelzmann: „Von der Lohnverrechnung verstehen wir auch was!“ — Weitere Zwischenrufe.)

Ich habe mir auch erlaubt, hier einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Präsident: Herr Redner, ich bitte, einen Moment zuzuhören. Es ist der Beschluß der Obmänner, die Tagesordnung womöglich noch heute zu erledigen. Ich bitte daher alle Redner, ohne einen Antrag auf Beschränkung der Redezeit zu initiieren, sich möglichst kurz halten, bitte aber andererseits auch die übrigen Mitglieder des Hohen Hauses, möglichst

wenig zu unterbrechen, da das die Redezeit auf das Doppelte verlängert.

Abg. H. Brandl: Herr Präsident, ich werde mich nach Ihren Anordnungen richten.

Ich habe auch hier einen Antrag eingebracht, daß die Mittel für den Wohnbau für die Land- und Forstarbeiter in Steiermark noch in diesem Jahr oder im kommenden Jahr 1965, aber auch für 1966 bedeutend verbessert werden sollen.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einem weiteren Problem. Ich bin davon überzeugt, daß es ein „heißes Eisen“ ist und es betrifft die Landarbeiterkammerwahlen 1963. Das gleiche geheime und persönliche Wahlrecht ist die Grundlage und das Fundament unserer demokratischen Ordnung. Ich glaube, hier werden Sie mir alle zustimmen. (Abg. DDr. Hueber: „Ja, da hat er recht!“) Wer an diesen Grundlagen rüttelt, der setzt sich über Recht und Verfassung hinweg. Und wenn eine Partei unter Mißachtung dieser Grundsätze aus rein parteipolitischen oder rein parteistategischen Überlegungen Recht und Gesetz umgeht oder bricht, so darf sie sich nicht wundern, wenn Anklage erhoben wird. In den Auseinandersetzungen um die Landarbeiterkammergesetznovelle 1963 habe ich hier im Hohen Haus am 1. Juli vergangenen Jahres alle Bedenken aufgezeigt, die sich für die Sozialisten zu den einzelnen Gesetzesstellen ergeben, die Anlaß zu Wahlschwindelei sein könnten. Ich habe aber auch auf die Einstellung der Österreichischen Volkspartei hingewiesen, die voraussichtlich auch ohne uns noch schlechtere und bedenklichere Bestimmungen zum Wahlrecht der Land- und Forstarbeiter beschlossen hätte. Meine Befürchtungen, und das muß ich heute aussprechen, wurden durch die von der Österreichischen Volkspartei organisierten Rechtswidrigkeiten, und das sage ich mit aller Betonung, bei der Wahl selbst noch weit übertroffen. In der vorjährigen Budgetdebatte habe ich darauf sehr ausführlich verwiesen. Es war eine umfangreiche und äußerst schwierige Aufgabe, alle Unterlagen zu sammeln und somit die Klage beim Verfassungsgerichtshof einzubringen. In einem Verfahren, das zweifellos zu den kompliziertesten im Vergleich zu anderen Klagen gehört, in dem beispielsweise rund 600 kg Wahlakten von Graz nach Wien zur Sichtung übermittelt werden mußten, hat nunmehr der Verfassungsgerichtshof am 14. Oktober 1964 eindeutig zu Recht erkannt. (Abg. Gottfried Brandl: „Aber nicht aus den Gründen, die Sie angegeben haben!“) Ich werde Ihnen auch die Gründe sagen, meine Herren. Ich muß sie Ihnen sagen, weil ich der Meinung und Überzeugung bin, daß in den Reihen der Österreichischen Volkspartei keine Klarheit über diese Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes besteht. Der Verfassungsgerichtshof hat diese Wahl aufgehoben:

1. Weil der § 19 des Landarbeiterkammergesetzes verfassungswidrig ist. Er hat diese Wahl aufgehoben, weil 2. die Aufnahme von nicht wahlberechtigten Personen dazu geführt hat, daß die Wählerverzeichnisse — wörtlich, so wie der Verfassungsgerichtshof schreibt, rechtswidrig angelegt waren und daher die Wahl, beginnend von ihrer Ausschreibung

an, aufzuheben war; Er hat diese Wahl aufgehoben, weil 3. durch die Verwendung von durchsichtigen Wahlkuverts die Geheimhaltung der Wahl verletzt wurde und der Wahlanfechtung stattzugeben war. Und er hat 4. vor allem die Wahl aufgehoben, weil ein Einsammeln der Wahlkuverts durch die Bürgermeister unzulässig ist und ebenfalls zur Gesetzeswidrigkeit der Wahl führt. Und dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, sehr geehrte Damen und Herren, ist für uns Sozialisten das Ergebnis unserer langjährigen Auffassung. (Abg. Scheer: „Eine sehr durchsichtige Wahl!“) Für die Österreichische Volkspartei ist dieses Urteil hoffentlich eine Lehre. (Abg. Brandl: „Im Gegenteil, das sind Ausflüchte Ihrerseits!“) Hier helfen keine Ausflüchte und keine Erklärungen, die nur Randprobleme berühren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier gibt es nur eines, einen neuen Boden auf dem Fundamente des Rechtes zu legen. Für den Steiermärkischen Landtag ergibt sich daraus der zwingende Schluß, daß das Landarbeiterkammergesetz (Landeshauptmann Krainer: „Sie haben aber mitgestimmt!“ — Abg. Pölzl: „Auch beim § 19!“) und die dazugehörige Landarbeiterkammerwahlordnung auf einer neuen Grundlage erstellt werden müssen. Es wird wiederum auf die Österreichische Volkspartei ankommen, ob sie nun endlich bereit ist, den Land- und Forstarbeitern ein Wahlrecht für ihre Interessenvertretung zu gewähren, wobei jeder Wahlberechtigte frei und echt mit seiner Stimme an der Gestaltung seiner Interessenvertretung mitwirken kann oder ob wiederum durch Wahlbeeinflussung und Wahlschwindel eine künstliche Mehrheit aufrechterhalten wird. Herr Präsident, ich habe mich an Ihre Wünsche gehalten. (Abg. Dr. Pittnermann: „Die Entscheidungen unserer Obersten Gerichtshöfe werden von Ihnen nur dann zur Kenntnis genommen, wenn es Ihnen paßt!“) Ich darf also, sehr geehrte Damen und Herren, von dieser Stelle aus im Namen der Sozialisten, die immer und überall um das Vertrauen der Wähler echt ringen und sich nicht durch Wahlmanipulationen stärker zu machen versuchen (Abg. Pölzl: „Werden Sie nicht rot, wenn Sie das sagen?“), daß nach unserer Meinung eine grundlegende Änderung des Landarbeiterkammergesetzes und der Landarbeiterkammerwahlordnung eine Voraussetzung dafür ist, jedem Land- und Forstarbeiter das freie, geheime und persönliche Wahlrecht zu sichern. Ein neuer Landtag wird voraussichtlich darüber zu bestimmen haben, ein neuer Landtag, dessen Beratungen nicht nur in einem neu gestalteten Sitzungssaal, sondern auch im echten Geiste demokratischer und toleranter Gesinnung geführt werden sollen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Präsident Dr. Stephan, ich erteile es ihm.

3. Prä. Dr. Stephan: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich glaube, mir als freiheitlicher Abgeordneter nichts zu vergeben, wenn ich die Reden, die hier gehalten wurden, in ihrer Bedeutung zusammenfassend dahin kommentiere, daß ich sage, der Kollege Karl Lackner von der Österreichischen Volkspartei hat goldene Worte für den Bauernstand gefunden und sie auch in der Art ausgedrückt, wie

sie ein Bauer eben sagen muß. Ich mute mir selbst nicht zu, das in dieser Art sagen zu können. Nicht dem Proporz zuliebe, sondern der Gerechtigkeit halber muß ich aber dabei feststellen, daß auch die Ausführungen des Kollegen Zinkanell sicherlich zum Großteil ihre Berechtigung hatten und daß es nur sehr gut war, daß man das eine oder andere davon hier auf die Tagesordnung setzte und aufs Tapet brachte. Ich wollte mit diesen einleitenden Worten nur eines sagen: Ich kann mir im Interesse der Zeitersparnis, ohne meiner Fraktion etwas zu vergeben, viele Dinge ersparen, die ich in meinem Konzept eigentlich aufgezeichnet hatte. Im Zusammenhang mit dem Bauernstand aber, den von meiner Fraktion zu vertreten ich nun schon seit einigen Jahren die Ehre habe, möchte ich doch noch eines anfügen: Der Kollege Abg. Leitner wird es mir bestimmt nicht übelnehmen, wenn ich ihm versichere, daß die steirischen Bauern zwar keine Kommunisten, aber volksbewußt sind. Ich glaube, daß ein besonderer Wert unserer Landbevölkerung, unserer Bauernschaft, insbesondere auch der Berg- und Gebirgsbauern, darin liegt, daß sie die Grundlage der Erhaltung des deutschen Volkstums in der Steiermark sind. Ich sage das bewußt, um endlich einmal, und wenn sie wollen, Kollege Leitner, auch unter Verzicht auf meine Immunität, festzustellen, daß es kein Verbrechen ist, wenn ein Steirer behauptet, daß er dem deutschen Volke angehört. (Abg. Leitner: „Wir sind Österreicher.“) Dem Staate nach sicher, dem Volke nach bin ich ein Deutscher. Sie können von mir aus ein „Krawat“ sein. Es ist bezeichnend, daß in diesem Zusammenhang laufend, und hier muß ich auf ein Versäumnis zurückkommen, das ich bei der Gruppe 0 gemacht habe, daß in Österreich leider auch von sonst wirklich staats-, volks- und traditionsbewußten Österreichern Fehler begangen werden, die nicht wieder gutzumachen sind. Die Nichtzulassung der Alpenvereinsjugend in den Bundesjugendring gehört dazu. Ich darf Ihnen dazu noch sagen: Wir Freiheitlichen glauben, daß die Bauern mit all den Verdiensten, die heute hier zur Genüge geschildert wurden, als Hort der Freiheit, als Hort des Eigentumsbegriffes und als Hort des Volkstums ihren Wert in unserem Lande haben.

Ich danke dem Kollegen Neumann, daß er es mir erspart, über die Bauernfeindlichkeit der EWG das zu sagen, was ich mir hier aufgezeichnet habe. Er hat glaubhaft gemacht, daß der österreichische Bergbauer bei den derzeitigen Verhältnissen nicht gefährdet erscheint.

Nun muß ich auf einen anderen Gegenstand zu sprechen kommen. Es ist in diesem Hause seit Jahren und auch bei dieser Budget-Debatte schon einmal von der Bauern-Krankenversicherung die Rede gewesen. Es hat in unserem Lande, wie Sie wissen, auch eine diesbezügliche Abstimmung stattgefunden, die eigentlich im großen und ganzen mit großer Mehrheit gegen die Bauernkrankenversicherung ausgefallen ist. Ich darf sagen, daß auch wir innerhalb unserer Partei die Anhänger befragt haben und dabei zu einer mehrheitlichen Auffassung gegen die Bauernkrankenversicherung gekommen sind. Ich habe gestern oder vorgestern schon einmal erwähnt, daß ich bei meinen Ausführungen im vergangenen Jahr einmal gesagt habe, man möge

doch — und hier gehe ich parallel mit dem Herrn Abg. DDr. Stepantschitz — die Reform der übrigen Krankenversicherungen abwarten, um auf einem reformierten Krankenversicherungswesen 'meinetwegen unter Zustimmung der Bauernschaft dann eine Krankenversicherung der Bauernschaft aufzuziehen. Es wäre außerdem nach unserem Dafürhalten — und auch das wurde angeregt — vorerst mit einer sogenannten Katastrophenversicherung sicherlich das Auslangen zu finden gewesen und man hätte auf dem Fundament dieser Katastrophenversicherung weiterbauen können, wenn man es für notwendig gehalten hätte. Nun, wir werden den Lauf der Dinge voraussichtlich nicht aufhalten, wir werden aber wahrscheinlich — wenn nicht, so soll es mich freuen — die Erfahrungen machen, die ich ebenfalls im vergangenen und vorvergangenen Jahr angekündigt habe, nämlich, daß wir am Lande keine Ärzte haben werden und daß die ärztliche Versorgung gerade in den weiter entlegenen Gebirgstälern sehr zu wünschen übriglassen wird. Es wird also damit wahrscheinlich nicht ganz das erzielt werden, was man damit zu erzielen hofft. Es mag auch sein, daß von Gegend zu Gegend, von Land zu Land die Dinge verschieden liegen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß man in der Oststeiermark weit eher einer Krankenversicherung zustimmt als in der Obersteiermark — das werden Sie in Ihren Fraktionen wahrscheinlich auch festgestellt haben —, und das ist irgendwie auch erklärlich. Die Massierung in den Flachlandgebieten würde so eine Einführung eher rechtfertigen als die Streulage in den Gebirgstälern. Nun genug davon. Wir werden also abwarten müssen, was uns die Erfahrung lehrt.

Ich muß nun, ganz kurz, um mich nicht zu lange zu verbreitern, noch auf ein unangenehmes Kapitel zu sprechen kommen und befinde mich hier in der angenehmen Lage, objektiv sein zu können. Es gab in den letzten Monaten und Jahren a) Arbeiterkammerwahlen, b) Landarbeiterkammerwahlen und c) Bauernkammerwahlen. Vice versa hat man sich hier in diesem Hause allerhand in dieser Beziehung vorgeworfen. (Abg. Leitner: „Die Olah-Millionen auch!“) Ich habe objektiv sein wollen — das möchte ich feststellen — und ich könnte viele Namen nennen, wenn es gewünscht wird, tu ichs auch, daß, um bei a) zu bleiben, bei der Arbeiterkammerwahl viel Mist gemacht wurde. Ich kann Ihnen einen Gewerbebetrieb nennen, der mit eingeschriebenem Brief selbst diese Anmeldungen an die entsprechende Stelle geschickt hat, das Rezept noch bei sich hat, wie aber seine Leute zur Wahl gekommen sind — die Einschau in die Wählerliste hätte 60 km von dort stattfinden müssen —, nach 12 km Anfahrt zur Wahl, da war kein einziger auf der Wählerliste. Das eine Beispiel für alle.

Die Landarbeiterkammerwahlen sind aufgehoben. Hier ist dem Recht Recht geschehen und damit Punkt.

Bei den Bauernkammerwahlen könnte ich die Liste des Herrn Abg. Zinkanell um einige weitere Fälle bereichern. Ich tue das aber nicht, um den Unfrieden nicht hier ins Hohe Haus zu tragen, und möchte nur, weil einer da sitzt, noch dazu ein enger Landsmann von mir, und daß es nicht heißt, ich griffe jemanden an, der nicht anwesend sei — weil

er momentan nicht im Saal ist —, nämlich meinen eigenen Bezirksbauernkammer-Obmann Lafer, daran erinnern, daß er unserem Nationalrat Meisel auf die Bitte — das war zumindest außerordentlich unkollegial — ihn doch die Liste der Kammerangehörigen ausheben zu lassen, gesagt hat: „Nein“. (Abg. Koller: „Der Meisel ist ja kein Bauer!“) Und dann hat er gefragt, wozu brauchen Sie sie denn? Und der Meisel hat gesagt „für die Wahl“, und dann hat der Lafer gesagt, „jetzt erst recht nicht“. Ich glaube, das ist zwar nicht klagbar, aber es ist undemokratisch. Und mehr wollte ich damit nicht sagen. Daß ein Bürgermeister irgendwo anders, in Dürnstein bei Neumarkt, bei Leuten, die am Wahltag nach München gefahren sind, schon zwei Tage vorher die Zettel abgesammelt hat und dabei ein paar mit erwischt hat, die gar keine Bauern waren, das sei nur so nebenbei bemerkt. Ich muß dazu sagen und erweitere mich auch auf die Handelskammer, ich bitte Sie um alles in der Welt, im Sinne einer gedeihlichen Zusammenarbeit im demokratischen Sinn, versuchen Sie doch, alle Kammerwahlgesetze auf demokratischer Basis von unten an zu erneuern; werfen Sie sich nicht auf der einen Seite das Bauernkammerwahlgesetz vor und auf der anderen Seite das Arbeiterkammerwahlgesetz und auf der dritten das Handelskammerwahlgesetz, sondern setzen wir uns zusammen und schauen wir, daß alle diese Wahlgesetze die Basis finden, die einer österreichischen Demokratie würdig ist. (Abg. Leitner: „Und Ihre Partei soll sich nicht kaufen lassen! Das gehört auch zur Demokratie!“ — Landeshauptmann Krainer: „Die anderen sollen nicht bestechen!“)

Ich habe hier noch zwei ganz kleine Anregungen gar nicht feindlicher Natur. Ich lebe nämlich in einer Gegend der Steiermark, in der neuerdings begrüßenswerterweise der Mais-Anbau große Fortschritte macht und sicherlich sehr geeignet ist, eine bessere Grundlage für die Landwirtschaften zu bieten. Ich habe nur die Bitte, und hier nicht als Abgeordneter, sondern als Landwirt: Bitte, wenn es nicht schon geschehen ist, was durchaus möglich ist, seien Sie so gut, soweit Sie Fachleute sind, beobachten Sie das Bodenbakterienleben, das sich auf Grund dieser Spritzmittel weiterentwickelt. Es könnte sein, daß man damit zwar vorderhand auf einige Jahre Erfolg hat, aber sich auf ein Jahrzehnt oder mehr einen Mißerfolg einheimst. Es wird daher wohl notwendig sein, das wenigstens zu beobachten. (Abg. Buchberger: „Das tun wir ja, Herr Präsident.“) Ferner habe ich, angeregt durch die Ausführungen des Bürgermeisters Stöffler zum Milchpreis merkwürdigerweise eine Feststellung zu machen. Er hat von der Subjektförderung der Wohnungen gesprochen. Wir haben seit Jahrzehnten von der Subjektförderung — jetzt im übertragenen Sinne — des Milchpreises gesprochen. Lassen Sie den Bauern den Gestehtungspreis der Milch einnehmen und geben Sie denen, die viel Milch brauchen und wenig Geld haben, mehr zum Einkauf dieser Milch, das sind

- a) die kleinkinderreichen Familien und
- b) die Rentner.

Es bleibt dabei viel Geld erspart. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ing. K o c h das Wort.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben bereits in der Gruppe 2 erwähnt, daß die Industrie Milliardenbeträge benötigen wird, um alle Rationalisierungsmaßnahmen, Umstellungen, Umorientierungen, Investitionen durchzuführen. Wir haben auch gehört, daß in der Industrie etwa 97.315 Menschen beschäftigt sind und in der gewerblichen Wirtschaft 124.922 im Lande Steiermark. Wir in der gewerblichen Wirtschaft haben alle Ursache, alles zu tun und ebenfalls daranzusetzen, daß wir auch die Voraussetzungen haben, in einer Großraumwirtschaft uns behaupten zu können. Welche Bedeutung innerhalb der Volkswirtschaft diese gewerbliche Wirtschaft hat, möchte ich nicht wiederholen, weil sie schon einige Male angezogen worden ist. Wir haben in diesem Voranschlag, Unterabschnitt 751, erstmalig eine Post von 750.000 S. Diese soll in erster Linie dazu dienen, die Klein- und Mittelbetriebe, die ja die Masse der steirischen gewerblichen Wirtschaft ausmachen, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, das heißt durch Beratung sie auf den großen europäischen Markt vorzubereiten, durch Betriebsvergleiche, Marktanalysen, Zugang zu Forschungen, Kurse, Vorträge, Ausstellungen, Seminare, Messen usw., kurz gesagt, durch Zusammenreihen in innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen ohne Fehlinvestitionen zu fördern. Ohne diese Maßnahmen werden diese Betriebe ebenso wenig bestehen können wie die Industrie. Diese Zusammenarbeit zu unterstützen, ist eine echte Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere das Wirtschaftsförderungsinstitut, hat uns hier in der Betriebsberatung bereits einen gangbaren Weg gezeigt. Also keine Subventionspolitik, sondern Beratungstätigkeit in allen Fragen, um den steigenden Anforderungen der modernen Zeit gerecht zu werden! Wir haben auch in diesem Sinne im Finanzausschuß einen entsprechenden Resolutionsantrag eingebracht, der lautet:

„Die Klein- und Mittelbetriebe der steirischen Wirtschaft können nur durch ein umfassendes Förderungsprogramm die zwingend erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen durchführen und die Strukturänderung den Verhältnissen der kommenden Integration so anpassen, daß sie den scharfen Konkurrenzkampf im großen Markt zu bestehen vermögen. Ferner ist in einer Novellierung des Fondsgesetzes für gewerbliche Darlehen

1. die Erweiterung der Höchstgrenze,
2. die Verlängerung der Laufzeit,
3. die Aufstockung des Darlehenshöchstbetrages für Zinszuschüsse vorgesehen und
4. ein entsprechender Fondsbeitrag zur Versicherungsleichterung für besonders berücksichtigungswürdige Fälle bereitzustellen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Landesvoranschlag für 1966 einen entsprechenden Beitrag für obiges Förderungsprogramm bereitzustellen und die Novellierung des Fondsgesetzes für gewerbliche Darlehen entsprechend vorzubereiten.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren des hohen Hauses! Die Wünsche sind so bescheiden und so klein, daß ich Sie bitten muß, daß wir für das nächste Jahr für diese große, wichtige Aufgabe wenigstens in bescheidenem Ausmaß die Mittel zur Verfügung stellen. Ich darf dem Herrn Landesrat Peltzmann, der in diesem Sinne die Initiative ergriffen hat, danken, ihn aber auch gleichzeitig bitten, weiterhin diese Dinge voranzutreiben, damit wir auch weiterhin die gewerbliche Wirtschaft in unserem Lande EWG-reif zu machen in der Lage sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter P a b s t, ich erteile es ihm.

Abg. Pabst: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Sie gestatten mir, daß ich zunächst zur Gruppe 7, die jetzt zur Behandlung steht, Stellung nehme und anschließend der Aufforderung selbstverständlich nachkomme, die in den früheren Debatten an mich gestellt wurde. In der Gruppe 7 werden verschiedene Maßnahmen der Landwirtschaft gefördert. Wir müssen anerkennen, daß mit diesen Mitteln große Erfolge erzielt wurden. Die Milchwirtschaft stellt wohl eine der wichtigsten Sparten der Einnahmequellen der Landwirtschaft dar. Wenn noch vor einigen Jahrzehnten das Milchgeld vielfach nur ein Handgeld für die Bäuerin gewesen ist, so ist es derzeit so, daß die Masse unserer steirischen Bauern aus den laufenden Einnahmen des Milchgeldes die wesentlichen laufenden Ausgaben auch bestreiten kann. In den zwanziger Jahren wurden in den verschiedensten Teilen unseres Landes mit Hilfe von damals „Völkerbundkrediten“ Molkereien geschaffen. Zum allergrößten Teil waren es Genossenschaftsmolkereien; diese haben die Milch gesammelt und verwertet. In den dreißiger Jahren hat es bei vielen Molkereien schon große Absatzschwierigkeiten gegeben, eine gewisse Milchschwemme, die sich damals für die Bauernschaft sehr stark fühlbar gemacht hat, ist eingetreten, obwohl die Milchlieferung zu dieser Zeit gegenüber der jetzigen um ein sehr Wesentliches geringer war. Im Jahre 1935 zum Beispiel wurden in der Steiermark 57,7 Millionen kg Milch abgeliefert. Daß die Milchwirtschaft nach dem Jahre 1945 vollkommen am Boden war, ist uns allen sehr geläufig und in schlechter Erinnerung. Im Laufe der Jahre aber wurde durch intensive Aufklärung und Beratung die Milchablieferung sehr wesentlich gesteigert. So haben 1963 in der Steiermark 47.481 Lieferanten rund 300 Millionen kg Milch zur Ablieferung gebracht. Das hat einen Erlös von rund 700 Millionen Schilling für die Bauernschaft ergeben. Daraus können Sie die wichtige derzeitige Einnahmequelle aus der Milchwirtschaft besonders erkennen. Obwohl diese Ablieferungsziffern sehr hoch waren, hat es durchaus keine Schwierigkeiten, wenigstens für den Bauern spürbar, in der Verwertung gegeben, und zwar deshalb, weil sich die Molkereiwirtschaft in diesen Jahren schon auf einen sehr hohen Stand, der auch jederzeit internationalen Vergleichen standhält, entwickelt hat. Die Milchmenge wurde zu einem schwachen Drittel als Frischmilch verwertet, während weiter daraus 5777 t Butter und 3997 t Käse erzeugt wurden. Mit dieser Erzeugung

wurde nicht nur die Steiermark gut versorgt, sondern es konnten auch ansehnliche Mengen in den Export gebracht werden. Zur Butter-Erzeugung wäre noch zu bemerken, daß die Steiermark qualitätsmäßig ganz an der Spitze von Österreich steht, was besonders beweist, daß in den letzten 8 Jahren das Prädikat „Österreichischer Bundes-Butter-Sieger“ von steirischen Molkerei- bzw. Buttereibetrieben erreicht werden konnte. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als wir in Österreich rund 150 Buttereibetriebe haben. Außerdem gibt es noch eine Reihe von ersten, zweiten und dritten Preisen bei diesen Qualitätsfeststellungen, und auch hier wurde im Laufe der letzten 8 Jahre mehr als ein Drittel dieser Prämien in der Steiermark verteilt, weil hier die Qualitätsbutter-Erzeugung wirklich daheim ist. Es hat sich der Außenstellenleiter des Milchwirtschaftsfonds, Dr. Alfonsius, hier ganz besondere Verdienste erworben, weil er seit einem Jahrzehnt nur auf Qualität hin steigert.

Die Steiermark hat aber auch auf dem Käsesektor sehr Wesentliches geleistet. Zu den verschiedensten sogenannten „Alpenkäse-Sorten“, die auch allgemein bekannt sind, wurden in den letzten zwei Jahren zwei sehr begehrte neue Käsesorten entwickelt, und zwar der „Jerome-Käse“ in Kapfenberg und der „Bonbleu“ in Gröbming im Ennstal. Jedenfalls konnte durch die Entwicklung dieser beiden Käsesorten ein sehr starker Käseimport vermieden werden. Wie überhaupt behauptet werden kann, daß sowohl die Butter- als auch die Käseerzeugung in der Steiermark zu den internationalen Spitzenqualitäten gehören und wir können unseren Konsumenten die österreichischen Erzeugnisse bestens empfehlen. Es gibt kaum ausländische Butter- oder Käseerzeugnisse, die unsere Qualität übertreffen. Ein besonderes Beispiel haben wir wohl heuer zu Ostern und zum vergangenen Weihnachtsfest erlebt, als ausländische Butter importiert wurde, von der festgestellt werden konnte, daß die Qualität sehr schlecht war.

Die steirische Molkereiwirtschaft, die durch die vielen Genossenschaftsmolkereien in bäuerlicher Hand liegt, hat darüber hinaus aber auch durch Errichten eines Trockenmilchwerkes in Hartberg besonders für Spitzenanlieferungszeiten eine gute Milchverwertung geschaffen. Können doch in diesem Trockenwerk täglich bis zu 250.000 kg Milch zu wertvollstem Milchkpulver verarbeitet werden. Und es ergibt sich für diesen Export gegenüber einem Butterexport eine wesentlich günstigere Verwertungsmöglichkeit. Im Vorjahr wurden in Hartberg 4700 t Vollmilch- und 1527 t Magermilchkpulver erzeugt.

Daß die Ennstaler Molkerei seit Jahren täglich große Mengen von Milch — bis zu 60.000 Liter waren es schon — an die Amerikaner liefert oder geliefert hat, ist bekannt und wird dadurch nur unterstrichen, daß auch hier die Qualität so gut ist, daß das Ennstal, obwohl große Konkurrenz besteht, diese Lieferungen seit Jahren halten kann. Die Molkerei Ennstal erzeugt aber auch noch die sehr gut eingeführte „Maresi-Alpenmilch“, von der im vergangenen Jahr rund 12 Millionen Flaschen abgesetzt wurden.

Ich glaube, daß es sich bei diesen eben vorgetragenen Ziffern um einen sehr stolzen Bericht der

steirischen Milchwirtschaft handelt. Und es kann unumwunden behauptet werden, daß sowohl die steirische Bauernschaft als auch die Molkereien und die allgemeine Förderung und Beratung sehr gut zusammengearbeitet haben, um solche Leistungen zu erbringen. Und zwar diese Leistungen bei einem ständigen Zurückgehen des Kuhbestandes. Es ist dies besonders erfreulich und zeigt auch den großen Wert der Rationalisierungsmaßnahmen, deren sich auch die steirische Landwirtschaft bedient. Es ist außerdem auch hoch erfreulich, daß die Milchleistungen, wie dies der vorjährige Kontrollbericht ergibt, neuerlich angestiegen sind. Bei Herdbuch-Kühen besteht bereits pro Kuh und Jahr eine Milchleistung von 4153 kg. Und der Durchschnitt bei den 54.373 Stück kontrolliertem Milchvieh hat auch schon 3474 kg Milch ergeben. Es gibt keine Milchwirtschaft ohne Viehwirtschaft. Und auch hier kann die steirische Landwirtschaft auf große Leistungen hinweisen. Neben der guten Konsumversorgung der Steiermark konnte im vergangenen Jahr ein Rindvieh-Export von 27.840 Stück erreicht werden. Davon waren 5843 Stück Zuchtrinder. Allerdings — das muß hier auch gesagt werden — ist dieser Vieh-Export für das heurige Jahr stark rückläufig. Insgesamt wurden heuer bis einschließlich November nur 10.826 Stück Rinder exportiert. Davon waren 7079 Stück Zucht- und NutZRinder und nur 3807 Stück Schlachtrinder. Ich glaube, dies ist ein gewisses Alarmzeichen. Diese Viehexporte sind deshalb in einem solchen Ausmaß möglich geworden, weil wir seit 1950 sehr intensiv die Tbc- und Bang-Bekämpfung durchgeführt haben. Für diese Bekämpfung wurden sehr hohe öffentliche Mittel verwendet. Von 1950 bis 1963 wurden für Tbc-Bekämpfung insgesamt 62,229.000 S aufgewendet; davon waren ERP-Mittel 10,6 Millionen Schilling, Bundesmittel 42,8 Millionen Schilling und Landesmittel rund 9,3 Millionen Schilling. Für die Bang-Bekämpfung sind bisher 20,7 Millionen Schilling Gesamtkosten entstanden, wovon vom Bund rund 10,7 Millionen Schilling und vom Land rund 1,1 Millionen Schilling geleistet wurden. Mit diesen Mitteln konnten allerdings bis auf die Bezirke Graz-Stadt und -Land, welche im nächsten Jahr in die Tbc-Bekämpfung einbezogen werden, alle übrigen Bezirke der Steiermark schon im großen und ganzen abgeschlossen werden. Als amtlich bangfrei wurden schon die Bezirke Bruck a. d. Mur, Deutschlandsberg, Fürstenfeld, Hartberg, Knittelfeld, Leoben, Liezen, Murau, Mürzzuschlag, Voitsberg, Weiz, Fehring und Frohnleiten erklärt.

Für das kommende Jahr 1965 sind insgesamt von Bund und Land für die Tbc-Bekämpfung rund 8,7 Millionen Schilling und für die Bang-Bekämpfung rund 1,2 Millionen Schilling vorgesehen. Diese genannten Mittel stellen wertvollsten Beitrag aus öffentlicher Hand dar, doch darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Verlust der steirischen Bauern, weil doch wertvollste Zucht- und NutZRinder zu Schlachtviehpreisen abgegeben werden mußten, noch weit über dem Beitrag durch die öffentliche Hand liegt.

Das bisher Gesagte war sehr erfreulich. Ich kann aber nicht umhin, auch unsere Sorgen aufzuzeigen. Wir müssen doch feststellen, daß die Milchlieferung im heurigen Jahr gegenüber dem Vorjahr, wo

der Zuwachs rund 6,8% in Österreich betragen hat, nur mehr eine Zuwachsrate zwischen 1 und 2% aufzuweisen hat. Und weiters muß festgestellt werden, daß die Fleischerzeugung, wie das auch schon ziffernmäßig ausgedrückt worden ist, auf fast ein Drittel im Export abgesunken ist. Dies hat seinen Grund darin, daß verschiedenste Betriebe die Milchwirtschaft, aber auch die Viehwirtschaft aufgeben. In der Steiermark gingen seit 1961 die rinderhaltenden Betriebe um 3555 zurück. Noch stärker ist die Zunahme der kuhllosen Betriebe in der Steiermark. Im Bezirk Feldbach allein war eine Kuhanzahlabnahme von über 3000 Stück im Jahr festzustellen. Dazu gehören vor allem — das möchte ich sehr ausdrücklich betonen — die kleinen Betriebe mit ein bis zwei Kühen, die die Landwirtschaft aufgeben, weil sie sehr oft mit Recht sagen, wir haben es nicht mehr notwendig, uns mit der Milchwirtschaft bzw. Landwirtschaft zu befassen, sie trägt ohnehin nichts oder fast nichts. Weiters muß gesagt werden, daß besonders die Großbetriebe, wo es mit dem Melkerpersonal und Stallpersonal so große Schwierigkeiten gibt, sehr viele solcher Großbetriebe auch die Milch- und Viehwirtschaft aufgeben, weil sie nicht die entsprechende Kostendeckung finden und sich dem Getreide-, aber auch Maisanbau zuwenden. Es ist in diesem Hause schon mehrmals auch die Milchpreisstützung kritisiert worden, und vor allem wurde einige Male betont, daß mit diesen Milchpreisstützungen die Subventionen für die großen Bauern durchgeführt würden. Dazu auch ein ganz offenes Wort: Wir wissen doch alle, daß — jetzt schon einige Jahre zurück, allerdings — allgemein anerkannt wurde, und zwar zweimal anerkannt wurde, daß die Milchpreise bei weitem nicht mehr kostendeckend sind. Man hat sich damals nicht entschließen können, den Milchpreis für den Bauern zu erhöhen und diese Erhöhung auf den Konsumenten zu übertragen, sondern der Vater Staat hat eingreifen und 50 g an Stelle der Konsumentenübernahme übernehmen müssen. Und ich glaube, man kann hier wohl sagen, daß dies nicht eine Subventionierung des Milchpreises für den Bauern, sondern sehr eindeutig für den Konsumenten darstellt. Dies muß hier festgestellt werden. Die Milchwirtschaft — und das soll auch gesagt werden — wird auf Grund dieser Tatsachen, daß heißt weil die Kleinbetriebe und die Großbetriebe von der Milchwirtschaft abgehen, verstärkt abgehen in der nächsten Zukunft, nur von den bäuerlichen Familienbetrieben einigermaßen aufrechterhalten werden können, weil die bäuerlichen Familienangehörigen die 5-Tage-Woche für sich nicht in Anspruch nehmen, auch nicht in Anspruch nehmen können, weil bei der Betreuung der Tiere, besonders der Kühe, und ich glaube, das wissen wir und verstehen wir wohl alle, eben die 7-Tage-Fütterung und Melkung notwendig ist. Dies geht sich vor allem mit den kollektivvertraglichen Arbeitszeiten und Löhnen unter keinen Umständen aus. Wie Sie alle wissen, und das wäre ein eigenes Kapitel, darüber zu sprechen, es ist heute auch schon erwähnt worden, sind sämtliche oder man kann sagen fast sämtliche Produzentenpreise der Landwirtschaft nicht nach den tatsächlichen Gestehungskosten erstellt und in Wirksamkeit, sondern sie sind immer billiger ausgehandelte politische Preise. Wir als

Bauern freuen uns ebenso, wie das auch heute schon mehrmals zum Ausdruck gekommen ist, über die allgemeine Vollbeschäftigung, weil wir wissen, daß nur gut verdienende Konsumenten auch einen entsprechenden Lebensmittelverbrauch sich leisten können. Andererseits aber gönnen Sie auch der Landwirtschaft einigermaßen kostendeckende Preise! Denn schon ein altes Sprichwort sagt: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt.“ Tatsache ist, daß der Bauer seine Einnahmen nicht in einem Strumpf zusammensteckt, wie das einmal gewesen sein soll, sondern er kauft damit Maschinen und beschäftigt so die Industrie, andererseits aber investiert er ebenso in Gebäude und Anlagen, womit vor allem die Kleingewerbetreibenden wertvollste Arbeit finden. Ziffern sind diesbezüglich ja auch schon genannt worden. Wie wir alle wissen, nimmt die Bevölkerung in Österreich, aber auch auf der ganzen Welt sehr stark zu, und es wird auch in der Zukunft nur ein gesunder Bauernstand die Ernährung entsprechend sicherstellen können, und sind die Mittel aus öffentlicher Hand, die dieser zur Förderung der Landwirtschaft zugeführt werden, bestens angelegt. Sie dienen ja letztlich dem ganzen Volke. Ich möchte an dieser Stelle allen, die an der Förderung der Landwirtschaft sehr maßgeblich mitgewirkt haben, sehr herzlichen Dank sagen. Ich danke hier vor allem allen Förderungsbeamten, die einerseits vom Land, andererseits aber auch von der Landeskammer gegeben sind, nicht zuletzt auch denke ich an die Veterinärabteilung, die sich hier sehr große Verdienste um die Tbc- und Bangbekämpfung erworben hat. Den besonderen Dank aber verdienen in unserem Lande wohl zwei Männer, der Herr Landeshauptmann Ökonomierat Krainer, der stets allergrößtes Verständnis der steirischen Landwirtschaft entgegenbringt, und der zuständige Referent, Herr Landesrat Ökonomierat Priirsch, der sich seit 16 Jahren für die Landwirtschaft der Steiermark — man kann wohl sagen — Tag und Nacht abgemüht hat, um ihr zu helfen, und wir alle wissen, daß gerade dieser verdienstvolle Mann in der Arbeit für andere seine Gesundheit eingebüßt hat. Ihm wünschen wir besonders, weil er heute nicht anwesend sein kann, Genesung, ihm wie auch unserem verehrten Herrn Landeshauptmann Krainer nochmals herzlichen Dank und Anerkennung. (Beifall bei der OVP.) Dies zu diesem Kapitel.

Und nun bin ich heute persönlich vor einer Stunde apostrophiert worden in diesem Haus. Ich möchte ganz offen zu all diesen aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen. Zunächst möchte ich eingangs feststellen, daß der Fall Sannegger, der hier erwähnt wurde, nicht irgendwie in meinen direkten Wirkungsbereich fällt (Zwischenruf: „Leoben!“ — Abg. Zink anell: „Haben wir auch nie behauptet!“) Ich bin aber bestens informiert, wie auch hier die Situation war. Deshalb kann ich Aufklärung geben. (Landesrat B a m m e r: „Hat er die Finger drinnen gehabt!“) Angefangen hat die Situation folgend: In Eisenerz war auch ein Kammerfunktionär, der Gemeindebauernratsobmann, auch die gelten als Kammerfunktionäre, der 12 oder 14 Stück Rindvieh besitzt und mit seiner Frau — er ist ein Forstarbeiterrentner — diese Tiere und die Landwirtschaft betreut (Abg. Hans Brandl: „Forstarbeiterpensio-

nist!"), jedenfalls hat gegen diesen Forstarbeiterrentner Ihre Fraktion Einspruch erhoben (Abg. Ing. Koch: „Ah, da schau her!") und hat die Bezirkswahlbehörde auch unserem Mann, weil nicht hauptberuflich Landwirt, das Wahlrecht aberkannt. (Landeshauptmann Krainer: „Und Ihr sprecht von organisiertem Wahlschwindel!" — Abg. Hans Brandl: „Bleibt aufrecht!" — Landeshauptmann Krainer: „Das ist eine nicht bewiesene Behauptung!") Im Fall Sannegger liegt die Situation so, daß Sannegger Bürgermeister von St. Stefan ist, Bezirkskammerrat, unumstritten auch die Bronzene Kammermedaille hat, unumstritten, Herr Kollege Zinkanell, Sie wissen auch, daß wir in unserer Bezirkskammer unserem Bezirkskammerrat und Landeskammerrat Ehweiner sogar die Silberne Kammermedaille überreicht haben, auch auf Grund seiner Verdienste, warum nicht — ist selbstverständlich in Ordnung. Also bei Sannegger war es so, es ist nicht bestritten, daß er Bezirkskammerrat war und Bürgermeister, aber bei ihm ist es so, er war Eisenbahner, ist jetzt Pensionist und betreut in seiner sogenannten Landwirtschaft zwei Kühe. (Abg. Hans Brandl: „Wieviel Hektar?") Er hat sicher auch mehr Grund als 1 ha gehabt so wie unser Gemeinde-Kammer-Obmann in Eisenerz. (Abg. Zinkanell: „Diese Frage habe ich telefonisch mit dem Bürgermeister klargestellt!") Und weil also die Bezirkswahlbehörde den Einspruch beim Gemeindebauernobmann nicht aufgenommen hat, hat die Bezirkswahlbehörde ebenso in Leoben im Fall Sannegger gleich entschieden. Ich muß hier nur sagen: Gleiches Recht für alle.

Nun aber zu den anderen Fällen, wo Sie mich persönlich ersucht und angegriffen haben. Ich kann hier auch genaueste Auskunft geben. (Abg. Zinkanell: „Da bin ich neugierig.") Ich selbst sitze in der Bezirks-Wahlkommission und kann feststellen, daß eingangs der Wahlkommissionssitzung Ihr „Super-Bauer" Bezirkskammerrat Lackner von Anfang an erklärt hat — und da sind wir völlig einer Meinung gewesen —, das Wahlrecht müsse sich aus einem Dreiklang ergeben. Bitte, das sind die Worte des Herrn Lackner. Und zwar 1. Kammerzugehörigkeit (die ist gegeben mit über 1 ha), 2. Kammerumlage- oder Beitragspflicht und 3. entweder Hauptberuf oder alleiniger Besitzer. (Abg. Zinkanell: „Das hat damit nichts zu tun.") Das hat Ihr Kollege Lackner dort am Anfang der Sitzung gesagt. Nun, Herr Kollege, ich habe, weil ich dort auch Kammerobmann bin. (Abg. Zinkanell: „Ja, leider!") Ihre Kollegen haben sich darüber bisher kaum einmal beschwert. Das kann ich feststellen und sagen Sie es mir, wenn es anders ist. Aber jedenfalls war es so, daß ich als Kammerobmann selbstverständlich auf Grund der Wahlgesetznovellierung von seinerzeit, wo es so geheißen hat, daß zum Unterschied von früher Deputatland-Besitzer nicht wahlberechtigt sind — das ist jetzt sehr eindeutig festgestellt — an alle sogenannten Pächter — und in Gußwerk waren es bei der vorletzten Wahl bei 400 — Formulare hinausgegeben habe mit verschiedensten Rubriken. Und eine von diesen Rubriken hat gelaute: „Pächter — ja — nein?" „Allein — mit Ehegattin." Und siehe da, von den angeschriebenen „sogenannten" Pächtern haben wir eine ganz große Anzahl

von Antworten zurückbekommen, die das letzte Mal auf Grund der damaligen Listen zur Wahl gegangen sind, die erklärt haben, nicht Pächter, sondern Deputatlandbesitzer zu sein. (Abg. Zinkanell: „Ich rede von ganz etwas anderem!") Also haben diese mit der Kammer nichts zu tun. Sie zahlen alle keinen Kammerbeitrag. Andere haben uns das Formular zurückgeschickt und ausgefüllt entweder Pächter mit oder ohne Gattin. Und da hat sich auch wieder ergeben, daß Ihr Kollege Lackner verschiedentlich Einspruch erhoben hat — er hat es persönlich unterschrieben —, worin er behauptet hat, wenn der Betreffende Alleinpächter ist, kann auf Grund des Gesetzes sowohl er als auch seine Gattin zur Wahl gehen. Also in allen Fällen hat er behauptet „Alleinpächter". Ich habe auf Grund dieser Erhebungen, die wir seinerzeit durchgeführt haben, eine Liste vor mir liegen gehabt — die kann ich Ihnen jederzeit vorweisen — und wir haben auf Grund dieser Erhebungen 153 sogenannte Pächter gehabt, die sich als solche bekannt haben — und da haben wir verschiedenste Fälle — die die Rubrik Pächter ausgefüllt haben „Pachtung mit der Ehegattin". Also nicht Alleinpächter und wir haben selbstverständlich auch das Wahlrecht verneint oder wenn es Alleinpächter waren, zugestimmt. Eines ist interessant, Herr Kollege Zinkanell: Aus dem ganzen Mariazeller Gebiet, wo bei der vorletzten Wahl über 400 zur Wahl gegangen sind — der Herr Kollege Brandl wird mir das bestätigen — sind diesmal weil man sie nicht als Alleinpächter bezeichnen konnte, um mehr als 150 Wähler weniger gewesen. (Abg. Hans Brandl: „Die Forstarbeiter geben die Wirtschaften auf.") Aus dem ganzen Gebiet von Mariazell, also Gußwerk, St. Sebastian ist nicht ein einziger Fall, weil dort korrekt gearbeitet wurde, vor die Bezirkswahlbehörde gekommen. Das muß ich zunächst feststellen. Wohl ist eines ganz interessant, meine Verehrten, und das möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten, es wird vom Kollegen Brandl ja Verschiedenes direkt vorgeworfen. Ich habe eine Erklärung aus der Gemeinde St. Sebastian, wo der Herr Kollege Wahlzeuge auch bei dieser Wahl war, und dort erklärt eine Frau — den Namen kann ich auch verlesen, aber er ist nicht notwendig —, Landwirtin dort und dort, in St. Sebastian: „Erkläre und bestätige hiermit eidesstattlich mit meiner Unterschrift, daß anlässlich der Bauernkammerwahl am 22. November 1964 in dem von Herrn Bürgermeister Arnsdorfer mir überreichten Wahlkuvert ein Stimmzettel des steirischen Landvolkes drinnen war." (Zwischenruf von der OVP: „Ah, das ist kein Wahlschwindel?" — Landeshauptmann Krainer: „Das ist doch wunderbar!" — Landesrat Peltzmann: „Er ist von der Arbeiterkammerwahl noch drinnen geblieben!")

Präsident: Ich bitte den Redner, fortzufahren.

Abg. Pabst: Ich weiß nicht, was Sie dazu zu sagen haben. Unserem Parteiobmann dort haben Sie keine Erklärung dafür geben können. Sie haben es zur Kenntnis genommen. Ich hätte hier noch etwas sehr Interessantes, vielleicht sehen Sie es bis dort hinüber auch noch. (Hält ein Schriftstück hoch). Das hat sich bei der vorletzten Wahl in Gußwerk ereignet.

Dort ist eine Anzahl von unseren Wählern, die mit Recht Wähler gewesen wären, nie ins Wählerverzeichnis aufgenommen worden, sie haben keine entsprechende Mehrheit gehabt, das Gesetz war damals anders als heute, es war kein Einspruch möglich, und am nächsten Tag hat man bei der sogenannten Sprengelwahlbehörde Wähleranlageblätter, die hier am Rand angebrannt sind, wie Sie sehen, aus dem Ofen herausgeholt. (Landesrat B a m m e r: „Wann war das?“) Das war im Jahr 1959. (Abg. Hans B r a n d l: „Ungültige Wähleranlageblätter, schlecht ausgefüllt!“ — Landeshauptmann K r a i n e r: „Das ist doch großartig, was sich da tut, bei einer angeblich korrekten Wahl!“)

Nun aber zu den anderen Fällen, die ja auch hier genannt wurden. Ich kann zu jedem einzelnen Fall Stellung nehmen. Wir haben uns in der Bezirkswahlkommission sehr wohl mit jedem einzelnen Fall ernstlich beschäftigt, sehr ernst beschäftigt. (Abg. Z i n k a n e l l: „Harrer Christine! Gar keine Begründung dabei, einfach ausgemustert!“) und der Wahlkommissionsleiter hat in allen Fällen, wo eine gewisse Unklarheit bestanden hat, das Gemeindeamt angerufen und hat dort vom Gemeindegemeindevorstand, das sind in unseren Fällen, Sie wissen es ja auch selbst, Herr Kollege Brandl, in den meisten Fällen sozialistische Gemeinden, von diesen sozialistischen Gemeinden haben wir die Auskünfte erhalten, nach denen wir vorgegangen sind. Das ist dazu zu sagen. (Abg. Z i n k a n e l l: „Dann sind aber die Begründungen falsch geschrieben worden!“)

Was wollen Sie denn noch machen, wenn ein sozialistischer Bürgermeister oder Gemeinderat oder Gemeindevorstand die Auskunft gibt, ja wem soll man dann überhaupt noch irgend etwas glauben. (Abg. Z i n k a n e l l: „Sie haben ja selbst Bescheid gewußt!“) Wir sind der Meinung, daß ein Bürgermeister oder ein Gemeindevorstand eine Amtsperson ist und als solche auch gewertet wird. (Landesrat B a m m e r: „In St. Stefan haben Sie den Bürgermeister nicht gefragt!“) So haben wir also entschieden. (Abg. Z i n k a n e l l: „Bäckermeister in der Breitenau, haben Sie gar nicht erwähnt!“)

Zum Fall Strassegger in der Breitenau, Bäckermeister. (Abg. Z i n k a n e l l: „Mitbesitzer, Gütergemeinschaft!“) Selbstverständlich, Herr Kollege Zinkanehl, ist dieser Bäckermeister, auch wenn er etliche Gesellen gehabt hat, wenn er ein Besitzer der Landwirtschaft ist über 1 ha, wahlberechtigt. Darüber gibt es wohl nichts zu sagen.

Das also dazu. Nun noch etwas anderes zum Schluß: Sie haben unseren verehrten Herrn Präsidenten Wallner genannt, und ich glaube, Herr Kollege, Sie alle, die Sie hier sitzen, können einem Präsidenten Wallner das wirkliche Bauersein nicht absprechen. (Abg. Z i n k a n e l l: „Habe ich das? Ich habe gesagt, in der Zeit, wo er krank war, hat er nicht mehr gearbeitet wie Sannegger. Wenn er krank ist, kann er nicht als Bauer arbeiten!“) Aber jedenfalls, Präsident Wallner ist ein wirklicher Bauer gewesen, er ist es auch heute noch, kennt die Sorgen der Bauern selbstverständlich, aber weil ihm auf Grund dieser Kammerwahl ein so großes Vertrauen ausgesprochen worden ist, Sie sind eben schlechte Verlierer, da kann man nichts machen, weil ihm das

große Vertrauen ausgesprochen worden ist (Abg. Z i n k a n e l l: „Das ist eine einfache Behauptung! Glockenzeichen. P r ä s i d e n t: „Ich bitte, den Redner sprechen zu lassen.“ Deshalb also sind Sie nicht einverstanden und deshalb die Kritik an Präsident Wallner. Deshalb also Ihre so große Kritik.

Aber nun zum letzten: Der Herr Kollege Brandl hat auch, ich glaube in der letzten oder vorletzten Sitzung des Hohen Hauses, als über die Kollektivvertragslöhne der Landarbeiter in diesem Hause gesprochen worden ist, hat der Herr Kollege Brandl gegen die Bauernschaft eine Hetze entfacht wegen der Landarbeiterlöhne und sie als unsocial bezeichnet, und dabei habe ich ihm die Frage gestellt — ich stelle sie Ihnen auch heute: Sagen Sie mir einen Landarbeiter — das war mein Einwand damals —, sagen Sie mir einen vollwertigen Landarbeiter, den Sie noch mit einer Entlohnung nach dem Kollektivvertrag erhalten. (Abg. Hans B r a n d l: „Was zahlen Sie Ihrem Landarbeiter, Herr Kollege? Was zahlen Sie ihm?“) Ich komme schon darauf.

Es ist also so, daß die Landarbeiter, das ist allgemein bekannt, wenigstens die vollbeschäftigten Landarbeiter, um den Kollektivvertragslohn nicht zu erhalten sind. Diese Behauptung habe ich damals aufgestellt, und diese Behauptung stelle ich auch heute noch auf. Nun zu mir persönlich: Ich sage Ihnen ganz offen, mein Landarbeiter hat, und hier etwas ganz Offenes, er hat den vollen Familienanschluß selbstverständlich. (Abg. S c h e e r: „Das ist kein Geld.“) Er ist selbstverständlich mit unseren Familienangehörigen am selben Tisch usw. und wird als Familienmitglied immer entsprechend behandelt, ich habe aus diesem Grunde die Landarbeiter auch jahrelang, da kann ich Ihnen auch den Beweis erbringen. Er hat aus einem besonderen Grund derzeit einen Nettolohn von 1000 S. (Abg. Hans B r a n d l: „2000 haben Sie gesagt!“) Die Fälle könnte ich Ihnen auch beweisen, selbstverständlich, als Funktionär kann ich natürlich nicht an der Spitze dieser Lohnzahlungen stehen, dafür ist aber, und das ist Ihnen ja ein Fremdwort — der Landarbeiter eben in die Familie aufgenommen. Das dazu. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Abgeordneter K l o b a s a hat das Wort.

Abg. **Klobasa:** Hohes Haus! Gestatten Sie, daß auch ich einige Bemerkungen zur Gruppe 7 bringe. Die Aufgabe der Wirtschaft ist die materielle Erhaltung und Sicherung des menschlichen Daseins. Die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist verschieden. Wir können Gebiete mit raschem Fortschritt, die sogenannten Schwerpunktbezirke, feststellen, aber wir können auch Gebiete mit gleichbleibender, ja leider auch solche mit rückläufiger Wirtschaftsentwicklung feststellen. Die sozialistischen Abgeordneten haben einen diesbezüglichen Resolutionsantrag eingebracht, dem erfreulicherweise auch die ÖVP und die FPÖ beigetreten sind. Er lautet:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, in den von struktureller Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Bezirken Industriegründungen mit allen Mit-

teln zu fördern." Wir haben Sorge zu tragen, daß die Rückläufigkeit aufgefangen wird, um nicht einer Katastrophe entgegenzugehen, wie sie vor dem zweiten Weltkrieg eine war. Das Steiermärkische Landesarbeitsamt hat im Zusammenhang mit den Bezirksarbeitsämtern auf dem Gebiete der Strukturuntersuchung über Arbeitskräftereserven, und zwar über effektive und potentielle Arbeitskräftereserven, Hervorragendes geleistet. Die Untersuchungen werden gemeindeweise abgeschlossen. Hat nun eine Firma die Absicht, einen neuen Betrieb zu gründen oder einen bestehenden zu verlegen, so kann sie auf Grund der vom Landesarbeitsamt durchgeführten Strukturuntersuchungen sofort ersehen, ob die Möglichkeit einer Verlegung oder einer Neugründung eines Industriebetriebes gegeben ist oder nicht. Nicht jede Firma kann ihren Betrieb überall hingeben. Es ist klar, daß auch aus den Strukturuntersuchungen hervorgeht, ob zum Beispiel für den betreffenden Betrieb genug Fachkräfte oder auch Buchhalter vorhanden sind. Außerdem ist bei Betriebsgründungen auch die notwendige Aufschließung zu berücksichtigen.

Hohes Haus! Es muß gesagt werden, daß zahlreiche Gemeinden, um eben ihre Menschen im Gemeindegebiet zu erhalten, manchmal Beträchtliches leisten, um einen Betrieb in ihre Grenzen zu erhalten. Gemeinde, Landesarbeitsamt und Firma sind die tragenden Säulen der Betriebsgründungen. Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß Sozialminister Proksch als der spiritus rector der Betriebsgründungen überhaupt anzusehen ist.

Wir alle kennen das Schicksal der tausende Pendler, die täglich x-Kilometer zur und von der Arbeitsstätte zurücklegen müssen. Das Los der sogenannten Pendler ist ein hartes und bedauernswertes. Wir wissen, daß es nie möglich sein wird, sie ganz abzuschaffen. Das ist schon aus den wirtschaftlichen Gegebenheiten heraus nicht möglich. Aber dennoch müssen wir äußerste Anstrengungen machen, um auch für unseren braven, fleißigen, steirischen Arbeiter und für unsere gewissenhafte steirische Arbeiterin Dauerarbeitsplätze zu beschaffen. Wir haben in der Steiermark rund 100.000 Pendler. Das ist ungefähr ein Drittel des steirischen Gesamtbeschäftigtenstandes, den ich mit 340.000 als Jahresdurchschnitt des Jahres 1963 mitgeteilt erhielt. Jeder dritte Arbeiter also in der Steiermark muß täglich mehrere Stunden Weg von und zur Arbeitsstätte zurücklegen. Eine Aufstellung besagt, daß es Nah-, Fernpendler, Einpendler und sogenannte Saisonpendler gibt. Wir haben, aufgeteilt in Männer und Frauen, 33.265 Nahpendler im Jahre 1963 und 19.814 Fernpendler bei den Männern und bei den Frauen fast 9000 Nahpendler und 4400 Fernpendler. Für 1964 kann man die Zahlen noch nicht feststellen. Zusammen sind das bei den Männern über 53.000 Pendler und bei den Frauen über 13.000. Nicht eingerechnet sind hier die Einpendler, das sind solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die täglich zur Arbeitsstätte fahren müssen. Nicht eingerechnet sind hier auch die Pendler im Arbeitsamtsgebiet Graz, welches ein verhältnismäßig großes ist, nämlich im Norden Judendorf, im Westen Lieboch, im Süden Werndorf und im Osten mit Kumberg begrenzt. Meine Damen und Herren, Sie können sich als Mütter und Väter

vorstellen, welcher Nachteil dieses Pendlertum für die Familie ist, welche Aufgaben damit der Mutter übertragen wurden.

Noch etwas muß hier festgestellt werden. Auf Grund höherer Löhne und besserer beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten erhalten viele Arbeiter und Arbeiterinnen den Anreiz, ins Ausland zu gehen. Die Zahl der Österreicher, die im Jahre 1963 im Ausland eine berufliche Tätigkeit aufnehmen, erreichte die beachtliche Summe von 120.000. Dabei nimmt die Bundesrepublik Deutschland den ersten Platz mit rund 51.000 ein. Als zweites Ziel wird die Schweiz mit 26.000 gerechnet. Dabei muß bemerkt werden, daß hier genau wie bei Deutschland die Nachbarschaft und die Sprache eine bedeutende Rolle spielen. Der Vollständigkeit halber möchte ich auch noch erwähnen, daß für die Schweiz im Gegenteil zur Bundesrepublik eine ständig sinkende Zahl zu bemerken ist. Der rückläufige Trend ist der sinkenden Zahl von weiblichen Arbeitskräften im Hotel- und Gastgewerbe zuzuschreiben. Ich nehme an, daß hier auch der steigende Fremdenverkehr in Österreich sein Scherflein zur Erhaltung der weiblichen Arbeitskräfte im Inland beiträgt.

Aber auch die Betriebsgründungen im Grenzland spielen dabei keine unwesentliche Rolle. Ich möchte hier noch einmal betonen, daß das Arbeitsamt, in erster Linie das Landesarbeitsamt, in Verbindung mit der örtlichen Initiative für Betriebsgründungen verantwortlich zeichnet. Man soll, meine Damen und Herren, endlich damit aufhören, aus Betriebsgründungen politisches Kapital zu schlagen. Private Verbindungen mit großen Industriekonzernen nützen uns nichts, wenn wir daraus kein Kapital schlagen können. Unsere Arbeiter wollen im Lande bei ihren Familien bleiben. Wir brauchen daher Betriebe, die sowohl den aus welchen Gründen auch immer unbeschäftigten Arbeiter, als auch den frei werdenden Arbeiter uns im Lande erhalten lassen. Durch die rasche technische Entwicklung auf allen Wirtschaftssektoren, durch Betriebseinschränkungen in verschiedenen Gebieten der Steiermark ist eine ständige Umschulung und Umschichtung der Arbeitskräfte notwendig. Daher brauchen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Das quantitative Kräftepotential stagniert, ein Ausgleich kann daher nur durch ein qualitatives Arbeitspotential geschaffen werden. Erfahrungen haben gezeigt, daß hier die Fremdarbeiter nicht das gewünschte Soll erfüllen können. Eine bessere Auswertung des vorhandenen Potentials ist daher notwendig. Ich denke dabei z. B. an ein junges Mädchen, das, nehmen wir an, in einen Gastbetrieb eintritt. Meist geschieht dies ohne vorhergehende Schulung und das Mädchen muß nach der Methode „Vogel friß oder stirb“ beginnen. Die Folge davon ist, daß dieses Mädchen, das da in den Wirbel mitten hineingesetzt wird, nicht voll entsprechen wird können und daher sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer und die Gäste unzufrieden werden. Daher, meine Damen, ist eine produktive Ausweitung des vorhandenen Potentials erforderlich. Fremde Kräfte können, wie vorhin erwähnt, hier nicht helfen. Meist sind es nur Hilfskräfte und nur ganz große Betriebe können diese Fremdarbeiter verkraften.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß der bisherige Erfolg von Betriebsgründungen so aussieht, daß in der Steiermark bisher 30 neue Betriebe augenblicklich 2000 Arbeitern Beschäftigung geben. Diese Zahl wird sich bei entsprechender Erweiterung der Betriebe ungefähr auf das Doppelte erhöhen. Hohes Haus! Geben wir uns alle Mühe, die Vollbeschäftigung und die Sicherheit des Arbeitsplatzes aufrechtzuerhalten. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Pölzl das Wort.

Abg. Pölzl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, in drei Minuten meinen Wunsch vorzutragen. („Bravo!“)

Die Gruppe 7 ist der große Rahmen für den Fremdenverkehr. Ich möchte eine für den Fremdenverkehr wesentliche Post herausgreifen, und zwar dreht es sich hier um die Darlehen, die das Land Steiermark an Fremdenverkehrsbetriebe zu einem sehr günstigen Zinsfuß und zu einer sehr günstigen Laufzeit vergibt. Nun, diese Mittel reichen nicht aus. Nicht in ihrem Ausmaß, aber auch nicht in ihrer Gesamtheit. Darum sind steirische Fremdenverkehrsbetriebe bemüht, beim ERP-Fonds in Wien Mittel anzusprechen. Und das, meine Damen und Herren, ist ein Leidensweg. Ich darf Ihnen sagen, daß im Wirtschaftsjahr 1963/64, also vom 1. Juli 1963 bis 30. Juni 1964 von insgesamt 125 Millionen Schilling nur 7,6 Millionen Schilling in die Steiermark vergeben wurden. Das waren insgesamt 8 Ansuchen, die genehmigt wurden. Nun könnte man von der Zentrale in Wien her sagen, es sind ja gar nicht mehr Ansuchen gekommen. Das ist richtig, meine Damen und Herren. Denn bei der Arroganz und mit dem Papierkrieg, der hier bei dieser Wirtschaftsstelle „Österreichische Hotel- und Treuhand Ges. m. b. H.“ betrieben wird, ist es für einen Wirtschaftstreibenden in der Fremdenverkehrswirtschaft sehr, sehr sauer, zu dem Darlehen, das er dringend benötigt, zu kommen. Die Steiermark liegt daher an drittletzter Stelle vor dem Burgenland und vor Niederösterreich. Meine Bitte an das Hohe Haus geht dahin, gemeinsam in Wien dahin zu wirken, daß 1. das Verfahren vereinfacht wird, 2. das Verhältnis 125 Millionen zu 7,6 Millionen wesentlich zugunsten der Steiermark geändert wird.

Zum Abschnitt 93, Post 793, das ist der Beitrag des Landes zum Fonds für gewerbliche Darlehen, darf ich mit Dankbarkeit vermerken, daß dieser Betrag von 1.200.000 S auf 1.800.000 S erhöht wurde.

Ich darf aber auch hier vermerken, daß die Kammer der gewerblichen Wirtschaft in Steiermark ebenfalls ihren Anteil von 1.200.000 S auf 1.800.000 S erhöht hat. Meine Damen und Herren! Dies ist mein Beitrag zum Fremdenverkehr. Zum Abschluß nochmals meine Bitte: Gemeinsam bei den Wiener Zentralstellen vorstellig zu werden und den Herrn Fremdenverkehrsreferenten Landesrat Wegart zu unterstützen, daß mehr Geld von Wien in die Steiermark fließt. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Herr Abgeordneter Zagler hat das Wort.

Abg. Zagler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte an etwas zurückerinnern, und zwar an das Jahr 1945. Es werden bald 20 Jahre werden, wo die Bergarbeiter die Grundfesten für unsere Industrie, für unser Land bei schlechtester Ernährung wieder gelegt haben. Wir haben unter großer Not damals erkannt, daß wir nur, wenn wir das Grundprodukt fördern, die Wirtschaft wieder auf eine Höhe bringen können, und das ist letzten Endes auch gelungen; wir haben heute in Österreich eine Vollbeschäftigung und eine gute Situation. Dann später ist es natürlich durch fremden Brennstoff, durch Öl, Gas, soweit gekommen, daß eine Kohlenkrise, aber ich glaube eine politisch aufgezugene Krise, über unser Land hereingebrochen ist. (Abg. Pölzl: „Von wem aufgezogen?“)

Und hier muß ich folgende Feststellung machen: Ich war damals bei den Verhandlungen im Handelsministerium, und der Minister Bock hat mir damals erklärt: „Wir langen mit 3½ Millionen Jahrestonnen aus.“ Die Gewerkschaften sowie die Betriebsräte und auch die Betriebe haben sich dagegen aufgelehnt, und die Mindestmenge, die bis jetzt gefördert wurde, waren 5,6 Millionen Jahrestonnen. Und 1964 werden wir bereits wieder auf 6,1 Millionen Jahrestonnen kommen. Und es wäre im heurigen Sommer soweit gewesen, wenn nicht vom Ausland wieder Kohle geliefert worden wäre, so daß unsere einheimische Wirtschaft irgendwo zusammengebrochen wäre. Wir mußten schon wieder Kohle aus dem Ausland haben. Man muß sich wirklich fragen: Wie ist das Verhältnis? Die Zusperrer haben damals absolut nicht recht gehabt, und wir mußten alle zur Kenntnis nehmen, daß eine gewisse Energiereserve unbedingt notwendig ist, obwohl man über die vielen angehäuften Kohlen geredet hat — nur die Feinkohle, eine Grobkohlenkrise hat es nie gegeben. Und wenn wir diese Bevorratung nicht gehabt hätten, wie hätten wir ausgeschaut im Winter 1962/63? Wir wären wahrscheinlich so wie viele unserer Nachbarländer zu einem Stillstand in der Industrie gekommen. Das möchte ich festgestellt haben zur Vergangenheit.

Ich muß aber ganz kurz jetzt auf unseren Bezirk zu sprechen kommen. Die Absatzlage in der Kohle ist sehr gut, wir könnten mehr fördern, wenn wir die Möglichkeit dazu hätten. Aber in absehbarer Zeit — 8 oder 10 Jahre sind so bald verflossen — werden bereits zwei der größten Betriebe in der Weststeiermark ausgekohlt werden. Es ist im heurigen Jahr Seegraben ausgekohlt worden, und die Menschen waren dort noch unterzubringen, weil ja die Schwerindustrie des Eisens in unmittelbarer Nähe war. Das trifft bei uns in der Weststeiermark nicht zu. Wir müssen, wenn wir irgendwo in dieser Schwerindustrie mit unseren freiwerdenden Arbeitskräften unterkommen wollen, über die Stubalm den Weg antreten. Daher möchte ich jetzt schon ersuchen, wirklich Vorsorge zu treffen, daß wir die freiwerdenden Arbeitskräfte — es werden ca. 1000 bis 1500 sein — dann irgendwie in der Heimat in der Weststeiermark unterbringen können. Es ist zwar noch ein Schatten hier. Ich möchte dazu folgendes sagen:

Der Herr Abg. Koch hat heute gesprochen von der Pipeline, die über die Steiermark kommt. Die soll

voraussichtlich im Jahre 1967 fertiggestellt sein. Hoffentlich bekommen wir als Bergarbeiter nicht von dort wieder eine Krise. Ich hoffe, daß wir da drüberkommen und die Vorbereitungen getroffen werden, daß nicht noch vor der Auskohlung es noch einmal zu einem Engpaß in der Kohle kommt. Dies wäre meine Bitte, auch im nächstjährigen Budget schon Vorsorge zu treffen, daß wir Industrie langsam in unseren Bezirk bekommen, damit wir die freiwerdenden Arbeitskräfte weiterhin beschäftigen können.

Zum Kollegen Neumann möchte ich noch folgendes feststellen: Er hat gesagt, er hat mit den Bergarbeitern in seinen Sprechtagen zu tun. Ich möchte folgendes sagen (Abg. Neumann: „Ja, sehr viele sogar!“): Wenn er den Bergbau nur von dort her kennt, so muß ich sagen, ich in meinen Sprechtagen behandle zu 80% Bauern. Dann bin ich auch wahrscheinlich geeignet, in der Landwirtschaft irgendwie einzugreifen. Das sind meine Ausführungen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Feldgrill das Wort.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zur Lage der Forstwirtschaft Stellung zu nehmen. Die Forstwirtschaft wird in der Steiermark auf einer Fläche von rund 876.000 ha betrieben, das sind rund 52% der gesamten Oberfläche dieses Landes. Bei einem Holzvorkommen von etwa 154 Millionen Festmeter laut letzter Waldbestandsaufnahme werden jährlich 2,8 Millionen Festmeter Holz genutzt, dies entspricht mehr als einem Viertel der österreichischen Gesamtholznutzung. Wenn man den volkswirtschaftlichen Wert von einem Festmeter Holz mit rund 1000 S berechnet, so ergibt dies einen steirischen Gesamterlös von beinahe 3 Milliarden Schilling. Dieser Betrag wird erst richtig klar, wenn man bedenkt, daß das Budget des Landtages 2 Milliarden Schilling ausmacht, das ist also fast der eineinhalbfache Betrag des steirischen Landesbudgets. Trotzdem ist die Forstwirtschaft ein Stiefkind unserer Volkswirtschaft geworden. So wie die Landwirtschaft leidet sie unter dem ständig wachsenden Druck der Preissteigerungen. Meine Damen und Herren! Die Forstwirtschaft steht vor der betrüblichen Tatsache, daß dem ständigen Steigen der Werbungskosten nicht nur ein Stillstand der Holzpreise, sondern sogar ein Rückgang gegenübersteht, der in der letzten Zeit bedrohliche Formen annimmt. In den letzten drei Jahren sind die Stundenlöhne unter Einschluß der Nebenleistungen, wie Hüttengeld und Weihnachtsgeld, um etwa 25% angestiegen; es zeichnen sich aber bereits weitere Erhöhungen in Form einer Urlaubsverlängerung und einer weiteren Lohnerhöhung ab. Demgegenüber beträgt der Preisverfall im gleichen Zeitraum etwa 40 bis 60 S pro Festmeter oder rund 10 bis 15% des Brutto-Erlöses.

Hoher Landtag! Diese Preisbewegung ist weitgehend auf den Preisverfall auf dem italienischen Holzmarkt zurückzuführen, wo das Holz infolge der dortigen Wirtschaftskrise schwieriger und nur unter Preisdruck anzubringen ist. Die nach Deutschland orientierten Bundesländer sind da etwas besser dran,

aber auch dort ist ein Preisrückgang festzustellen, wird doch Nadelholz aus Kanada derzeit gleich teuer oder billiger in Bayern angeboten als das aus Österreich stammende. Diese fast unglaubliche Tatsache findet ihre Erklärung darin, daß in Kanada Holzerntemaschinen im Einsatz sind, die das Schlagen, Entasten und Lagern eines Stammes in etwa einer Minute besorgen, wozu bei uns in den Gebirgsrevieren sogar unter Einsatz von Motorsägen etwa die zwanzigfache Zeit gebraucht wird. Unsere Forstwirtschaft, die in den Nachkriegsjahren durch ihren Export wesentlich zum Wiederaufbau unseres Landes beigetragen hat, ihre Funktion als Sparkasse der Landwirtschaft bestens erfüllte und die Umgestaltung und Motorisierung der Bergbauernhöfe ermöglichte, ist nun selbst zu einem notleidenden Wirtschaftszweig geworden, dem man bald helfen soll. Die Forstwirtschaft kann nur dann nachhaltig bestehen und arbeiten, wenn sie auf dem Weltmarkt konkurrieren kann. Sie steht unter dem Zwang weiter zu mechanisieren und zu rationalisieren. Dazu sind aber erhebliche Geldbeträge notwendig und erforderlich, die unter den herrschenden Verhältnissen aus der laufenden Wirtschaft selbst nicht aufgebracht werden können. Der Einsatz von normalem Bankkapital für Investitionen, wie dies in der Industrie und auf anderen Gebieten selbstverständlich ist, ist für die Forstwirtschaft wegen der Höhe der Zinsen nicht tragbar, da sich die Forstwirtschaft aus naturgesetzlichen Grundlagen heraus — das hängt mit dem Holzzuwachs zusammen — eben nicht höher verzinsliche Darlehen als wie höchstens mit 3 bis 4% leisten kann. Hier werden der Forstwirtschaft ERP-Gelder als Kredite zu einem ermäßigten Zinsfuß zur Verfügung gestellt. Es sind das etwa 5%. Aber der Gesamtbetrag für ganz Österreich im Jahre 1964 macht nur 25 Millionen Schilling aus. Das würde bedeuten, daß bei einer Waldfläche von 3,35 Millionen ha pro ha nur 7.50 S Kredit zur Verfügung stehen oder auf einen Festmeter in Österreich geschlägerten Holzes nur 2 S.

Meine Damen und Herren! Es wird von einer gewissen Presse der Forstwirtschaft leider oft entgegengehalten, daß die Kapitalisten ohnehin laufend subventioniert werden und daher keine Förderung brauchen. Weiß man aber, daß Waldbesitzer mit über 200 ha Grundausmaß überhaupt nicht subventioniert werden? Ist weiters bekannt, daß in der Steiermark nur etwa 25% der Waldbesitzer Privatwaldbesitzer mit über 50 ha sind? An die Forstwirtschaft werden von allen Seiten Forderungen gestellt. Man erwartet von ihr, daß sie Beschränkungen und Belastungen auf sich nimmt und erweist ihr dafür wenig Dank. Die sogenannten Wohlfahrtswirkungen des Waldes sind vielfach zu wenig bekannt beziehungsweise werden als Selbstverständlichkeit hingenommen, ohne daran zu denken, wieviel die Forstwirtschaft bzw. die Waldbesitzer dazu beitragen müssen, damit der Wald diese Wirkungen zum Wohl der ganzen Bevölkerung ausüben kann. Die steigende Industrialisierung und Zusammenballung der Bevölkerung in den Siedlungsräumen der Industrie stellen immer größere Anforderungen an unseren Wald. Die Notwendigkeit, den Wald als Erholungsraum für die städtische Bevölkerung zu erhalten, führt zur Natur- und Landschaftsschutzge-

setzung, welche dem Besitzer wesentliche Erschwernisse in der Bewirtschaftung bringt, die ihm in keiner Weise abgegolten werden. In einem Gebirgsland wie Österreich muß der Wald unbedingt erhalten bleiben, um Lawinen- und Hochwasserschäden und vieles andere zu verhüten. Die Erhaltung der Waldsubstanz aber ist zwingende Vorschrift des Forstgesetzes, und während andere Betriebe jederzeit aufhören und schließen können, muß der Waldbesitzer den Wald auch bei gänzlicher Ertragslosigkeit weiter bewirtschaften und, wenn notwendig, aufforsten, ohne daß er dafür von der Allgemeinheit eine Vergütung erhält. Meine Damen und Herren, als Wasserspeicher und Luftfilter übt der Wald eine unschätzbare Wirkung auf unser gesamtes Leben aus. Untersuchungen über die Auswirkungen der Atomversuche haben gezeigt, wie wichtig die Bäume bei der Verminderung der Strahlungsgefahr sind. Trotz dieser Wichtigkeit des Waldes für unser Leben und das Wohlergehen der Bevölkerung wird er immer neuen Belastungen durch die Industrie und Energiewirtschaft ausgesetzt. Hochspannungsleitungen reißen Bestände auf, stören das Gefüge, Abgase und Rauch vermindern den Zuwachs des Waldes und vernichten sogar manchmal in weitem Umkreis Nadelholzbestände, die gegen Rauchgase besonders empfindlich sind, da die Nadeln nicht jedes Jahr erneuert werden, sondern jahrelang, etwa fünf Jahre, atmen und dienen müssen, damit nicht der ganze Stamm eingeht. So sei auf eine neue Katastrophe verwiesen, die sich in der Umgebung des Dampfkraftwerkes Zeltweg anbahnt. Das Dampfkraftwerk, das mitten in einen Wald hineingestellt wurde, bedroht in der kurzen Zeit seines Bestandes bereits 300 bis 400 ha Nadelwald mit der Vernichtung. Weitere ungefähr 2000 ha sind gefährdet. Ähnlich liegen die Dinge in der Breitenau, wo ebenfalls bereits durch Rauch und Abgase 60 bis 70 ha Nadelwald vollkommen vernichtet und weitere 600 bis 700 ha bedroht sind. Es gibt noch andere Beispiele in unserem Land; ich habe nur diese beiden markanten Fälle aufgezeigt.

Hoher Landtag! Die Mittel, die die Öffentlichkeit im Interesse der Bevölkerung für diese Wohlfahrtswirkungen zur Verfügung stellt, sind sehr bescheiden. Praktisch kommen eigentlich nur — und das nur teilweise — die Aufwendungen der Wildbachverbauung, die in der Steiermark im Jahr 1964 mit 5 Millionen Schilling angesetzt sind, in Betracht. Es ist auch noch darauf zu verweisen, daß der Wald im Interesse der Verhütung von Abrutschungen und Auswaschungen geschützt werden muß und daß in Österreich sowie in anderen Ländern die wirtschaftlichen Nachteile, die den Waldbesitzern im Interesse der Allgemeinheit aufgebürdet werden, zumindest auf dem Steuersektor etwas abgegolten werden sollten. Jedoch legen die neuen Einheitswertbescheide, deren Auswirkung wegen des Ausstehens der Erlasse noch nicht ganz abgeschätzt werden kann, die Befürchtung nahe, daß auch hieraus wieder Belastungen erwachsen, welche fast nicht mehr tragbar sind und zu einer Aufzehrung und Verminderung der Holzvorräte führen müßten, welche im Gegensatz zu den Erfordernissen der Allgemeinheit stehen. Hoher Landtag! Abschließend rege ich an und bitte ich, daß die Rentabilität der Forstwirtschaft

nicht mehr allein vom Holzerlös her betrachtet werden soll, sondern es müßte in naher Zukunft auch die ungeheure Bedeutung der Wohlfahrtspflege des Waldes wertmäßig erfaßt und abgegolten werden. Dies würde nicht nur unserem Bundesland den schönen Namen „grüne Steiermark“ weiterhin sichern, sondern zum Wohle aller steirischen Menschen das Leben nachhaltig und auf das vorteilhafteste beeinflussen. Der Wald, unser grünes Gold, möge zu allen Zeiten wie ein schützender Mantel über diesem Lande liegen! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Pittermann das Wort.

Abg. Dr. Pittermann: Meine Damen und Herren! Ich will aus den Ausführungen des Kollegen Pabst einige Schlußfolgerungen ziehen, bevor ich aber das tue, muß ich doch zu den Ausführungen des Kollegen Hans Brandl und des Kollegen Zinkanell von der linken Fakultät Stellung beziehen.

Sie haben, Herr Kollege Zinkanell, ausgeführt, daß die österreichische Agrarpolitik Planlosigkeit aufweist. (Abg. Zinkanell: „Daß es notwendig ist, weiter zu planen!“) Angesichts der Tatsache, daß diese österreichische Agrarpolitik so gelenkt wird, daß die in ihr Beschäftigten oder die auf sie Bezuhabenden trotz verminderter Zahl immerhin 84% unseres Nahrungsmittelbedarfes decken, ist es gewiß unseriös, von Planlosigkeit zu sprechen. Dazu kommt noch, daß Sie genauso (Abg. Zinkanell: „Die planvolle Agrarpolitik, die jemand anderer abgelehnt hat, hier in diesem Haus!“) wie ich wissen, wenn die Planung in der Landwirtschaft nicht mehr Probleme aufzuweisen hätte als in der Industrie und in der gewerblichen Wirtschaft, wären wir so manche unserer Sorgen los. Auch das wissen Sie so genau wie ich. Und was Ihre Ausführungen anlangt, Herr Kollege Brandl, so muß ich Ihnen schon sagen: Die Hartnäckigkeit, mit der Sie sich auf die Ziffern des Grünen Planes hinsichtlich der Entlohnung der Landarbeiter versteifen, während Sie auf der anderen Seite genau wissen, daß kein Arbeiter und auch kein Landarbeiter nach dem Kollektivvertrag allein arbeitet und daher nach diesem entlohnt wird, diese Hartnäckigkeit beweist mir, daß Sie wirklichkeitsfremd sind, und Sie gehören damit zu jenem Personenkreis, der da in der „Zukunft“ so schön zitiert und angesprochen wird. Lesen Sie das Kapitel von Ihrem Parteifreund Nenning nur gründlich durch. Das wollte ich zu Ihren Ausführungen nur gesagt haben.

Aber nun, meine Herren, ganz kurz einige Schlußfolgerungen zu den Ausführungen des Kollegen und Freundes Pabst. Er hat festgestellt, daß sich die Zahl der Milchkühe verringert. Und angesichts der Tatsache, daß nun hier mittlerweile Verhandlungen wieder im Gange sind, angesichts der Forderungen der Bauernschaft wegen der Nachziehung des Milchpreises — ich will mich hier in keine Polemik einlassen, sei nur der Zusammenhang zwischen Milch und Fleisch in einigen knappen Sätzen demonstriert. Vom Jahr 1962 bis zum Jahr 1963 ist unser Kuhbestand in Österreich um 34.365 Stück zurückgegangen. Meine Damen und Herren, wissen Sie, was das bedeutet? Das bedeutet, daß weniger Kälber produ-

ziert werden, nicht wahr. Wenn nun von sozialistischer Seite argumentiert wird, daß das Nachziehen der Milchproduzentenpreise wieder die Gefahr einer Milchschwemme hervorruft, so ist das wirklichkeitsfremd. Denn, sehen Sie, gemessen an der Durchschnittsmilchleistung Österreichs, gemessen an der Tatsache, daß trotz dieser sinkenden Kuhzahl die Milchleistung der noch vorhandenen Kühe etwas gestiegen ist, aus diesen beiden Tatsachen allein und aus der Berücksichtigung, daß hochqualifizierte landwirtschaftliche Länder, wie Dänemark und Holland, eine Durchschnittsjahresmilchleistung von 6000, 7000 bis 8000 Liter pro Kuh haben, wir aber höchstens im Jahr (österreichische Durchschnittsleistung) auf 3000 bis 3500 Liter kommen, so könnten wir unseren Kuhbestand noch um ein Drittel reduzieren. Wir könnten also den Kuhbestand noch heruntersetzen und trotzdem würde die Milchleistung sich steigern. Denn mit einer Leistungszucht, wie sie die Tierzucht betreiben muß, steigt die Milchleistung naturgemäß. Aber das Entscheidende ist nun das, daß in einem Jahr von 1962 bis 1963 rund 63.000 Kälber ausgefallen sind. Das bedeutet immerhin den Ausfall des Fleischbedarfes für die Großstadt Wien in der Höhe eines Drittels. Also ein Drittel Fleischdefizit, das wir schon zu tragen haben. Nun, die Dinge gehen ja weiter, und jetzt beginnt die Angelegenheit etwas ernster zu werden. Wir müssen die Überlegung anstellen, meine Damen und Herren, daß der Milchpreis für die Kuhhaltung entscheidend ist, und — jetzt umgekehrt — die Rindfleischversorgung vom Milchpreis abhängig ist. Auf den lapidaren Satz zusammengefaßt heißt dies: Weniger Kühe, weniger Kälber; weniger Kälber, weniger Fleisch. Das ist die Formel Eins, möchte ich sagen, um mit einem sportlichen Begriff zu sprechen.

Über diese Formel kommt keine politische Diskussion hinweg. Mit dieser Entwicklung haben wir aber zu rechnen, meine Damen und Herren. Daher: wenn wir nicht gewillt sind, für die Milch einige Groschen mehr dem Bauern zu geben, dann werden wir in absehbarer Zeit für das Fleisch das Vielfache dafür in Schillingen zu geben haben, denn auf den Import dürfen wir uns nicht verlassen, weil auf der ganzen Welt diese Entwicklung zu beobachten ist. Der Zusammenhang zwischen Milch- und Fleischpreis ist ein folgerichtiger. Wenn hier wieder eine politische Kurzsichtigkeit die tatsächlichen Zusammenhänge aus politischen Gründen übersieht, dann wird in absehbarer Zeit die Rechnung dafür zu bezahlen sein, weniger von den sozial Stärkeren, sondern gerade von denjenigen, die wir schützen wollen, nämlich von den sozial Schwächeren. Ich möchte doch bitten, daß hier diese Gesichtspunkte beachtet werden und auch der Bevölkerung so dargelegt werden, daß die Zusammenhänge sichtbar werden. Die politische Organisation sollte doch hier in den Hintergrund treten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Abgeordneter Vinzenz Lackner hat das Wort.

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Am 28. März dieses Jahres ist in Steiermark ein Ereignis über die Bühne gegangen, das von der übrigen Heimat gar nicht so beachtet

wurde. Es war dies die Auskohlung, die Förderung des letzten Kohlenhutes in Seegraben. Eine große Anzahl von Bergleuten und Persönlichkeiten (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Mit Ausnahme der steirischen Landesregierung, die nicht dazu eingeladen wurde.“ — Abg. Hans Brandl: „Seid ihr mit dem Oberegger in Streit?“ — Landesrat Sebastian: „Macht die Generaldirektion der Alpine die Einladungen?“) hat sich dort eingefunden, eine große Versammlung ist dort eingetroffen, um bei diesem Ereignis dabei zu sein. Es war dies aber nicht eine Feier, die frohgestimmte Gesichter zeigte, es war eher eine Friedhofsstimmung auf dem Werkgelände, als der Förderkorb mit der letzten Kohle zutage kam und zum letztenmal vom Turme her „des Glöckleins leises Schallen“ zu hören war.

Ein Bergbau, der über 300 Jahre in Betrieb gestanden ist und der Heimat wertvolle Rohstoffe geliefert hatte, ist zu Ende gegangen, und über 600 Bergleute haben dort ihre letzte Schicht verfahren. In diesen mehr als 300 Jahren wurden aber 30 Millionen Tonnen hochwertiger Glanzkohle gefördert, die eigentlich das Fundament der Schwerindustrie in dieser Gegend waren und wovon auch unsere Bundesbahnen beliefert wurden.

Nun, meine Damen und Herren, es wurde ja heute schon zur Kohle kurz gesprochen. Ich brauche mich daher nicht zu wiederholen. Aber ich möchte doch feststellen, daß die Substanz an Kohle laut Statistik die die Geologen erarbeitet haben, noch 40 bis 50 Jahre reicht und daß wir deshalb den Bergbau auch in der gegebenen Größe erhalten müssen, weil ihm ja sowieso von Natur aus Grenzen gesetzt sind durch die geologische Struktur, Wassereinbrüche, Temperatur und verschiedenes andere. Wenn ich in der Gruppe 7 mir die Industrieförderung anschau, so sind da 700.000 S eingesetzt für bestimmte Maßnahmen, es sind auch 60.000 S drin für die Bergschule, aber eine Stützung für den Bergbau eigentlich nicht. Und wenn ich an den Bergbau denke, komme ich zu dem Schluß deshalb, weil wir immer von Forstaufschließungswegen hören usw. und die Kohle in der Tiefe drinnen ja nichts anderes ist als Forst, der vor Jahrmillionen unsere Täler bewaldet hat und dann unter verschiedensten Einwirkungen in diesen Jahrmillionen zu Kohle wurde. Heute geht es der Kohle gleich wie der Landwirtschaft. Das Ganze ist vielfach ein Preisproblem. Und wenn ich an den Knappen denke, der die Strecke vortreibt durch taubes Gestein, bis er zur Kohle kommt, dann muß ich sagen, es ist das eine Art Forstaufschließung, um zur Sonnenenergie zu kommen, die vor Millionen Jahren in diesen damaligen Wäldern aufgespeichert wurde.

Wir leiden aber darunter, daß der Bergbau in letzter Zeit in Mißkredit gekommen ist durch unseriose Berichte vieler Zeitungen, in denen so mancher Schreiber, der noch nie eine Grube gesehen hat, auf deutsch gesagt, einen solchen Blödsinn verzapft hat, daß die Jugend heute nicht einmal mehr in den Bergbau gehen will. Ich muß das sagen, auch wenn die Presse auf mich böse ist. Wir haben ja die Presse eingeladen gehabt, einmal die Grube zu besuchen, aber durch die Feiern, die bis spät in die Nacht gedauert haben ist man kaum dazu gekommen, drin-

nen in der Grube was zu sehen und war froh, daß man die Leute wieder herausgebracht hat. Und deshalb möchte ich ersuchen, daß man gerade dem Bergbau das gibt, was ihm gebührt, bevor es soweit kommt, daß wir die schlummernde Kohle in unserem Boden überhaupt nicht mehr herausholen können, weil wir die Leute dazu nicht haben.

Dazu gehört aber auch die Förderung der Bergschule. Die Bergschule ist als solche mit 60.000 S schwach dotiert. In einem Jahrgang sind etwa 60 Leute dort. Wenn es gut geht, kommen sie mit 25 Jahren dazu, sind oft verheiratet und haben Familie, und in den Ferien, wo die anderen auf Urlaub gehen, gehen die Bergschüler arbeiten, damit sie sich ein bißchen aufbessern. Hier wäre es notwendig, die Familien zu unterstützen, denn das, was sie von der Bergbehörde kriegen und vom Betrieb, reicht kaum für das Notwendigste, und daher gibt es viele Frauen von Bergarbeitern, die Kinder haben und trotzdem nebenher noch arbeiten gehen müssen.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nicht versäumen, um den Seegrabner Bergleuten, die viele Jahrzehnte da oben treu gedient haben, in meinem Namen und — ich bitte, das Hohe Haus möge mir zustimmen — namens der steirischen Abgeordneten den Dank von dieser Ebene aus auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.) Ich möchte aber auch noch erwähnen, daß damals, als es uns Fohnsdorfern so schlecht gegangen ist, als wir mit den Kohlenkisterln vor dem Bundeskanzleramt gestanden sind, es wir dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner danken, weil er der einzige war, der nach Fohnsdorf gekommen ist und zu dieser Zeit in die Grube einfuhr und sich um unsere Probleme kümmerte.

Ich möchte aber noch etwas sagen. Wir haben vor kurzem die Barbara-Feiern gehabt, und da hat man wieder gesehen, daß der Bergmannstand ein Stand ähnlich dem Bauernstand ist, der eine große Tradition hat. Mich freut es, daß heute angekündigt wurde, daß eine Ausstellung stattfinden soll mit dem Titel „Der Berg- und Hüttenmann“. Ich glaube, da wird man vom Bergmann besondere Sachen sehen und wird draufkommen, wie alt schon seine Versicherung und all das ist. Aber eines frage ich mich: Die Industriebevölkerung und auch der Bergmannstand, wir alle sind ja aus dem Überschuß des Bauernstandes hervorgegangen. Das ist ein Wechsel, der sich auch heute noch vollzieht und der mit dem Namen „Landflucht“ umschrieben wird. Und da frage ich mich, wenn da die Vertreter der Bauern sitzen und da die Vertreter des Bergmannstandes, der Industriearbeiter, der Angestellten, wie man da oft so hart aufeinander prallen kann? Draußen kommen wir wieder zusammen, da ist jeder ein privater Mensch, warum bringen wir nicht diese private Sphäre auch da öfters herein?

Und eines noch: Glauben Sie, vielen unserer Bauernsöhne, Arbeiter und Angestellten und allen, wie sie waren — vielleicht bleibt es der Jugend erspart — ist es so ergangen, daß wir gemeinsam kommandiert worden sind hinaus an die Front, wir sind gemeinsam draußen nebeneinander gelegen, dann sind wir gemeinsam zurückmarschiert durch zerbombte Dörfer und Städte in die zerstörte Heimat und andere gemeinsam in die Gefangenschaft. Ha-

ben wir damals nicht gesagt, „wenn wir daheim sind, werden wir das Land gemeinsam aufbauen und auch daheim gemeinsam weitermarschieren“. Und jetzt schaut es oft so aus, daß wir wohl die Straßen gemeinsam bauen, wir kommen aber nicht zum gemeinsamen Marschieren. Wir wollen ja nicht defilieren oder sonst etwas, aber wir wollen einen gemeinsamen Weg gehen. Und nun möchte ich dazu folgendes sagen: Im Krieg geht die Jugend voran und der Landsturm hintennach. Wir sind jetzt die älteren, der Landsturm. Und im Frieden sollten wir der Jugend vorangehen, damit sie den Weg in eine noch schönere Zukunft, wie wir sie in der Vergangenheit gerne gehabt hätten, finden. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Buchberger.

Abg. Buchberger: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Es ist ja allseits hinlänglich bekannt, daß gerade der Fremdenverkehr für unsere Volkswirtschaft eine spezielle Bedeutung hat, nicht nur für die gesamte Volkswirtschaft, sondern vor allem auch für die Landwirtschaft. Gestatten Sie hiezu kurz einige Bemerkungen:

Ich vertrete hier einen Bezirk, der, wenn Sie die strukturellen Verhältnisse kennen, sich zu 37% aus bergbäuerlichen Betrieben zusammensetzt. Gerade für unseren Bezirk kommt dem Fremdenverkehr im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung und vor allem der Bergbauern eine besondere Bedeutung zu, vor allem jene Bedeutung, die dem kleinen und Bergbauern die Möglichkeit gibt, sich ein zusätzliches Einkommen zu verschaffen, ein Einkommen, das folgend aussieht: Vor allem besteht für den Bergbauern die Möglichkeit, durch Ausbau seines Wohnhauses und dergleichen eine private Zimmervermietung in engster Zusammenarbeit mit dem Gastgewerbe durchzuführen. Der Bergbauer und der Bauer an und für sich hat durch den Fremdenbeherbergungsbetrieb auch eine besonders gute Möglichkeit, seine Produkte entsprechend gut und auf direktem Wege an den Mann zu bringen. Wenn ich nur kurz die strukturelle Situation des Bezirkes darlegen darf: 37% Bergbauern — der südliche Teil aus flachen und guten Feldern, der nördliche Teil aus Bergen und Almen bestehend. Wenn Sie die Gegend kennen, über die Teichalm vom Passailer Kessel, Fischbach, Strallegg, nach Ratten, haben Sie ein Aufenthaltsgebiet, das für jeden die Möglichkeit bietet, sich in diesen Regionen gut zu erholen. Und wenn ich hier vor allem Ratten herausstreiche, so konnten wir die Feststellung machen, daß gerade für Ratten der Fremdenverkehr eine ganz besondere Bedeutung gewonnen hat, vor allem deshalb, weil Ratten vor die Situation gestellt wurde, den Kohlenbergbau einstellen zu müssen. Es hat eben auf Grund dieser Schwierigkeit nur die einzige Möglichkeit gegeben, sich intensiv dem Fremdenverkehr zuzuwenden. Und wenn wir heute die Verhältnisse in Ratten sehen und beleuchten, müssen wir feststellen, daß sich diese Umstellung auf den Fremdenverkehr für die gesamte Bevölkerung, nicht nur für die bäuerliche, sondern auch für die Arbeitnehmer und für die gewerblichen Betriebe, sehr zum Vorteil ausgewirkt hat.

Meine sehr verehrten Freunde! Es muß unsere Aufgabe sein, von der Warte der Landwirtschaft vor allem eines nicht zu übersehen, eine Fremdenverkehrsgesinnung in unsere Bauernhäuser zu tragen. Und ich bin der festen Überzeugung, daß es uns gelingen wird, diese Fremdenverkehrsgesinnung herzustellen, und es wird dann möglich sein, unseren Freunden aus der Stadt, den Arbeitern, den Bergarbeitern eine sehr gute Aufenthaltsmöglichkeit in unseren bäuerlichen Gegenden zu bieten. Ich bin der festen Überzeugung, daß auch dieser Fremdenverkehr etwas ganz Besonderes zur guten Verständigung zwischen Stadt und Land beitragen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Karl Lackner das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Es ist kein Zufall, daß das Kapitel Fremdenverkehr mit der Landwirtschaft verbunden ist, bringt doch der Bauer, die Landwirtschaft die Produktion, die für den Fremdenverkehr notwendig ist einerseits, und andererseits bringt die Landwirtschaft die Landschaft, die der Fremdenverkehr braucht, die die Menschen brauchen für Erholung und Gesundheit in unseren Bergen, Wäldern, Höhen und Tälern. Ich darf mit Stolz feststellen, daß der Fremdenverkehr in der Steiermark in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung erlebt hat, und zwar deshalb, weil die richtige Initiative, der richtige Geist und auch die richtige Fremdenverkehrsgesinnung immer mehr Platz greift. Wir sind zwar als die Steiermark noch mehr ein Reiseland der Inländer, das ist auch richtig, in erster Linie sollen unsere Inländer in der Heimat Platz und Erholung finden und nicht soviel ins Ausland fahren, aber wir dürfen feststellen, daß auch der Fremdenstrom aus dem Westen immer stärker wird. Wenn man die Statistik verfolgt, so kann man feststellen, daß wohl die westlichen Bundesländer, Vorarlberg, Tirol, noch mehr Ausländernachtungen haben, aber die Steiermark hat vielleicht den höchsten Ausländernachtungszuwachs. Es haben in unserem Gebiet — besonders im Bezirk Liezen — alle Bevölkerungskreise ohne Unterschied von Beruf und Stand große Investitionen getätigt, und damit diese auch in Zukunft rentabel werden, soweit als möglich eine zweite Saison auszubauen, Winter- und Sommerfrische. Dadurch ist es dann erst möglich, daß das Werkel richtig läuft. Ich darf vermerken, daß im Bezirk Liezen zur Zeit 27 Schwimmbäder, 64 Schilifte, drei Sessellifte und 11 Minigolfanlagen in Betrieb sind. Wenn der Fremdenverkehrsgesinnung und die Fremdenverkehrsgesinnung weiterhin so herrschen und ausgebaut werden, so wird es sicher nicht lange dauern, daß die Steiermark sich auch mit den westlichen Bundesländern messen kann. Der Herr Landesrat Wegart will es nicht, aber ich muß trotzdem die Gelegenheit wahrnehmen, ihm zu danken, er hat nämlich da wirklich die Initiative ergriffen, und durch diesen Geist werden wir uns, wie gesagt, bald mit den westlichen Bundesländern messen können, was für die Steiermark und sicher für die gesamte Wirtschaft von besonderer Bedeutung ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Wegart.

Landesrat Wegart: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der reihotische Nonstop von drei Tagen läßt nicht nur Ermüdungserscheinungen im Hohen Haus, sondern auch auf der Pressegalerie feststellen. Daher möchte ich auch einem Appell meiner Kollegen Genüge leisten und mich möglichst kurz fassen. Bevor ich auf einige prinzipielle Fragen des Fremdenverkehrs eingehe, darf ich vielleicht ein paar Fragen beantworten, die heute von den Diskussionsrednern hier zum Kapitel Fremdenverkehr angeschnitten wurden.

Herr Abgeordneter Scheer, ich darf folgendes mitteilen: Bei der Gründung des Landesfremdenverkehrsverbandes, der eine Dachorganisation für die Fremdenverkehrsvereine und für die Fremdenverkehrsverbände in Steiermark ist und sein soll, haben wir die Stadtgemeinde Graz eingeladen, in diesem Fremdenverkehrsverband im Vorstand mitzuarbeiten. Diese Einladung ist an die Stadtgemeinde Graz so ergangen wie an alle übrigen, die wir in diesem Verbandsvorstand drinnen haben wollten, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, Handelskammer, Gemeinden und Gastwirte. Es haben alle dieser Einladung entsprochen, lediglich die Stadtgemeinde Graz, vertreten durch ihren Fremdenverkehrsreferenten, hat mir mitteilen lassen, daß sie nur unter einer Bedingung bereit sei, mitzutun, nämlich unter der Bedingung, den Vizepräsidenten ihr zu geben.

Es wäre dagegen im Prinzip nichts einzuwenden, aber ich möchte dazu sagen, daß wir bei der Festsetzung dieser Funktionen von folgenden Erwägungen ausgegangen sind:

Es soll zuerst einmal die Obersteiermark berücksichtigt werden, weil sie nahezu 60% der Übernachtungen aufweist. Dann war uns daran gelegen, einen Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, und zwar der Sektion „Fremdenverkehr“, in das Präsidium aufzunehmen, und damit waren die zwei Möglichkeiten bereits erschöpft. Ich habe dem Herrn Bürgermeister der Stadt Graz ebenfalls in einem Gespräch gesagt, ich würde es sehr bedauern, wenn die Stadt mit Rücksicht darauf nicht bereit sein würde, mitzutun. Denn die Arbeit des Fremdenverkehrs im Lande kommt ja auch der Stadt Graz zugute. Und zwar deshalb, weil jeder Gast, der aus dem Inland und meinetwegen aus dem Ausland zu uns ins Land kommt, wird ganz sicher einmal während seines Aufenthaltes auch die Landeshauptstadt besuchen, und wir stellen das auch während der Sommermonate in sehr bedeutendem Umfange fest. Es wäre dabei nicht zweckmäßig, wenn durch einen völlig überflüssigen Prestige-Standpunkt etwa diese Mitarbeit nicht gegeben wäre. Meine Einladung an einen Vertreter der Landeshauptstadt, im Fremdenverkehr im Vorstand mitzuarbeiten, bleibt aufrecht.

Auf die zweite Frage, ob die Kleinkredite erhöht werden könnten von gegenwärtig 50.000 S vielleicht auf eine höhere Summe, möchte ich folgendes sagen: Wir haben seit drei Jahren den sogenannten Sonderkredit eingeführt und sind in der Lage, einem konzessionierten Bewerber einen Sonderkredit im

Einzelfall in der Höhe von 150.000 S mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einer vierprozentigen Verzinsung zur Verfügung zu stellen. Daneben noch den Kleinkredit mit 50.000 S und in besonders gelagerten Fällen auch noch für ein aufgenommenes Kapital von 50.000 S den Zinsenzuschuß, so daß ein Einzelwerber, wenn er besonders förderungswürdig ist, wenn wir an einem Unterstützungsprojekt besonders interessiert sind, vom Land allein eine Viertel Million Schilling erhalten kann. Es erübrigt sich daher, hier eine Erhöhung vorzunehmen, weil wir gerade vor eineinhalb Jahren von 30.000 auf 50.000 S hinaufgegangen sind. Über die Feststellung, daß ein Fremdenverkehrsgesetz nicht mehr notwendig sei, habe ich mich aufrichtig gefreut.

Und nun darf ich noch zu einer Frage Antwort geben, die der Herr Abg. Hofbauer aus Bad Aussee zur Sprache gebracht hat. Ich greife nur heraus die Presseberichte. Er hat im besonderen gewünscht, daß die Presseberichte über Bad Aussee etwas forciert werden. Dazu darf ich folgendes sagen: Es wird Aufgabe der Kurverwaltung in Bad Aussee sein und des neuen Kurdirektors, von dem ich übrigens einen guten Eindruck habe, daß er die Beziehungen zur Grazer Tagespresse etwas vervielfältigt und genauso, wie es die anderen tun, stärker auch mit Rücksicht darauf, daß es notwendig erscheint, die Verbindung aufrechterhält. Aber zur Presse selbst habe ich einen besonderen Wunsch. Ich konnte ihn schon am Landes-Fremdenverkehrstag deponieren und möchte ihn hier vor dem Hohen Hause wiederholen. Meine Herren, wir sind an einem besonders interessiert, nämlich, daß Sie dann, wenn es im Lande irgendein Malheur gibt — und es kann einmal ein Malheur geben — etwa ein besonderer Unfall oder irgend etwas Ähnliches, nicht tagelang sich darin gefallen, diese Dinge möglichst stark aufzubauchen. Ich möchte das wie folgt begründen: Es stört nicht den Steirer, aber wir haben festgestellt, daß solche Meldungen von — ich möchte sagen — der Konkurrenz begierig aufgenommen werden, ob es nun hier die westlichen Bundesländer sind oder ob es gar das Ausland ist. Das kann ich gar nicht stark genug hervorheben. Ich möchte zum Beweis dessen, wie sich so etwas auswirkt, Ihnen einen konkreten Fall nennen, den wir nämlich geprüft haben: Im vergangenen Juni, d. h. im Juni 1963 hat es im oberen Feistritztal diese Unwetterkatastrophe gegeben. Selbstverständlich haben die steirischen Zeitungen das entsprechend aufgemacht. Aber was ist geschehen? Das hat natürlich die Wiener Presse übernommen, das hat selbstverständlich die Schweizer Presse übernommen, das haben die Zeitungen auch anderer Bundesländer übernommen und mehr darüber geschrieben als die steirischen Zeitungen selbst. Aber wie ist es uns im Feistritztal gegangen? Wir waren bereits ausverkauft. Kaum 2% der Gäste sind weggefahren. Sonst sind alle dort geblieben. Aber eines hat es mit sich gebracht, daß diejenigen, die angemeldet gewesen sind, für die nächsten Wochen ausgeblieben sind. Und daß wir buchstäblich innerhalb von 10 Tagen vor einem Zusammenbruch der Fremdenverkehrssaison im oberen Feistritztal gestanden sind. Das heißt also mit anderen Worten, die, die dort waren, hat das gar nicht gestört. Aber diejenigen, die das gelesen haben, haben geglaubt, um

Gottes willen, was ist da geschehen, wir werden doch nicht unser Leben aufs Spiel setzen und ähnliches mehr. Ich habe deshalb die Bitte, auch bei der Berichterstattung in solchen Fragen daran zu denken, daß es nicht nur das Leserbedürfnis zu befriedigen gilt, sondern daß selbstverständlich auch andere Faktoren in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden sollen. Was mich allerdings nicht der Verpflichtung enthebt, Ihnen, meine Herren von der Presse und auch vom Rundfunk, Radio Graz, aus ganzem Herzen zu danken, daß Sie laufend über die Fremdenverkehrsfragen der Steiermark berichten und daß Sie die Arbeit, die wir im Fremdenverkehrsreferat leisten, ständig auch maßgeblich unterstützen. Es wäre gar nicht möglich gewesen, so viel an Breitenwirkung zu erzielen, wenn nicht Sie ohne Rücksicht auf Ihre Farbe oder Ihre sonstige Einstellung uns unterstützt hätten. Ich möchte das hier im Hohen Hause mit besonderer Dankbarkeit vermerken. (Beifall.)

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich vielleicht zu einigen Fragen der Fremdenverkehrspolitik im grundsätzlichen Stellung nehmen. Was sind unsere Ziele? Uns liegt zuerst am Herzen, daß die Qualität unserer Betriebe und Anlagen verbessert wird. Es kommt nicht nur darauf an, in den Gaststätten mehr Betten zu bauen, sondern vor allem darauf, daß die Gastbetriebe in ihrem äußeren und inneren Bild veredelt werden. Das ist das erste Ziel unserer Fremdenverkehrspolitik überhaupt. Warum? Weil wir mit der Veredelung unserer Gaststätten auch die Erträgnisse der Fremdenverkehrswirtschaft steigern können. Wir sind aus vielen Gründen rückwärts und etwas hinten geblieben. Aber das ist nicht die Schuld der Fremdenverkehrswirtschaft im Lande, sondern das ist die Schuld von Verhältnissen, die uns einfach das Schicksal beschert hat. Die Tiroler hatten einen anderen Start als wir. Und wir müssen daher Dinge aufholen, die im Westen etwa — sagen wir — selbstverständlich sind. Wir liegen — und das ist zum Überfluß schon gesagt worden — nicht an den Nord-Süd-Verkehrssträngen wie etwa Salzburg, Tirol oder Vorarlberg. Wir sind nun in eine Randlage geraten. Aber diese Randlage zu überbrücken ist mit auch eine Aufgabe der Fremdenverkehrspolitik im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik des Landes überhaupt. Ich habe daher mit großer Freude heute gehört, wie man bestrebt ist, vor allem die Einfallstore aus dem Westen und aus dem Norden zu sanieren. Aber diese Einfallstore zu sanieren und sie so zu bauen, daß uns — wenn ich nur an die Strecke Bad Aussee—Stainach/Irdning denke, die im Sommer befahren wird wie keine zweite Straße —, sehr viel daran liegt, daß auch jenseits der weißgrünen Gränzpfähle im oberösterreichischen und Salzburger Gebiet daselbe geschieht. Denn für die Kraftfahrer, die diese engen Stellen fahren — und nun wickelt sich einmal der Fremdenverkehr bereits zu 85% auch in Steiermark auf der Straße ab —, die zugleich die Zubringerstraßen sind, können wir nur mit besonderem Interesse diese Frage anmelden.

Das zweite, was wir wünschen, ist, daß neben der Sommer-Saison, von der ich sagen kann, daß sie bereits voll ausgeschöpft ist, die Vor- und Nachsaison stärker ausgebaut wird. Wir haben viele Möglich-

keiten, hier mit der Saison nicht erst im Juni-Juli zu beginnen, sondern bereits im Mai. Wir werden daher mit Frühjahr des kommenden Jahres eine groß angelegte Werbeaktion auf diesem Gebiet starten und wollen vor allem die Pensionisten, die Inlandspensionisten persönlich anschreiben und einladen, in der Vor- und Nachsaison, wo es vor allem mehr Ruhe gibt, wo zusätzlich auch die Preise zum Teil gesenkt sind, das Land zu besuchen, damit die Hauptsaison dann den Familien mit Kindern und den Berufstätigen stärker als bisher zur Verfügung steht.

Das zweite Ziel, daß wir uns in dem Zusammenhang setzen, ist der Ausbau der Wintersaison. Hohes Haus! Es ist uns gelungen, innerhalb weniger Jahre auch im Winter stark aufzuholen. Und ich darf Ihnen sagen, daß wir in der Wintersaison 1963/64 allein hinsichtlich unserer äußeren Attraktionen, wie etwa des Baues von Schischlepliften, Sesselliften und ähnlichem, hinter Tirol an die zweite Stelle der österreichischen Bundesländer gerückt sind. Ich möchte auch hier ein sehr nüchternes Wort zu dieser Arbeit sagen. Wir sind zum Teil mißverstanden worden. Wir haben nicht den Ehrgeiz, möglichst viele Schischleplifte zu bauen, aber es hat sich herausgestellt, ein Gebiet, das sich für den Wintersport eignet, kann nur mit diesen Attraktionen erschlossen werden. Es wäre undenkbar, und es ist auch nicht zielführend gewesen, etwa der Fremdenverkehrswirtschaft dort zu sagen: „Bauen Sie eine Gaststätte hin, bauen Sie eine Zentralheizung hin“, dann hat uns jeder geantwortet: „Ja, warum? Es kommt ja niemand her.“ Wir haben daher das Pferd von rückwärts aufgezäumt, wir haben die Schilifte hingebaut, und siehe da, so haben wir innerhalb von kaum drei Jahren von rund 50 Wintersportorten auf 120 aufgezogen. Wir haben allein um Graz einen Kranz von Wintersportorten aufgezogen, die jeden Vergleich und jede Konkurrenz auch mit dem benachbarten Ausland aushalten. Ob es die Teichalm ist, ob es das Gaberl ist, ob es Hirschegg ist, ob es die Pack ist, ob es der Reinischkogel ist, ob es Trahtütten ist, um nur sechs bedeutende zu nennen, sie sind nicht nur aufnahmefähig für die Substanz in Graz, sondern selbstverständlich auch darüber hinaus für die übrigen Bundesländer und auch für das Ausland. Dasselbe gilt für das Ennstal, dasselbe gilt für das Steirische Salzkammergut, und es zeigt sich, daß dort, wo zwei Saisonen ausgenützt werden, selbstverständlich der Erfolg in der Fremdenverkehrsarbeit ein noch wesentlich größerer ist. Wir werden in der heurigen Wintersaison neuerdings rund 20 Anlagen ihrer Bestimmung übergeben und sind damit dabei, auch hier das Netz dieser Attraktionen noch zu verdichten. Wir sind deshalb daran interessiert, das zu tun, weil nur aus einer solchen Arbeit heraus die Möglichkeit besteht, das Land stärker als bisher in den Fremdenverkehr hineinzubringen.

Ein nächstes, in dem das Land auch bemerkenswerte Ergebnisse gezeitigt hat, sind unsere Bergstraßen. Innerhalb weniger Jahre ist die Bergstraße auf den Stoderzinken gebaut worden, jene auf die Türllwandhütte, jene auf die Tauplitz, und unter uns befindet sich ein Kollege, der Abgeordnete Lackner, der durch seine besondere Initiative und seinen Ein-

satz die Straße auf die Planneralpe gebaut hat, eine Attraktion allerersten Ranges. Hier zeigt sich, daß wir damit auch nicht nur neue Gebiete erschließen, sondern auch dem Autofahrer, der in dieses Land kommt, die Möglichkeit geben, eine Bergwelt noch bequemer als bisher zu erreichen. Das bedeutet aber gleichzeitig für jene Gebiete, in denen wir keine andere Möglichkeit besitzen, durch unsere Wirtschaftspolitik oder durch andere Maßnahmen den Menschen die Existenz und das tägliche Brot abzusichern, daß wir es durch die Arbeit im Fremdenverkehr tun. Ich möchte auch das hier mit besonderer Freude vermerken.

Eine weitere Aufgabe, die wir uns gestellt haben und die ich als erfolgreich bezeichnen darf, ist das Kreditsystem. Ich möchte gar nicht lange Zahlen nennen, aber eine, weil sie bemerkenswert erscheint. Im Jahre 1962 haben wir mit dieser Sonderaktion im Lande begonnen. Wir konnten bisher in 2½ Jahren rund 34 Millionen Schilling im Lande an Krediten ausschütten, an 287 Fremdenverkehrsbetriebe, die eine 10jährige Laufzeit haben und eine vierprozentige Verzinsung. Im Jahre 1965 sind es neuerdings 10 Millionen Schilling, so daß allein das Land Steiermark nur in der Sonderaktion 44 Millionen Schilling ausgeschüttet haben wird. Das bedeutet natürlich mächtige Impulse für den Aufbau und für die Veredelung dieses Produktes, das wir hier besonders anstreben. Und damit — ich möchte gar nicht mehr weiter ausholen — möchte ich nur noch einen Hinweis geben und ihn auch hier im Hohen Hause berichten. Das ist die Preistreue und die Preisdisziplin der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft. Meine Damen und Herren! In den letzten zwei Jahren hat allein der Gastwirt rund 12 Erhöhungen zu schlucken gehabt, 12 bedeutende Erhöhungen bei Löhnen, bei Gehältern, bei diversen zusätzlichen Abgaben und ähnlichem. Und trotzdem haben wir innerhalb der letzten zwei Jahre Preiserhöhungen im Rahmen der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft in der Größenordnung zwischen 1 bis 4% erlebt, also kaum ins Gewicht fallend. Und ich möchte das deshalb betonen, weil sich herausgestellt hat, daß die Preisdisziplin und die Preistreue eines der wesentlichsten Argumente in unserer Werbearbeit ist. Nichts wirkt überzeugender, als wenn wir sagen können: Hier weiß man, wie man dran ist. Es wird nicht geschmalzt, es wird nicht gefordert, wie wir es leider auch da und dort kennen. Wir wissen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft vor solchen Versuchen nicht gefeit ist. Und wir kennen Beispiele im Westen, von denen ich nur sagen kann, daß sie auf die Dauer der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft nicht nützen werden. Denn auch hier wird Maß und Mitte jedenfalls ein wichtiger Wegweiser sein. Die steirische Fremdenverkehrswirtschaft hat sich auch hier in diesem abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr durch besondere Preisdisziplin ausgezeichnet. Auch dafür möchte ich an dieser Stelle aufrichtig und herzlich danken. Der Hauptbetrieb im Land ist der Familienbetrieb, und ich möchte gerne am Schlusse jemand danken, von dem wir kaum einmal reden, das sind unsere braven Gastwirtinnen, diejenigen, die in der Küche oft 14, 15 und 16 Stunden arbeiten und sich abplagen und damit den Tisch des Gastes decken und mit ihrer Arbeit eine Arbeit lei-

sten, die einmalig ist. Wenn wir gerade im Lande auf dem Gebiet bisher kaum Schwierigkeiten gehabt haben, wie es etwa in den Nachbarländern bereits festzustellen ist, daß es wohl genügend Betten gibt, aber immer weniger Verpflegungsmöglichkeiten, dann sind wir von dieser Frage im Lande nicht betroffen. Und das verdanken wir neben vielen Faktoren vor allem den fleißigen Gastwirtinnen, denen auch hier im Hohen Hause der Dank ausgesprochen werden soll.

Ich möchte aber auch danken am Schluß vor allem dem Hohen Landtag, daß er die Ansätze für den Fremdenverkehr um ein wesentliches erhöht genehmigt. Das bedeutet die Möglichkeit, auch für 1965 die Arbeit im Fremdenverkehr auf breiter Basis fortzusetzen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Krainer das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Ich möchte zu diesem Kapitel nur ein paar Feststellungen treffen und vor allem das Hohe Haus darauf aufmerksam machen, daß die ganze Entwicklung in der Frage der landwirtschaftlichen Produktion einen Weg weist, den wir nicht genug ernst nehmen können, und zwar die Tatsache, daß wir kaum mehr eine beachtliche Steigerung unserer Milchproduktion haben, daß die Zahl der Milchkühe laufend rückläufig ist, und die Ergebnisse einer solchen Rückläufigkeit sind keine österreichische Erscheinung, sondern sind eine europäische Erscheinung. Es ist nicht uninteressant, daß erst vor kurzem das sehr bauernfreundliche Schweizer Land es für notwendig befunden hat, für die Einstellung neuer Kühe eine Prämie von 1000 Franken zu gewähren, für jeden Bauern, der eine solche Einstellung vornimmt. Es ist also die Tendenz, wie wir sie im Anlaufen bei uns feststellen, ebenso in der Schweiz, ebenso in Holland, ebenso in Dänemark feststellbar, und die Tatsache muß uns ernst stimmen. Wir müssen alles unternehmen, um hier die Produktion aufrechtzuerhalten. Bei den Großbetrieben ist es deshalb kaum möglich, das ist heute schon ausführlich begründet worden, weil einfach die Arbeitszeit und die Zeit der Bindung auch am Sonntag kaum zuläßt, daß die notwendigen Arbeitskräfte und die notwendigen Melker gefunden werden; daß aber der Familienbetrieb wirklich daran interessiert wird, die Kuhhaltung weiterhin aufrechtzuerhalten und damit einen wesentlichen Teil unserer Ernährung für die Zukunft zu sichern. Ich bitte, diese Frage nicht als ein Gefecht pro oder kontra aufzufassen oder als ein politisches Spiel, sondern ich glaube, das ist eines der ernstesten Dinge, die wir in der nächsten Zeit zu verfolgen haben.

Ich habe dann noch ein paar Feststellungen: Es wurde gestern beispielsweise bemängelt, daß ein Landesschulinspektor für die Berufs- und Fachschulen eingestellt wurde, der zu kurz in landwirtschaftlichen Schulen tätig war. Es wurde weiter bemängelt, daß dieser Mann noch ein sehr junger Mann sei. (Abg. Zinkaneil: „Jung ist nicht tragisch, Herr Landeshauptmann.“) Aber es kommt darauf hinaus, daß er zu jung sei. Ich möchte festhalten, Landesrat Pirsch, der hier die Wahl im wesentlichen getroffen hat, hat sehr wohl Überlegungen ange-

stellt, wer überhaupt für diesen Posten in Frage käme. Es wären zwei Herren als Anwärter auszuwählen gewesen. Beide Herren, sowohl der Direktor von Grottenhof als auch der Direktor von Gräbnerhof, konnten deshalb nicht in Betracht gezogen werden, weil die Nachbesetzung einfach mangels geeigneter Persönlichkeiten nicht möglich war. Der Vorschlag, den der vormalige Landesschulinspektor gemacht hat, war auch aus verschiedenen Gründen nicht möglich, daher wurde dann auf Ing. Schaller gegriffen, der erstens alle seine Studien wie auch die Matura mit Auszeichnung gemacht hat, sein Diplom mit Auszeichnung abgelegt hat, sowohl in der Schweiz als auch in Amerika spezifisch die Fragen des landwirtschaftlichen Schulwesens und Bildungswesens studiert hat, und zwar durch mehrere Monate bzw. durch ein Jahr. Der Mann ist Kammerangestellter und hat als solcher unzählige Vorträge, Fachvorträge in den Kammerkursen abgehalten, hat dann die Lehramtsprüfung mit Auszeichnung abgelegt und diese Kriterien und auch mit seine Jugend und die Tatsache schlechthin, daß dieser Posten sozusagen ein völlig neuer Posten ist, nicht der Fachinspektor, sondern der „Berufsschulinspektor“ waren also die Ursache zur Bestellung des Herrn Ing. Schaller. Ich möchte festhalten, Herr Kollege, vielleicht ist Ihnen das nicht bekannt, der Beschluß in der Regierung wurde einstimmig gefaßt. Ich möchte der Meinung sein, daß wir alle glücklich sein können, diesen Mann zu haben, nicht nur weil er ein junger Mann ist und daher eine Kraft auf lange Sicht, sondern ich möchte auch noch festhalten, daß er ein sehr lockendes Angebot von der Kammer gehabt hat, das er ausgeschlagen hat und den Posten in der Landesregierung angenommen hat. Inzwischen hat auch das Landwirtschaftsministerium ihn zum Schulinspektor bestellt.

Die verschiedenen Wahlen in die Berufsvertretungen waren heute Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen und ich möchte wohl auch sagen nicht immer sehr artiger Ausdrücke wie „organisierter Wahlschwindel“ und solcher Äußerungen. Ich muß also jede solche Äußerung mit Entschiedenheit zurückweisen, weil ich immerhin Vorsitzender des Landes-Wahlausschusses bin für die Landarbeiterkammer bzw. für die Bauernkammer, und weil gerade bei der Landarbeiterkammerwahl, die hier zu so heftigen Auseinandersetzungen geführt hat, auf Grund des Einspruches beim Verfassungsgerichtshof, wodurch wir Gelegenheit hatten, die Wahlvorgänge zu untersuchen, und zwar nicht nur die Bürgermeister, sondern auch die Gendarmerie hat die Untersuchungen vorgenommen, festgestellt wurde, daß Unkorrektheiten nicht vorgelegen haben. Das wurde festgestellt und auch dem Verfassungsgerichtshof zur Kenntnis gebracht. Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes stützt sich zuerst auf die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes, und zwar weil die Rentner an eine Beschäftigungszeit gebunden waren und der Verfassungsgerichtshof der Meinung Ausdruck gegeben hat, entweder keine Beschäftigungszeit, alle Rentner und kein Unterschied mit der Einschränkung der Beschäftigungszeit, die ja Ursache der Aufhebung war, und zweitens das sogenannte weiße Kuvert bei den Angestellten. Es hat sich aber niemand darüber beschwert, daß dort etwa Unkorrekt-

heiten vorgekommen sind. Aber man war der Meinung, daß das weiße Kuvert nicht die Gewähr biete, daß man nicht durchsehen könne. Bitte, wenn man mit einer entsprechenden Lampe ein Kuvert durchleuchtet, kann man jedes Kuvert durchleuchten, aber ich glaube, daß bei keiner Wahlkommission so etwas vorgekommen ist. Das war auch mit ein Grund der Aufhebung und man hat festgestellt, wenn die Stimmzettel abgesammelt worden wären, daß das ein Grund zur Aufhebung gewesen wäre. „Wenn“ — „gewesen wäre.“ Ist aber nicht geschehen, wurde nicht festgestellt. Die Bauernkammerwahlen: Hier darf ich wohl sagen, daß wir uns alle selbst an die Brust klopfen dürfen, die wir hier im Hohen Hause sitzen. Es wird mir das eine Lehre sein, ich werde von nun an sehr darauf dringen, daß so komplizierte Gesetze, wie es die Wahlgesetze bezüglich der Landarbeiterkammerwahlordnung und bezüglich des Gesetzes ebenso bezüglich der Bauernkammerwahlordnung und des Gesetzes sind, von führenden Juristen der Fakultät geprüft werden, bevor sie Gesetz werden. Tatsache ist, daß beim Bauernkammerwahlgesetz eine Lücke aufscheint, die sowohl der Gesetzgeber als auch die Beamten übersehen haben. Und dadurch jetzt die Diskrepanz, erstens einmal 4 feste Reststimmen, und daß nach zwei verschiedenen Verfahren, das Hagenbach-Bischof'sche und das d'Hondtsche Verfahren die verschiedenen Ermittlungsverfahren ausgerechnet wurden; und das hat die Diskrepanz ergeben, daß es bei den 35 Restmandaten auch nicht ein Zehntel Reststimme gibt und daher die Schwierigkeit der Verteilung zukommt. Wir haben jetzt ein Rechtsgutachten bei der Fakultät eingeholt und es wird wahrscheinlich die Grundlage bei den Entscheidungen sein. Es muß noch genau überlegt und studiert werden. Aber wenn hier Beschwerden geführt wurden darüber, daß bei der Reklamierung Unebenheiten vorgekommen sein sollen, so gibt es die bei jeder Wahl. Einen solchen Streit gibt es bei jeder Wahl, denn es wird ja dabei sozusagen um jede Seele gerungen und daher auch die aber an sich nicht sehr bedeutenden Einsprüche. Ich sage ausdrücklich „die nicht bedeutenden Einsprüche“, die, wie wir glauben, auch nicht wahlbeeinflussend gewesen sind, was ich mit Überzeugung glaube sagen zu können. Sei es wie immer, wir haben gar kein Interesse, das möchte ich ausdrücklich feststellen und damit den uns gemachten Vorwurf des „organisierten Wahlschwindels“ zurückweisen, daß Unkorrektheiten bei Wahlen vorkommen. Niemand hat etwas davon. Das möchte ich auch ausdrücklich sagen. Das gilt für die Arbeiterkammer genauso, wo von vielen Unkorrektheiten immer wieder die Rede war und auch solche Behauptungen und sogar Beweise erbracht wurden. Ja, meine Herren, sogar Beweise. Die Kammerwahlordnungen der Berufsvertretungen, na das sind schon recht merkwürdige Gesetzeswerke, aber dabei ist keines ausgenommen. Und jeder beharrt sehr entschieden auf seinem Gesetz. Im Arbeitsausschuß der Regierungsparteien wurde ja darüber verhandelt, sowohl bei der Arbeiterkammer als auch bei der Landwirtschaftskammer hinsichtlich des amtlichen Stimmzettels. Man sagte, es müsse bei allen Kammern dieser amtliche Stimmzettel eingeführt werden, und da war die Ant-

wort Ihrer Parteianhänger oder Ihrer Führerschaft, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer allein genügen nicht. Man kommt nicht zusammen, weil man wahrscheinlich nicht zusammenkommen will. Es wird also nicht fehlen an der Toleranz und an der Gesinnung, wenn wir ein neues Wahlgesetz herausgeben werden, aber das allein genügt nicht, sondern wir werden uns vor allem die rechtlichen Unterlagen wirklich sehr, sehr gründlich beschaffen müssen und hier auch die Mitwirkung der juristischen Fakultät in Anspruch nehmen, damit uns so etwas nicht mehr passiert. Denn so einfach sind die Dinge nicht, wenn eine Wahl einmal abgeführt wird und dann wird sie behoben. Das mag schon irgendwie ein Spaß sein, so etwas anzukämpfen, aber wenn die einfachen Leute gewählt haben und dann wird eine solche Wahl behoben, dann ist das für sie natürlich eine Enttäuschung. Daß die Leute zu Wahlvorgängen kein Vertrauen haben, das kann nicht unser Interesse sein. Daher möchte ich appellieren, daß wir hier lieber nicht mit allen möglichen Vorwürfen und Ausdrücken, wie Schwindel usw. aufwarten. An sich sind unsere Wahlen in sauberster Art und Form abgeführt worden, und wenn wir uns über die Berufsvertretungswahlen beklagen, dann kann man nicht die eine oder andere herausheben, dann gilt das für alle. Jedenfalls wollen wir korrekte Wahlvorgänge für die Zukunft haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Mangels weiterer Wortmeldung erteile ich dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Prenner: Hoher Landtag! Zur Gruppe 7 haben sich 24 Redner gemeldet gegenüber 22 im Vorjahr, und zwar 16 von der ÖVP, 6 von der SPÖ und 2 von der Freiheitlichen Partei Österreichs. Ich darf darauf hinweisen, daß diese Gruppe eine Zeit von 7 Stunden 20 Minuten beansprucht hat gegenüber dem Vorjahr mit 6 Stunden 45 Minuten. Ich möchte meinen Antrag zur Annahme dieser Gruppe wiederholen.

Präsident: Wer den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 7 ist angenommen.

Präsident: Wir kommen zur Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen.“ Berichterstatter ist Abg. Johann Pabst. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Pabst: Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Die Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“ ist in 5 Gruppen gegliedert. Der Abschnitt 83 „Landesbahnen“ sieht im Voranschlag für 1965 Einnahmen in der Höhe von 34.232.000 S und Ausgaben in der Höhe von 50.178.400 S vor. Hier sind natürlich die entsprechenden Abschreibungen inbegriffen. 2,3 Millionen Schilling sind für das kommende Jahr an Investitionen vorgesehen. Der Zuschuß des Landes beträgt somit für 1965 insgesamt 16.239.700 S. Der Abschnitt 86 „Landwirtschaftliche Betriebe“: Diese bringen für 1965 12.244.000 S Einnahmen und Ausgaben in einer Höhe von 15.435.000 S. Dies ergibt einen Abgang, den das Land zu decken hat, in einer Höhe von 3.191.000 S. Es spiegelt sich hier die all-

gemeine Situation der Landwirtschaft wider, daß vor allem alle Investitionen nicht aus den laufenden Erträgen, wenn die Landwirtschaft auch noch so gut geführt wird, getragen werden können. Der Unterabschnitt 864 „Forstwirtschaftliche Unternehmungen“ weist für 1965 zum Unterschied vom heurigen Voranschlag keine Einnahmen aus. Für heuer waren es 2.100.000 S, dafür aber Ausgaben, die das Budget tragen muß, in einer Höhe von 3 Millionen Schilling, dies als Vorschuß, weil in Gstatterboden ein neues Sägewerk errichtet wird. Schließlich der Abschnitt 87 „Industrielle und gewerbliche Unternehmen“. Hier beziffern sich die Einnahmen auf 1.675.800 S und die Ausgaben auf 8.185.200 S, ein Abgang also von 6.509.400 S.

Die ganze Gruppe 8 ergibt für 1965 Einnahmen von 14.292.700 S und Ausgaben in der Höhe von 42.992.100 S. Das ergibt letztlich einen Abgang von 28.699.300 S.

Die Gruppe 8 wurde im Finanzausschuß eingehend beraten, und ich darf in dessen Namen das Hohe Haus ersuchen, den Voranschlag der Gruppe 8 für 1965 zum Beschluß zu erheben.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer für die Annahme der Ansätze der Gruppe 8 ist, möge die Hand erheben. (Geschieht). Die Gruppe 8 ist angenommen.

Präsident: Wir kommen zur Gruppe 9. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Vinzenz Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Die Gruppe 9 ist in 10 Abschnitte und 19 Unterabschnitte unterteilt. An Einnahmen ergeben sich 1.318.177.100 S, das ist ein Plus von 168.532.100 S, auf der Ausgaben-seite 230.888.100 S, das ist ein Mehr von 41.242.700 S.

Ich darf das Hohe Haus namens des Finanzausschusses bitten, der Gruppe 9 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek. Ich erteile es ihm.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Vielleicht sollte ich als der für die Gruppe 9 zuständige Referent jetzt auf die vielen Bemerkungen eingehen, die im Laufe der Debatte eigentlich bezogen auf die Gruppe 9 gemacht wurden und in Wirklichkeit hierher gehören. Vielleicht müßte ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Leitner vor Augen halten, daß jener Satz meiner Einbegleitungsrede, über den er sich so erregt hat, daß nämlich diesmal mit einem tiefen Griff in die Reserven versucht wurde, alle Wünsche, zumindest aber alle berechtigten und vordringlichen Wünsche zu erfüllen, eine Versicherung ist, die jeder Finanzreferent, der sein Budget vorlegt, dem Hause geben muß und geben können muß, wenn er sein Budget ehrlich und gewissenhaft gemacht hat. Ich habe ja nicht behauptet, Herr Abg. Leitner, daß alle Wünsche erfüllt werden könnten,

sondern daß eben mit einem tiefen Griff in die Reserven versucht wurde, sie zu erfüllen. Daran etwas zu finden, Herr Abgeordneter, das finde ich etwas absurd.

Vielleicht, meine Damen und Herren, müßte ich jetzt auch die richtigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten DDr. Hueber gewissermaßen noch unterstreichen und ergänzen, weil nämlich der vorliegende Budgetentwurf des Landes für das Jahr 1965 dem Begriff der Währungsneutralität geradezu ideal entspricht. Wenn man nämlich die unechte Aufblähung, insbesondere die durchlaufende Gebarung mit insgesamt 44 Millionen Schilling von der Budgetsumme des Jahres 1965 abzieht und wenn man der Budgetsumme des Jahres 1964, also des laufenden Jahres, jene über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die wir tatsächlich im heurigen Jahr geleistet haben, hinzurechnet, dann ergibt sich von 1964 auf 1965 eine echte Steigerung von genau 5,8%, meine Damen und Herren. Und das Bruttonationalprodukt wird heuer nach allgemeiner Auffassung der Wirtschaftskreise um etwa 6% steigen, oder ich glaube, jetzt kann man schon sagen, gestiegen sein. Wenn ferner, meine Damen und Herren, wie man ebenfalls allgemein in Wirtschaftskreisen annimmt, das Bruttonationalprodukt im nächsten Jahr wieder um voraussichtlich 5% steigen wird, dann werden wir erfahrungsgemäß auch wieder überplanmäßige Ausgaben in entsprechender Höhe zu tätigen haben, die wir dann durch ein zusätzliches Wachstum unserer Einnahmen, namentlich unserer Ertragsanteile, auch tatsächlich und ohne weiteres werden leisten können. Die Mehrausgaben werden aber bei uns erst den Mehreinnahmen folgen und nachlaufen und nicht umgekehrt, wie das bei manchem anderen Budget der Fall ist.

Das, meine Damen und Herren, ist eines der Kennzeichen unseres Budgets seit Jahren. Ein Kennzeichen übrigens, auf das wir sicher alle miteinander stolz sein können und ein Merkmal und ein Garant zugleich, durch die jede Art von Auftriebstendenzen völlig ausgeschaltet wird. Und darin liegt zugleich die Tatsache, daß dieses Budget für sich wirklich in Anspruch nehmen kann, daß es alle Merkmale der Konjunkturgerechtigkeit an sich trägt.

Und, meine Damen und Herren, ich könnte die Reihe der Bemerkungen, auf die ich vielleicht eingehen sollte oder auf die einzugehen sich besonders für mich lohnen würde, beliebig fortsetzen. Ich habe aber das Gefühl, daß Sie das von mir weder wünschen noch erwarten. Ich beschränke mich daher darauf, Ihnen zu versichern, daß alles, was im Rahmen der Budgetdebatte vorgebracht wurde — und es wurde sehr viel Wertvolles und sehr viel auf einem hohen Niveau von Verantwortung Stehendes gesagt —, bei der Vorbereitung und Entstehung des nächsten Budgets eingehend und gewissenhaft geprüft und soweit als überhaupt möglich auch dem nächsten Budget zugrunde gelegt werden wird.

Im übrigen, meine Damen und Herren, danke ich Ihnen für die sachliche Behandlung, die Sie dem Entwurf haben angedeihen lassen. Ich danke allen, die beim Zustandekommen des Budgets mitgewirkt haben, für die wertvolle Hilfe, und ich danke vor allem den Steirerinnen und den Steirern, wo immer sie le-

ben, arbeiten und wirtschaften, dafür, daß sie es uns durch die Ertragnisse ihrer guten Arbeit und durch die Ertragnisse ihrer erfolgreichen Wirtschaft möglich gemacht haben und möglich machen, ein Budget zu verabschieden, das wir mit gutem Gewissen vertreten können und das seinen tiefsten Sinn erfüllen wird, indem es wieder dem Leben und dem Wohl der Menschen unseres Landes dienen wird.

Ihnen allen, meine Damen und Herren, unseren Beamten und allen unseren Helfern in den Gemeinden und allen unseren Landsleuten wünsche ich, daß wir mit diesem Budget in ein gutes Jahr gehen, daß es über alle Gegensätze hinweg auch in diesem Wahljahr gelingen möge, immer das Gemeinsame zu finden und das Beste zu tun, im Interesse unseres Landes und im Interesse der Menschen, die uns in dieses Haus geschickt und die uns zu dieser Aufgabe berufen haben und die ein Recht darauf haben, daß wir ihnen und nur ihnen und ihrem Wohl dienen. Glückauf für 1965! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Landeshauptmann Krainer hat sich zum Wort gemeldet.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich glaube, es steht dem derzeitigen Landeshauptmann zu, zu danken, auch im Namen der Landesregierung zu danken für die sachliche Behandlung dieses Budgets. Es war eine auf hohem Niveau stehende Diskussion, es ist Kritik an der einen oder anderen Post oder an dem einen oder anderen Kapitel geübt worden, aber positive Kritik, aufbauende Kritik. Es war auch manchmal ein bißchen lebhaft in diesem Hause, aber es ist kaum zum Vorschein gekommen, daß wir auch vor einer Wahlentscheidung stehen. Es wurde mit einem Worte sachlich gearbeitet. Und ich glaube, es ist dieser Zustand der Beweis der Reife und der Erkenntnis der Aufgaben, die wir als Abgeordnete in diesem Hohen Hause zu erfüllen haben, nämlich, daß wir unserer Wirtschaft und unseren Menschen das Beste zu geben haben, daß wir bei aller eigenen Auffassung unserer Parteimeinungen vor allem aber die Heimat zu sehen haben, das Ganze zu sehen haben. Dieses Budget ist wieder gerade vor den Wahlen ein wohlgelungener Beweis dafür, daß wir dieser unserer Aufgabe, wenigstens soweit das Menschen überhaupt können, gerecht geworden sind. Das soll kein Eigenlob sein. Aber das auszusprechen scheint mir gerade deshalb auch notwendig, weil wir nicht immer zufrieden sind mit dem, was man liegen lassen oder verschieben muß oder begründet glaubt, daß es gut sei. Sicher gibt es vieles zu diskutieren und selbstverständlich gibt es die verschiedensten Meinungen und Auffassungen, selbstverständlich gibt es die verschiedenen Parteimeinungen. Das ist zum Glück die Erkenntnis, die wir alle haben. Aber wenn man z. B. weiß, daß ein Gesetz nur deshalb nicht verabschiedet werden konnte, weil man damit etwa gekoppelt hat die Olwirtschaft, nämlich das Mühlengesetz, was für unser Land sicher auch von Interesse und Bedeutung ist, so tut es einem leid, daß es so ist und daß es nicht so ist wie bei uns hier im Landtag, daß man sich letztlich — wenn auch die Probleme nicht so schwer sind als die des Bundes — immer wieder zu allen Zeiten geeinigt hat. Und, das

können wir auch sagen, zu allen Zeiten niemand zu kurz gekommen ist. Jeder hat entsprechend seinem Einfluß und seiner Anhängerschaft seinen Anteil — ich getraue es mir zu sagen, seinen gerechten Anteil — eingeholt oder sich zu verschaffen versucht.

Und ich glaube, es gibt nichts Schöneres und es gibt keine größere Aufgabe für uns alle, gerade auch am Rande der unfreien Welt, als daß wir ein gutes Beispiel der demokratischen Reife geben, und diese vergangenen Landtagssitzungen haben diese Reife wieder bewiesen.

Ich darf daher im Namen der Regierung für die Unterstützung danken, die die Regierung immer wieder am Landtag gefunden hat, ich darf den Beamten danken. Es ist ja heute schon viel Dank gesagt worden. Aber beispielsweise Pirrsch, der nicht hier sein kann, konnte seinen Mitarbeitern den Dank nicht sagen. Ich will alle einschließen, ob sie dieses Budget bearbeitet haben, lange, lange vorbereitet haben, wo immer und in welcher Abteilung immer sie tätig sind, ob sie mehr oder weniger produktiv sind oder ob sie um die Ordnung besorgt sind in unserem Lande, oder die schwierige Aufgabe der Personalbetreuung haben. Ich möchte allen aufrichtig danken, die in den Krankenanstalten und die im Forst tätig sind, oder in der Veterinärabteilung oder die am Krankenbett tätig sind als Ärzte oder als Amtsärzte draußen, allen unseren Straßenwärtern und wie die verschiedenen Gruppen alle sind. Ihnen allen Dank für Ihre Mitarbeit und auch für die Treue, die Sie uns immer wieder erweisen und zu uns stehen und zu uns halten. Auch für den sozialen Frieden, den wir haben, können wir danken. Hier sollen nicht ausgeschlossen sein die Vertretungen, die Betriebsräte, die hier die Vermittlung zwischen uns und dem Personal zu erfüllen haben. Ich glaube, daß ihnen allen der Dank gebührt. Und wir wollen dem Herrgott auch noch danken dafür, daß er uns die Möglichkeit gegeben hat, durch eine gute und glückliche Entwicklung unserer Wirtschaft, durch eine gute Atmosphäre in unserem Lande, hier auf diesem Platz für unsere schöne Heimat zu wirken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Mangels einer weiteren Wortmeldung erteile ich dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Vinzenz Lackner: Ich verzichte.

Präsident: Ich stimme über die Gruppe 9 ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschlacht.) Die Gruppe 9 ist angenommen.

Präsident: Wir kommen somit zum außerordentlichen Landesvoranschlag. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Fritz Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Fritz Wurm: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im außerordentlichen Landesvoranschlag sind in der Gruppe 0 Ausgaben vorgesehen von 24,3 Millionen, wovon 16,4 Millionen gedeckt sind, in der Gruppe 2 Ausgaben von

26 Millionen, gedeckt 21,3 Millionen, in der Gruppe 3 Ausgaben von 4,7 Millionen, wovon 2,7 Millionen gedeckt sind, in der Gruppe 4 8,4 Millionen, gedeckt 6,2 Millionen, in der Gruppe 5 sind Ausgaben vorgesehen von insgesamt 73 Millionen, wovon 48 Millionen gedeckt sind, in der Gruppe 6 33 Millionen, wovon 32 Millionen gedeckt sind, in der Gruppe 7 12,3 Millionen, gedeckt 8,1 Millionen, in der Gruppe 8 Ausgaben von 15,5 Millionen, gedeckt mit 10 Millionen, in der Gruppe 9 20 Millionen, gedeckt davon 12,3 Millionen. Insgesamt sind im außerordentlichen Voranschlag Ausgaben vorgesehen von 217,4 Millionen, wovon 157.067.800 S gedeckt sind. Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt. In seinem Namen ersuche ich um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir können abstimmen. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrage einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der außerordentliche Landesvoranschlag ist angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschlüßanträgen, die im mündlichen Bericht Nr. 63 Ihnen vorliegen. Diese Beschlüßanträge sind zum Teil gemeinsame Anträge, zum Teil Anträge von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei oder der Sozialistischen Partei Österreichs. Diesen Anträgen wurde jeweils von den nichtantragstellenden Parteien im Ausschuß zugestimmt. Wir können daher über alle Beschlüßanträge gemeinsam abstimmen.

Ich ersuche daher die Abgeordneten, die diesen Beschlüßanträgen gemäß Bericht Nr. 63 zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Diese Beschlüßanträge sind zur Gänze angenommen.

Wie Sie im Laufe dieser Sitzung gehört haben, wurde von der Freiheitlichen Partei ein Resolutionsantrag eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die weitere Mitgliedschaft Österreichs bei der EFTA ist einer alsbaldigen Aufnahme erfolgversprechender Vertragsverhandlungen mit der EWG offenbar hinderlich. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, bei der Bundesregierung dahin vorstellig zu werden, daß Österreich zur Kündigung des EFTA-Vertrages schreitet.“

Dieser Resolutionsantrag wurde mir schriftlich vorgelegt und weist drei Unterschriften auf. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage.

Der Antrag ist nicht unterstützt und wird daher keiner weiteren Abstimmung zugeführt.

Abg. Scheer (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Es ist vollkommen unmöglich, daß zu einem Resolutionsantrag eine Unterstützungsfrage gestellt wird. Er kommt zur Abstimmung.

Präsident: Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder kann ich die Unterstützungsfrage stellen oder abstimmen lassen. Ich habe hier die Unterstützungsfrage gestellt. Er ist nicht unterstützt worden. Sonst hätte ich ihn ja außerdem noch einem Ausschuß zuweisen können. Er ist nicht unterstützt. Es steht Ihnen ja frei, ihn noch einmal zu wiederholen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Gottfried Brandl.

Abg. Gottfried Brandl: Hohes Haus! Der Dienstpostenplan liegt als Anlage 2 zur Regierungsvorlage 427 dem Hohen Hause vor. Er enthält einen Überblick der in den einzelnen Gruppen beschäftigten Beamten, Vertragsbediensteten und Lohnbediensteten.

Der Dienstpostenplan sieht für 1965 11.374 Dienstposten vor, und zwar 4215 Beamte, 3067 Vertragsbedienstete, 4092 Lohnbedienstete, das ist gegenüber dem Jahre 1964 eine Vermehrung um 127 Vertragsbedienstete, 59,5 Lohnbedienstete und eine Verringerung um 47 Beamte, insgesamt eine Vermehrung um 184,5 Dienstposten.

Auf die einzelnen Gruppen verteilt ergeben sich folgende Dienstposten:

Gruppe I (Allgemeine Verwaltung): Beamte: 1961, Vertragsbedienstete: 838, Lohnbedienstete: 188,5. Summe: 2987,5 und 75,5 mehr gegenüber dem Vorjahr.

In dieser Erhöhung sind 10 Dienstposten des Fremdenverkehrsreferates enthalten, welches aus der Gruppe 7 in die Gruppe 0 übertragen wurde; außerdem 5 Dienstposten des Erholungsheimes „Villa Barbara“. Ferner sind Dienstposten für das Rechenzentrum vorgesehen.

Gruppe II (Landesanstalten, Schulen und Einrichtungen): Beamte: 564, Vertragsbedienstete: 378, Lohnbedienstete: 1315,5, Summe: 2257,5 um 10 mehr gegenüber dem Vorjahr.

Die Erhöhung der Dienstposten ist durch die Übernahme von Gemeindestraßen begründet.

Gruppe III (Fürsorgeheime, Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten): Beamte: 1256, Vertragsbedienstete: 1764, Lohnbedienstete: 2346, Summe: 5366, um 96 mehr gegenüber dem Vorjahr.

Die Vermehrung ist auf notwendige Personalverstärkungen in Krankenanstalten zurückzuführen.

Gruppe IV (Wirtschaftsbetriebe): Beamte: 434, Vertragsbedienstete: 87, Lohnbedienstete: 242, Summe: 763, um 3 mehr gegenüber dem Vorjahr.

Die Erhöhung der Dienstposten ist bei den Landesforsten erforderlich.

Der gesamte Personalaufwand setzt sich zusammen

aus dem Aktivaufwand von	S 526.456.000.—
aus dem Pensionsaufwand von	S 93.491.800.—
Zusammen beträgt der Gesamtpersonalaufwand	S 619.947.800.—

Das sind 31,6% der für den ordentlichen Landesvoranschlag vorgesehenen Ausgaben von S 1.961.199.700. Im Jahre 1964 betrug der Personalaufwand 33,3%, er ist daher im kommenden Jahr um 1,7% niedriger, damit seit einer Reihe von Jahren der niedrigste Personalaufwand im Verhältnis zu den Gesamtausgaben.

Namens des Finanzausschusses habe ich die hohe Aufgabe, dem Hohen Hause die Annahme des vorliegenden Dienstpostenplanes für 1965 zu empfehlen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir stimmen ab. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, möge ein Händenzeichen

geben. (Geschieht.) Der Dienstpostenplan ist angenommen. Wir kommen zum Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes Steiermark. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wurm: Hohes Haus! Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes setzt die Anzahl und Kategorie der im Bereiche der Landesverwaltung im Jahre 1965 zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeuge fest. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Vermehrung von insgesamt 19 Kraftfahrzeugen eingetreten.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt. In seinem Namen ersuche ich um Annahme.

Präsident: Mangels einer Wortmeldung stimmen wir ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, ein Händenzeichen zu geben. (Geschieht.) Der Systemisierungsplan ist angenommen.

4. Antrag des Finanzausschusses, Einl.-Zahl 433, betreffend eine Schulbauanleihe.

Zu diesem Antrag wurde von den Abgeordneten der Sozialistischen Partei Österreichs ein Minderheitsantrag eingebracht, der auf der Ihnen vorliegenden Einl.-Zahl 433 abgedruckt ist.

Ich lasse zuerst über diesen Minderheitsantrag abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Es ist somit in der Fassung des Minderheitsantrages dieser Antrag zum Beschluß erhoben worden. Es entfällt somit die Abstimmung über die andere Fassung.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage Beilage Nr. 94, Gesetz über den Landeshaushalt 1965.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hofbauer: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Finanzausschuß hat sich mit der Gesetzesvorlage befaßt und in seinem Namen bitte ich um Annahme derselben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer für den Antrag ist, möge ein Händenzeichen geben. (Geschieht.) Das Gesetz über den Landeshaushalt ist damit auch angenommen.

Damit haben wir die für den Voranschlag 1965 erforderlichen Beschlüsse zur Gänze gefaßt und die Voraussetzungen für eine gedeihliche Gebarung im Lande Steiermark im kommenden Jahr geschaffen.

Ich danke von dieser Stelle dem Herrn Finanzreferenten Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek und den Beamten der Finanzabteilung, die mit dem Voranschlag befaßt waren, für die zeitgerechte und sorgfältige Vorbereitung dieses Voranschlages, die uns die Grundlage zur heutigen Beschlußfassung gegeben hat.

Ich danke auch den Regierungsmitgliedern und den Mitgliedern des Finanzausschusses für die Sachlichkeit, mit der die Beratungen im Finanzausschuß durchgeführt und ermöglicht worden sind.

Mein Dank gilt auch den Landes-Landtags-Stenographen, den Herren und Damen des Stenographendienstes für ihre bei dieser Sitzung besonders ausdauernde Tätigkeit der Aufnahme der hier im Hause gehaltenen Reden, die damit der Nachwelt erhalten werden. (Beifall.)

Da in diesem Jahr keine Landtagssitzung mehr stattfindet, wünsche ich allen Regierungsmitgliedern und allen Abgeordneten, allen Bediensteten des Landes Steiermark und der ganzen steirischen Bevölkerung ein fröhliches und gesegnetes Weihnachtsfest und viel Glück und Erfolg im kommenden Jahr.

Die Sitzung ist geschlossen. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben. (Beifall.)

Ende: 23.55 Uhr.